

Die Fundstelle Bayern

Fachzeitschrift für die kommunale Praxis

Herausgeber

Dr. Hanns-Hendrik Braese, Ltd. Ministerialrat a.D. im Bayer. Staatsministerium
des Innern, für Sport und Integration

Dr. Gerhard Ecker, Oberbürgermeister der Stadt Lindau (Bodensee)

Günter Heimrath, Geschäftsf. Direktor des Bayer. Kommunalen Prüfungsverbandes

Dr. Johann Keller, Geschäftsf. Präsidialmitglied des Bayer. Landkreistages

Andreas Schmitz, Vors. Richter am Bayer. Verwaltungsgerichtshof

Michael Ziegler, Ministerialdirigent im Bayer. Staatsministerium des Innern,
für Sport und Integration

Inhaltsverzeichnis zum Jahrgang 2019

Jahresinhaltsverzeichnis

FSt vor der Randnummer = „FUNDSTELLE“, GK = „GEMEINDEKASSE“

I. Alphabetisches Stichwortverzeichnis

Die Zahlen bedeuten **Randnummer** und Seite

II. Verzeichnis der Entscheidungen ab S. 45

A

Abfallentsorgung

- Auch verwertbarer Abfall ist Abfall FSt 7, 21
- Immissionsschutzrechtliche Befugnisnormen einerseits und strafrechtliche Sanktionen für Fehlverhalten auf dem Gebiet des Abfallrechts andererseits verfolgen verschiedene Zwecke FSt 7, 23
- „Ablagern“ i.S. von § 48 Abs. 2 Satz 1 WHG bei Stoffen, die durch Verfüllung im Sinne des Abfallrechts verwertet werden FSt 262, 900
- Abfallrechtliche Anforderungen FSt 262, 908

Abgabenordnung

- Aussetzung der Vollziehung wegen ernstlicher Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit der Höhe der Verzinsung nach § 233a AO i.V. mit § 238 Absatz 1 Satz 1 AO für Verzinsungszeiträume ab dem 1.4.2015 GK 4, 17
- Haftung des Vertreters einer juristischen Person nach § 69 AO bei Einschaltung eines Steuerberaters GK 80, 213
- Nochmals: Aussetzung der Vollziehung (AdV) für Verzinsungszeiträume; nun ab 1.4.2012 GK 85, 229
- Ordnungsmäßigkeit der Kassenbuchführung GK 140, 372
- Grundsatz der Einzelaufzeichnungspflicht (§ 146 Abs. 1 Satz 1 AO) GK 140, 373
- Tatsächliche Verständigung – Beteiligung des für die Steuerfestsetzung zuständigen Amtsträgers GK 172, 442
- Änderung des Anwendungserlasses zur Abgabenordnung (AEAO) GK 185, 459

Abschleppen von Kraftfahrzeugen

- Es bleibt dabei: Kostenpflichtige Abschleppmaßnahme bei kurzfristig aufgestellten Halteverbotsschildern erst nach Vorlaufzeit von drei vollen Tagen FSt 94, 317

Abwasseranlagen

- Dichtheitsprüfung einer privaten Abwasserleitung; Verhältnismäßigkeit der Anordnung FSt 2, 3
- Die Forderung, für eine bereits seit längerem bestehende Abwasserleitung einen Dichtheitsnachweis vorzulegen, verstößt nicht gegen das verfassungsrechtlich begründete Rückwirkungsverbot FSt 2, 3
- In der Entwässerungssatzung darf auf DIN-Normen verwiesen werden FSt 2, 3
- Bei Kanälen, für die bei ihrer Errichtung noch keine Dichtheitsprüfung vorgeschrieben war, kann auch ohne konkrete Anhaltspunkte für Undichtigkeiten im Nachhinein ein Dichtheitsnachweis gefordert werden FSt 2, 4
- Wegen der hohen Bedeutung des Grundwasserschutzes rechtfertigt schon der mögliche Austritt geringer Mengen von Haushaltsabwässern in den Untergrund die Anordnung geeigneter Aufklärungsmaßnahmen auf Kosten des Anschlussnehmers FSt 2, 5

Amtshaftung

- Amtshaftung bei Brandbekämpfung FSt 42, 146
- Bedarf nach Rentenberatung – Hinweispflicht des Sozialhilfeträgers FSt 101, 329
- Auskunft- und Beratungspflicht als Ausprägung der Amtspflicht FSt 101, 330
- Besondere Beratungs- und Betreuungspflichten bestehen im Sozialrecht für die Sozialleistungsträger FSt 101, 331
- Bei einem dringenden eindeutigen Beratungsbedarf eines anderen Leistungsträgers (hier: Rentenversicherungsträger) ist eine Hinweispflicht des Sozialhilfeträgers gegeben FSt 101, 332
- Keine Amtshaftungsansprüche bei unterlassenen Rechtsmitteln gegen Anordnung des Sofortvollzugs eines Verwaltungsakts FSt 169, 561

Amtshilfe

- Amtshilfe durch die Bundeswehr FSt 131, 441

Arbeitnehmer

- Die Weiterbeschäftigung eines Arbeitnehmers nach dem Erreichen der Regelaltersgrenze (§ 41 Satz 3 SGB VI) ist europarechtskonform FSt 25, 84
- Hinausschieben der Regelaltersgrenze nach § 41 Satz 3 SGB VI FSt 25, 85
- Neuer befristeter Arbeitsvertrag gemäß § 33 Abs. 5 TVöD FSt 25, 86
- Schadensersatz wegen Besetzung einer Stelle mit einem Konkurrenten entgegen § 9 TzBfG FSt 56, 199
- Anhebung des Mindestlohns; Ausschlussfristen beim Mindestlohn FSt 95, 320
- Betriebsrentenstärkungsgesetz (BRSG): Derzeit keine Rechtsgrundlage für Arbeitgeberzuschüsse zu einer Entgeltumwandlung FSt 100, 327
- Nochmals: Befristete Weiterbeschäftigung nach Erreichen der Regelaltersgrenze FSt 136, 459
- Eine nach den richterrechtlichen Grundsätzen erlaubte Arbeitskämpfmaßnahme kann eine gesetzliche Gestattung i.S. von § 858 Abs. 1 BGB sein FSt 228, 771
- Stufenzuordnung im TVöD-B unter Berücksichtigung früherer befristeter Arbeitsverhältnisse FSt 267, 919
- Bek des STMFLH vom 17.8.2018 – Siebzehnte Änderung der Fahrkostenzuschuss-Bekanntmachung GK 9, 24
- Sachbezugswerte für freie oder verbilligte Mahlzeiten sowie Bewertung der Personalunterkünfte ab 1.1.2019 GK 17, 42
- Schadensersatz wegen überhöhter EST-Festsetzung ist kein Arbeitslohn GK 36, 87
- Durch das individuelle Dienstverhältnis veranlassete Zuwendungen stellen Arbeitslohn dar GK 36, 88
- Schadensersatz des Arbeitgebers gegenüber dem Arbeitnehmer ist nicht als Arbeitslohn zu werten GK 36, 89
- Stufenzuordnung im TVöD (VKA) unter Berücksichtigung früherer befristeter Arbeitsverhältnisse GK 43, 110
- Tarifabschluss 2018 im öffentlichen Dienst – Erhöhung der tariflichen Entgelte ab 1.3. bzw. 1.4.2019 GK 52, 126
- Bek des StMFH vom 14.1.2019 – Sammelheizung aus dienstlichen Versorgungsleitungen (SHVLBek 2017/2018) GK 56, 144

- Tarifverdienste 2018 – Entwicklung der Indizes GK 106, 285
- Bei verspäteter Zahlung von Arbeitsentgelt steht dem Arbeitnehmer keine Verzugspauschale nach § 288 Abs. 5 Satz 1 BGB GK 113, 306
- Leistungsentgelt: Geänderte Rechtsauffassung zum Bezugsjahr für die Bildung des Leistungsentgeltvolumens GK 123, 332
- Keine Anrechnung von Fortbildungskosten ohne Bedarf für Tätigkeit bei Annahmeverzug GK 130, 352
- Nochmals: Sachbezugswert für arbeitsstägliche Zuschüsse zu Mahlzeiten GK 138, 366
- Übungsleiterpauschale gem. § 3 Nr. 26 EStG und geringfügige Beschäftigung gem. § 8 Abs. 1 Nr. 1 SGB GK 139, 371
- Vergütung von Reisezeiten GK 149, 398
- Anknüpfung der Vergütungspflicht an die Leistung der versprochenen Dienste GK 149, 400
- Arbeitszeitrechtliche Einordnung von Reisezeiten unerheblich für Vergütungspflicht GK 149, 400
- Vergütung erforderlicher Reisezeiten; Vorrang gesonderter Vergütungsregelungen GK 149, 401
- Leistungsorientierte Bezahlung gemäß § 18 Abs. 3 Satz 1 TVöD: Gesamtvolumen des Leistungsentgelts kann nun bis zu 4 % betragen GK 195, 492
- Arbeitsmarkt- und Fachkräftezulage – Zahlung auch an Beschäftigtengruppen GK 206, 517
- Ergänzende Fürsorgeleistung (Ballungsraumzulage) für Beschäftigte, Auszubildende und Besoldungsempfänger; Dynamisierung der Zulage und Grenzbeträge ab 1.1.2019 GK 221, 542
- Erschwerniszuschläge – Dynamisierung ab 1.4.2019 GK 222, 544

Arbeitsförderung

- Beschäftigung von Flüchtlingen – Einstiegsqualifizierung nach § 54a SGB III FSt 74, 244

Arbeitsschutz

- Arbeitsmedizinische Vorsorge; Schutz vor UV-Strahlen verbessert FSt 245, 831

Arbeitsvertrag

- Befristung von Arbeitsverträgen aus Haushaltsgründen FSt 57, 200
- Auflösende Bedingung bei Erwerbsminderung FSt 188, 640

Arbeitszeit

- Nochmals: Aufstockungsverlangen eines teilszeitbeschäftigten Arbeitnehmers FSt 3, 6

- Allein die Erhöhung der Arbeitszeit ohne eine damit verbundene Übertragung höherwertiger Tätigkeiten betrifft nicht den Zugang zu einem öffentlichen Amt i.S. von Art. 33 Abs. 2 GG
FSt 3, 6
- Ein freies Arbeitszeitvolumen, das der Arbeitgeber zur Erhöhung der Arbeitszeit bereits beschäftigtiger Teilzeitarbeitnehmer zur Verfügung stellt, ist kein freier Arbeitsplatz i.S. von § 9 TzBfG
FSt 3, 8
- Befristung einer Arbeitszeiterhöhung – Inhaltskontrolle
FSt 96, 320
- Kein Ausgleich der höchstzulässigen Arbeitszeit durch Urlaubs- und Feiertage
FSt 110, 376

Architekten

- Haftung des planenden und des bauüberwachenden Architekten; Beweislastverteilung durch Anscheinsbeweis
GK 196, 494
- Schadensersatzpflicht bei mangelhafter Architektenleistung
GK 196, 494
- Leistungspflichten des planenden Architekten
GK 196, 495
- Leistungspflichten und Haftung des bauüberwachenden Architekten, Anscheinsbeweis
GK 196, 496

Archiv-CD-ROM

- Archiv-CD-ROM „FStGK“ für „Fundstelle“ und „Gemeindekasse“ – Ausgabe 2018
FSt 35, 120
- Archiv-CD-ROM „FStGK“ für „Fundstelle“ und „Gemeindekasse“ – Ausgabe 2018
GK 31, 71

Archive, Archivierung

- Voraussetzungen zur Archivierung von schriftlichem Kulturgut
FSt 206, 711

Auskünfte

- Auskunftserteilung in Angelegenheiten des Insolvenzrechts
GK 21, 49

Ausländer, Asylbewerber

- Abschiebungsanordnung gegen einen radikal-islamistischen Gefährder
FSt 43, 148
- Maßgeblich für die gerichtliche Beurteilung einer vollzogenen Abschiebungsanordnung ist die Sach- und Rechtslage im Zeitpunkt der Abschiebung
FSt 43, 148
- Keine Erledigung der Abschiebungsanordnung durch bereits erfolgten Vollzug
FSt 43, 149
- Einer vorherigen Anhörung des Adressaten vor Erlass der Abschiebungsanordnung bedarf es regelmäßig nicht
FSt 43, 149

- Zu den materiellen Anforderungen von § 58a AufenthG: Abwehr einer besonderen Gefahr für die Sicherheit der Bundesrepublik oder einer terroristischen Gefahr, deren Vorliegen anhand einer auf Tatsachen gestützten Prognose ermittelt werden muss
FSt 43, 150
- Volle gerichtliche Überprüfbarkeit der erforderlichen Gefahrenprognose
FSt 43, 154
- Verhältnismäßigkeit: Berücksichtigung von Art. 6 GG und Art. 8 EMRK angesichts familiärer Bindungen
FSt 43, 155
- Zum Abschiebungsverbot; hier verneint
FSt 43, 155
- Ob einem radikal-islamistischen Gefährder im Abschiebezielstaat mit beachtlicher Wahrscheinlichkeit eine gegen Art. 3 EMRK verstößende Behandlung droht, hängt sowohl von der Menschenrechtslage in diesem Staat als auch von den konkreten Umständen des Einzelfalls ab, die das Risikopotential erhöhen oder verringern können
FSt 43, 157
- Neben Zusicherungen, eingeleiteten Reformprozessen und gesetzlicher Lage in Bezug auf Folter in dem Zielstaat sind auch etwaige durch diesen anerkannte internationale Abkommen hierzu sowie Berichte von staatlichen und nichtstaatlichen Organisationen zu Menschenrechtsverletzungen von Bedeutung
FSt 43, 157
- Die Gefahrenprognose im Rahmen eines zielstaatsbezogenen Abschiebungsverbots kann sich durch Erklärungen von Vertretern des Zielstaats bis zur Abschiebung soweit ändern, dass kein reales Risiko einer Art. 3 EMRK widersprechenden Behandlung (mehr) besteht
FSt 43, 158
- Die Berücksichtigung von Zusicherungen steht im Einklang mit der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) und des Bundesverfassungsgerichts
FSt 43, 159
- Keine aufenthaltsrechtliche Duldung bei Eintritt in Kirchenasyl
FSt 155, 520
- Fehlende Anordnung eines Einreiseverbots führt nicht zur Rechtswidrigkeit der Abschiebung
FSt 183, 626
- Ausländer haften für die Kosten ihrer Abschiebung nur, wenn diese rechtmäßig war
FSt 183, 627
- Die in § 11 Abs. 1 Satz 1 AufenthG 2011 enthaltene Regelung, wonach das Einreise- und Aufenthaltsverbot kraft Gesetzes mit der Abschiebung eintritt, ist mit der Rückführungsrichtlinie nicht vereinbar
FSt 183, 627

- Ist im Zeitpunkt einer Abschiebung in einen Drittstaat keine Entscheidung über ein Einreiseverbot oder dessen Befristung ergangen, bewirkt dies nicht die Rechtswidrigkeit der Abschiebung FSt 183, 629
- Es besteht kein Rechtswidrigkeitszusammenhang zwischen der Abschiebung und einem Einreiseverbot (sowie seiner Befristung) FSt 183, 629
- Vorabentscheidung des Gerichtshofs der Europäischen Union nicht erforderlich FSt 183, 630
- Verpflichtung der Gemeinde zur Unterbringung von Ausländern in einer Obdachlosenunterkunft FSt 217, 739
- Bei der Notwendigkeit sicherheitsrechtlichen Einschreitens wird nicht nach der Staatsangehörigkeit des Betroffenen unterschieden FSt 217, 740
- Die örtliche Zuständigkeit im Bereich des Sicherheitsrechts liegt dort, wo die zu schützenden Interessen verletzt oder gefährdet werden FSt 217, 740
- Solange Ausländer konkret von Obdachlosigkeit bedroht sind und eine akute Notlage besteht, ist die Ordnungsbehörde verpflichtet, die Betroffenen zeitlich befristet unterzubringen, bis gegebenenfalls anderweitige Ansprüche geklärt sind FSt 217, 741
- Allein der Umstand, dass die eingetretene Wohnungsnot möglicherweise auf eigenem Verschulden beruht, stellt noch keine Verletzung der zur Abwendung von Obdachlosigkeit grundsätzlich vorrangigen Selbsthilfeobliegenheit dar FSt 217, 742
- Die Verpflichtung zum Einschreiten der Sicherheitsbehörde besteht, solange nicht feststeht, dass sich dem von Obdachlosigkeit Bedrohten tatsächlich die Möglichkeit zum Abschluss eines Mietvertrages bietet FSt 217, 742
- Ausländerbeschäftigungsförderungsgesetz FSt 259, 889
- Problemstellung: Schwerer Zugang zu Arbeitsmarkt und Integrationskursen FSt 259, 889
- Lösung: Frühere Eingliederung, Integrationskurs und berufsbezogene Deutschsprachförderung FSt 259, 890
- Beschränkungen: Keine Berufsausbildungsbeihilfe für Asylsuchende u.a. FSt 259, 891
- Gesetz über Duldung bei Ausbildung und Beschäftigung – neue Perspektiven auch bei abgelehntem Asylantrag FSt 263, 911
- Ausbildungsduldung FSt 263, 911
- Beschäftigungsduldung – Sicherung des Lebensunterhalts durch eigene Erwerbstätigkeit FSt 263, 913

- Unterbrechung der Dublin III-Überstellungsfrist durch behördliche Aussetzung der Vollziehung FSt 269, 920
- Siebzehnte Verordnung zur Änderung der Aufenthaltungsverordnung vom 14.1.2019 GK 49, 120
- Drittes Gesetz zur Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes vom 13.8.2019 GK 190, 480
- Zweites Gesetz zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht vom 15.8.2019 GK 190, 480
- Fachkräfteeinwanderungsgesetz vom 15.8.2019 GK 190, 480
- Bek des StMI vom 18.10.2019 – Volle Gebührenhöhe für die Jahre 2015, 2016, 2017, 2018 und 2019 gemäß § 23 Abs. 2 Satz 2 DVAsyl GK 227, 552

Ausschreibungen

- Die Veräußerung eines gemeindlichen Grundstücks im Bieterverfahren unterfällt regelmäßig nicht dem Verwaltungs-, sondern dem Zivilrecht FSt 120, 404
- Führt eine Gemeinde für den Verkauf eines Grundstücks freiwillig ein Bieterverfahren mit Ausschreibung durch, entsteht zwischen ihr und den Teilnehmern des Verfahrens ein vorvertragliches zivilrechtliches Vertrauensverhältnis FSt 120, 405
- Ausnahmen vom Grundsatz, dass das Zivilrecht einschlägig ist FSt 120, 406
- Vergleichbarkeit von dienstlichen Beurteilungen und Arbeitszeugnissen; hier bei internen und externen Stellenbewerbern FSt 159, 528
- Bei Konkurrenz zwischen Beamten und Arbeitnehmern um eine ausgeschriebene Stelle müssen die Beurteilung und das Arbeitszeugnis nach Art, Inhalt und betrachtetem Zeitraum vergleichbar sein FSt 159, 529
- Formal vergebene Noten müssen ggf. vergleichbar gemacht werden FSt 159, 530
- Besonderheiten, wie z.B. unterschiedlicher Dienstherr/Arbeitgeber, ist bei einem Bewerbervergleich Rechnung zu tragen FSt 159, 531
- Die Vergabestelle muss die geforderten Eignungsnachweise je Verfahren konkret benennen; wie ist zu verfahren, wenn keine Mindestanforderungen an die Eignung bekanntgemacht sind? GK 37, 92
- Zum Umfang, in dem die Bewerber und Bieter über die Ablehnung ihres Angebots zu unterrichten sind GK 63, 166

Außenbereich

- Privilegierung nicht uvp-(vorprüfungs-)pflichtiger gewerblicher Tierhaltungsanlagen FSt 174, 584

- Der Privilegierung nach § 35 Abs. 1 Nr. 4 Halbsatz 1 BauGB steht bei gewerblichen Tierhaltungsanlagen nicht entgegen, dass es sich bei diesen – jedenfalls in Teilen des Bundesgebiets – um Massenphänomene handeln dürfte
FSt 174, 584
- Eine Privilegierung nach § 35 Abs. 1 Nr. 4 Halbsatz 1 BauGB scheidet grundsätzlich aus, wenn die Gemeinde von ihrer Planungshoheit im Weg der Bebauungsplanung Gebrauch gemacht und auf dieser Grundlage die rechtliche und tatsächliche Möglichkeit zur Realisierung des Vorhabens nach Maßgabe des § 30 BauGB eröffnet hat
FSt 174, 584

Auszubildende

- Anpassung der Vertragsmuster für Auszubildende nach dem TVAöD
FSt 22, 80
- Weiterbeschäftigung eines Auszubildenden nach Bestehen der Abschlussprüfung
FSt 75, 245
- Auszubildende in betrieblich-schulischen Gesundheitsberufen
FSt 121, 408
- Ergänzende Fürsorgeleistung (Ballungsraumzulage) für Beschäftigte, Auszubildende und Besoldungsempfänger; Dynamisierung der Zulage und Grenzbeträge ab 1.1.2019
GK 221, 542
- Erschwerniszuschläge – Dynamisierung ab 1.4.2019
GK 222, 544

B

Baufträge

- Abgrenzung von Bau- und Lieferaufträgen, überwiegende Finanzierung, staatliche Aufsicht, Rechtsweg
FSt 222, 756

Baugenehmigung

- Umbau einer genehmigten Garage im Außenbereich
FSt 5, 17
- Genehmigung von Windkraftanlagen: Zur Anwendbarkeit der sogenannten 10-H-Regelung des Art. 82 Abs. 1 BayBO im Falle eines Anlagentypwechsels im laufenden Genehmigungsverfahren
FSt 16, 55
- Zur Anwendbarkeit der 10-H-Regelung im Zeitpunkt der Genehmigung
FSt 16, 55
- Zur Anwendbarkeit der Übergangsregelung des Art. 83 Abs. 1 BayBO – vollständige Genehmigungsunterlagen zum Stichtag 4.2.2014
FSt 16, 56
- Zur Prüffähigkeit von Antragsunterlagen gehört der klare Bezug zu einem bestimmten Anlagentyp
FSt 16, 57

- Es kommt nicht darauf an, ob die Genehmigungsbehörde wegen des Anlagentypwechsels ein neues immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren beginnt
FSt 16, 58
- Art. 83 BayBO gewährt keinen unbegrenzten Vertrauensschutz für Investoren
FSt 16, 58
- Kein Wertungswiderspruch zu Änderungsmöglichkeiten nach erteilter immissionsschutzrechtlicher Genehmigung – Anlagentypwechsel ist nicht stets nur eine unwesentliche Änderung
FSt 16, 59
- Folge der Anwendbarkeit des Art. 82 Abs. 1 BayBO ist der Entfall der bauplanungsrechtlichen Privilegierung
FSt 16, 61
- Genehmigungsfreistellungsverfahren: Angabe der Baumaße
FSt 50, 183
- § 8 Abs. 3 Nr. 1 Bauvorlagenverordnung (BauVorV) findet auch im Verfahren der Genehmigungsfreistellung Anwendung
FSt 50, 183
- Die Verpflichtung der Gemeinde aus Art. 58 Abs. 3 Satz 1 Halbsatz 2 BayBO dient lediglich dazu, die Bauaufsichtsbehörde von dem Bauvorhaben in Kenntnis zu setzen
FSt 50, 184
- Tischlerei in einem Mischgebiet: Typisierende Betrachtungsweise
FSt 76, 248
- Die typisierende Betrachtung ermöglicht es der Baugenehmigungsbehörde, auf Erfahrungen zurückzugreifen
FSt 76, 250
- Kriterien für die Abgrenzung der näheren Umgebung i.S. von § 34 BauGB
FSt 77, 251
- Die Kriterien zur Abgrenzung des Innen- und Außenbereichs können nicht generell auf die Abgrenzung der näheren Umgebung sinngemäß übertragen werden
FSt 77, 251
- Ein bebauter Grundstück kann auch dann zum Bebauungszusammenhang eines Ortsteils gehören, wenn die Bebauung nicht zur maßstabbildenden näheren Umgebung des betreffenden Grundstücks zählt
FSt 77, 253
- Asylbewerberunterkunft im Außenbereich
FSt 124, 415
- Die Frage, ob ein Außenbereichsvorhaben zur Unterbringung von Flüchtlingen oder Asylberechtigenden i.S. des § 246 Abs. 9 BauGB gegenüber den Eigentümern von Nachbargrundstücken im unbeplanten Innenbereich rücksichtslos ist, beurteilt sich nicht nach § 34 Abs. 1 Satz 1 BauGB, sondern nach § 35 Abs. 3 BauGB
FSt 124, 415
- Zum Rücksichtnahmegebot im Rahmen des § 35 Abs. 3 BauGB im Hinblick auf die Massivität der geplanten Baukörper
FSt 124, 418
- Ablehnung eines Bauantrags, nachträglich gestützt auf Gesichtspunkte außerhalb des Prüfungsumfangs
FSt 216, 737

- Berücksichtigung von Immissionen bei der Abgrenzung der näheren Umgebung i.S. von § 34 Abs. 1 BauGB sowie vorhandener Asylbewerberunterkünfte in einem faktischen Gewerbegebiet FSt 230, 778
- Bei einer Asylbewerberunterkunft, die im Weg der Befreiung über § 246 Abs. 10 Satz 1 BauGB in einem (faktischen) Gewerbegebiet zugelassen wird, handelt es sich in der Regel nicht um eine gebietsfremde Nutzung FSt 230, 779
- Erweiterung eines Wohngebäudes im Außenbereich um ein Arbeitszimmer FSt 260, 892
- Die Frage der „Angemessenheit“ einer Wohnraumerweiterung ist im konkreten Einzelfall zu klären FSt 260, 892
- Die Gerichte dürfen sich an den Zahlen orientieren, die nach § 39 des II. Wohnungsbaugesetzes (II. WoBauG) für förderungswürdige Bauten galten FSt 260, 893

Bauleitplanung

- Gründung eines Planungsverbands/Zweckverbands FSt 66, 220
- Satzungen, mit denen sich Gemeinden zu einem Planungsverband nach § 205 Abs. 1 BauGB zusammenschließen, sind nach den Vorschriften des jeweiligen Landesrechts für die Veröffentlichung gemeindlicher Satzungen bekannt zu machen FSt 66, 220
- Die wirksame Gründung eines Zweckverbands, dem Aufgaben der Bauleitplanung übertragen werden, setzt voraus, dass die Gründungssatzung Regelungen enthält, die einen wirksamen Vollzug des Städtebaurechts gewährleisten und die gemeindliche Verantwortung für das städtebauliche Geschehen wahren FSt 66, 221

Baumpflege

- Erhaltung von Verkehrsflächen mit Baumbestand – Merkblatt M EVB GK 133, 357

Baupreisindex

- Baupreisindizes im August 2018 GK 8, 23

Bauvertrag

- Verzögerte Zuschlagserteilung – Vergütungsanpassung nach § 2 Abs. 5 VOB/B, keine Entschädigung nach § 642 BGB FSt 40, 141
- Die einvernehmliche Reduzierung des Leistungsumfangs steht einer Teilkündigung gleich; der Anspruch nach § 2 Abs. 3 VOB/B bzw. § 2 Nr. 3 VOB/B setzt eine Mengenänderung ohne Eingriff des Bauherrn voraus FSt 41, 145

- Risikoverlagerungen bei Planungsleistungen und Baugrund; kein Schadensersatz bei unterlassener Rüge im Vergabeverfahren FSt 164, 547
- Ein Bieter kann auch ungewöhnliche und nicht kalkulierbare Risiken übernehmen FSt 164, 547
- Ungewöhnliche Wagnisse sind bereits im Vergabeverfahren geltend zu machen FSt 164, 548
- Vertragliche Hauptleistungspflichten unterliegen keiner Inhaltskontrolle nach den §§ 307 ff. BGB FSt 164, 549
- Es ist zulässig, das Baugrundrisiko auf die ausführende Firma zu übertragen FSt 164, 550
- Der Bauherr muss sich darauf verlassen können, dass ihn die Baufirma auf Ausführungsbedenken hinweist GK 45, 112
- Grundsätzliches zu Bedenkenhinweisen GK 45, 112
- Der Auftraggeber, der dem Auftragnehmer berechtigt gekündigt hat, kann Ersatz der bei einer Drittfirma entstehenden Mehrkosten verlangen GK 150, 404

Bauvorbescheid

- Aufschiebende Wirkung einer Klage? FSt 231, 781

Bayer. Verfassung

- Verfassungsmäßigkeit des gesetzlichen Verbots für Richter, Staatsanwälte und Landesanwälte, in Verhandlungen religiös oder weltanschaulich geprägte Symbole oder Kleidungsstücke zu tragen FSt 248, 841
- Das Verbot des Art. 11 Abs. 2 BayRiStAG genügt dem Rechtsstaatsprinzip FSt 248, 841
- Kein Verstoß gegen die Glaubens- und Gewissensfreiheit (Art. 107 Abs. 1 und 2 BV) FSt 248, 842
- Keine Verletzung des Rechts auf Zugang zu öffentlichen Ämtern (Art. 116 BV) FSt 248, 847
- Kein Verstoß gegen den allgemeinen Gleichheitssatz (Art. 118 Abs. 1 BV) FSt 248, 847
- Kein Verstoß gegen das Differenzierungsverbot des Art. 118 Abs. 2 Satz 1 BV FSt 248, 848

Beamtenbesoldung

- Bek des StMFLH vom 22.10.2018 – Vierte Änderung der Bayerischen Verwaltungsvorschriften zum Besoldungsrecht und Nebengebieten GK 39, 95
- Erhöhung der Dienstbezüge der Beamten zum 1.1.2019 GK 173, 443
- Tabelle der Grundgehaltssätze für Beamte – gültig ab 1.1.2019 GK 174, 445

- Tabelle der Strukturzulagen, Stellanzulagen und Zulagen für besondere Berufsgruppen – gültig ab 1.1.2019 GK 175, 446
- Tabelle der Familienzuschläge – gültig ab 1.1.2019 GK 176, 447
- Erhöhungsbeträge für die Besoldungsgruppen A 3 bis A 5 GK 176, 448
- Anrechnungsbetrag nach Art. 35 Abs. 2 BayBesG GK 176, 448
- Tabelle der Mehrarbeitsvergütungen – gültig ab 1.1.2019 GK 177, 448
- Tabelle der Anwärtergrundbeträge – gültig ab 1.1.2019 GK 178, 449
- Anpassung von im KWBG enthaltenen Rahmensätzen, Grenz- und Höchstbeträgen ab 1.1.2019 GK 179, 449

Bebauungsplan

- Unzureichende Behandlung von Eigentümerinteressen FSt 27, 88
- Eine Planung, die in nicht zu beanstandender Weise auf die bestandsorientierte Bewahrung des Dorfcharakters durch die Festsetzung einer Obstwiese abzielt, muss einen damit verbundenen (teilweisen) Entzug eines nicht ausgeübten Baurechts ausreichend in der Abwägung berücksichtigen FSt 27, 88
- Wird nur die städtebauliche Erforderlichkeit der Festsetzung in die Erwägungen eingestellt, liegt eine Fehleinschätzung des Gewichts der betroffenen Eigentümerbelange vor FSt 27, 90
- Festsetzung der Zuordnung von Ausgleichsmaßnahmen und -flächen an anderer Stelle im sonstigen Geltungsbereich des Bebauungsplans FSt 39, 137
- Vorhaben- und Erschließungsplan: Festlegung der Kubatur eines Vorhabens FSt 49, 182
- Im Vorhaben- und Erschließungsplan zu einem vorhabenbezogenen Bebauungsplan muss die Kubatur des im Durchführungsvertrag vereinbarten Vorhabens im Wesentlichen festgelegt sein FSt 49, 182
- Beschränkung des Maßes der zulässigen Nutzung nach „unten“ FSt 49, 183
- Ausfertigung eines Bebauungsplans FSt 90, 300
- Das Landesrecht kann über die Anforderungen des Bundesrechts an die Ausfertigung von Bebauungsplänen hinausgehen FSt 90, 300
- Zu den in der Rechtsprechung des VGH anerkannten Grundsätzen zur sogenannten gedanklichen Schnur für das Vorliegen einer Art. 26 Abs. 2 Satz 1 GO genügenden Ausfertigung von Bebauungsplänen FSt 90, 302
- Nachbarschützende Wirkung von Festsetzungen über das Maß der baulichen Nutzung FSt 111, 378

- Erneute Öffentlichkeitsbeteiligung bei Änderung des Entwurfs eines Bebauungsplans? FSt 181, 618
- Es besteht kein Anlass zu einer erneuten Öffentlichkeitsbeteiligung, wenn die Änderungen auf einem ausdrücklichen Vorschlag eines Betroffenen beruhen und Dritte hierdurch nicht abwägungsrelevant berührt werden FSt 181, 618
- Die Frage, ob andere Grundstückseigentümer nach den Umständen des konkreten Einzelfalls durch eine Änderung des Bebauungsplans nach durchgeführter Auslegung nachteilig berührt werden, ist einer rechtsgrundsätzlichen Klärung nicht zugänglich FSt 181, 619
- Die planende Gemeinde muss im Bebauungsplan, soweit es dort um Eigentumsbeschränkungen geht, die schutzwürdigen Interessen des Eigentümers und die Belange des Gemeinwohls in einen gerechten Ausgleich und ein ausgewogenes Verhältnis bringen FSt 181, 619
- Die situative Vorbelastung bestimmter Grundstücke kann eine sachliche Rechtfertigung für die Ungleichbehandlung verschiedener Grundstückseigentümer darstellen FSt 181, 620
- Es ist grundsätzlich nicht zu beanstanden, wenn der Plangeber für die Verbreiterung eines Weges, der auf beiden Seiten von dicht gewachsenen Hecken gesäumt wird, nur eines der angrenzenden Grundstücke in Anspruch nimmt, um den Eingriff in den vorhandenen Bewuchs möglichst gering zu halten FSt 181, 621
- Beginn der Rügefrist bei veränderter Begründung im ergänzenden Verfahren; hier: Einzelhandelsausschluss FSt 195, 661
- Will der Plangeber mit der Änderung die Festsetzungen zum Einzelhandelsausschluss „anreichern“ und dabei eine Neubewertung der Eigentümerinteressen vornehmen, wird für die betroffenen Eigentümerinteressen eine neue Abwägungsentscheidung getroffen FSt 195, 661
- Mit der Wiederholung der Abwägung und des Satzungsbeschlusses entsteht – trotz unveränderten Inhalts – ein neuer Plan FSt 195, 662
- Einbeziehung von Außenbereichsflächen bei einem Bebauungsplan der Innenentwicklung FSt 215, 734
- Die äußeren Grenzen des Siedlungsbereichs dürfen durch einen Bebauungsplan der Innenentwicklung nicht in den Außenbereich hinein erweitert werden FSt 215, 734
- Antragsbefugnis in der Normenkontrolle bei geringwertigem Interesse eines lärmemittierenden Betriebs FSt 243, 820
- Bebauungsplan in Aufstellung: Anerkenntnis der künftigen Festsetzungen FSt 254, 863

- Das Anerkenntnis nach § 33 Abs. 1 Nr. 3 BauGB wird mit der Bekanntmachung des die anerkannten Festsetzungen enthaltenden Bebauungsplans wirkungslos FSt 254, 863
- Die Wirkungslosigkeit des Anerkenntnisses tritt auch im Fall der Unwirksamkeit des Bebauungsplans ein FSt 254, 865

Befristung von Arbeitsverträgen

- Nochmals: Sachgrundlose Befristung eines Arbeitsvertrages und Vorbeschäftigung FSt 135, 458
- Vorübergehender Bedarf an Arbeitsleistung als Sachgrund für Befristung FSt 187, 638

Behinderte

- Bek des StMFH vom 29.4.2019 – Richtlinien über die Inklusion behinderter Angehöriger des Öffentlichen Dienstes in Bayern (Bayerische Inklusionsrichtlinien – BayInkIR) GK 116, 312

Beihilfe

- Bek des StMFH vom 18.1.2019 – Vollzug der Bayerischen Beihilfeverordnung; Abführung von Renten- und Arbeitslosenversicherungsbeiträgen für Pflegepersonen GK 64, 168
- Verbindlichkeit der gesetzlichen Wiedereinstellungsvoraussetzungen bei Versäumung der einjährigen Ausschlussfrist für die Beantragung von Beihilfe und Möglichkeit sog. Nachsichtgewährung GK 78, 206
- Der Umstand, dass eine Frist als gesetzliche Ausschlussfrist ausgestaltet ist, führt keineswegs pauschal dazu, dass gemäß Art. 32 Abs. 5 BayVwVfG die Wiedereinstellungsvorschriften keine Anwendung finden GK 78, 206
- Zur bloß deklaratorischen Bedeutung von Verwaltungsvorschriften bei der Prüfung von Art. 32 Abs. 5 BayVwVfG GK 78, 208
- Das bayerische Beihilferecht schließt die Anwendbarkeit der Wiedereinstellungsvorschriften auf die Ausschlussfrist des Art. 96 Abs. 3a BayBG nicht aus GK 78, 208
- Ist das Wiedereinstellungsregime einschlägig, sind die strengen gesetzlichen Tatbestandsvoraussetzungen zu beachten GK 78, 210
- Auch im Beihilferecht kann es Fälle geben, in denen Nachsicht zu gewähren und es der Verwaltung verwehrt ist, sich auf die Versäumung der Ausschlussfrist zu berufen GK 78, 210

- Irrelevanz hypothetischer Ersparnisse im bayerischen Beihilferecht; Verbindlichkeit von Gebührenrahmen der Gebührenordnung für Ärzte (GOÄ) auch bei solchen ärztlichen Leistungen, die in Analogie zu gleichwertigen Leistungen des Gebührenverzeichnisses berechnet werden GK 95, 258
- Das bayerische Beihilferecht stellt auf die Angemessenheit und Notwendigkeit tatsächlich angefallener Aufwendungen ab, nicht dagegen auf hypothetische Ersparnisse in anderem Besoldungskontext wie etwa eine verkürzte Dauer der Dienstunfähigkeit GK 95, 259
- Zu dem von § 7 Abs. 1 Satz 2 BayBhV einbezogenen GOÄ-System gehören auch die Vorgaben des § 6 Abs. 2 GOÄ zur analogen Anwendbarkeit der GOÄ-Gebührenrahmen bei Leistungen, die nicht in das Gebührenverzeichnis aufgenommen sind GK 95, 259
- § 7 Abs. 1 Satz 3 BayBhV verbietet es, die Angemessenheit der Höhe von Aufwendungen „individuell“ – losgelöst von Schwellenwerten und Kappungsgrenzen der GOÄ – zu bestimmen GK 95, 260
- Abschließender Charakter der in § 18 BayBhV vorgesehenen Aufzählung beihilfefähiger Arznei- und Verbandsmittel mit der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) GK 223, 544

Beihilfevorschriften

- Verordnung zur Änderung der Bayerischen Beihilfeverordnung vom 12.10.2018 GK 20, 48
- Bek des StMFH vom 19.2.2019 – Zehnte Änderung der Bekanntmachung über die Ergänzenden Bestimmungen zum Vollzug der Bayerischen Beihilfeverordnung GK 73, 192
- Bek des StMFH vom 17.7.2019 – Elfte Änderung der Bekanntmachung über die Ergänzenden Bestimmungen zum Vollzug der Bayerischen Beihilfeverordnung GK 182, 456
- Bek des StMFH vom 2.9.2019 – Zwölfte Änderung der Bekanntmachung über die Ergänzenden Bestimmungen zum Vollzug der Bayerischen Beihilfeverordnung GK 200, 504

Bekanntgabe

- Der „Zeitpunkt des Bescheidserlasses“ bei Bekanntgabe eines Verwaltungsakts an mehrere Betroffene FSt 1, 1

Benutzungsgebühren

- Leitungsgebundene Einrichtungen; Gebührekalkulation; „angemessene“ Verzinsung des Anlagekapitals GK 110, 296

- Bei der Gebührenkalkulation ist grundsätzlich nach den in der betriebswirtschaftlichen Kostenlehre entwickelten Regeln zu verfahren
GK 110, 296
- Art. 8 Abs. 3 Satz 1 KAG regelt nicht, wie der angemessene Zinssatz zu bestimmen ist
GK 110, 297
- Die historische Auslegung des Art. 8 Abs. 3 Satz 1 KAG ergibt, dass der Gesetzgeber den Kommunen Spielraum für eigenverantwortliches Tätigwerden lassen wollte
GK 110, 298
- Hinsichtlich der Frage, ob die Verzinsung „angemessen“ ist, hat die Kommune einen gerichtlich nur eingeschränkt nachprüfbaren Beurteilungsspielraum
GK 110, 299
- Es besteht keine Verpflichtung, sich nur an den aktuellen Zinsverhältnissen zu orientieren und ständig den Zinssatz nachzujustieren
GK 110, 300
- Die Betrachtung der Umlaufrenditen inländischer Schuldverschreibungen ist nicht zu beanstanden
GK 110, 300
- Der Vorschrift des § 12 KommHV-Kameralistik kommt keine Bedeutung für die Auslegung der „angemessenen Verzinsung“ in Art. 8 Abs. 3 Satz 1 KAG zu
GK 110, 301
- Wasserversorgungsgebühren: Mieteinnahmen für die Mobilfunkanlage auf einem Wasserturm bleiben bei der Kalkulation unberücksichtigt
GK 136, 361
- Betriebsbedingte Kosten sind nur solche, die für Leistungen, die von der öffentlichen Einrichtung erbracht werden, anfallen
GK 136, 361
- Der durch die Einräumung eines Nutzungsrechts für einen Wasserturm angefallene Mietertrag kann bei der Kalkulation unberücksichtigt bleiben, da er kostenneutral ist
GK 136, 362
- Leitungsgebundene Einrichtungen; Auswahl unter Gesamtschuldnern
GK 147, 389

Berufsausbildungsförderungsgesetz

- Sechste Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Einziehung der nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz geleisteten Darlehen vom 16.7.2019
GK 168, 432

Bestattungswesen

- Umbettung einer Urne; Ruhezeit; Umzug grundsätzlich kein wichtiger Grund
FSt 10, 34
- Erfordernis eines wichtigen Grundes für die gemeindliche Zustimmung zur Umbettung
FSt 10, 34
- Ausnahmecharakter einer Umbettung
FSt 10, 35
- Fallgruppen für die Anerkennung eines wichtigen Grundes
FSt 10, 35

- Umzug grundsätzlich kein wichtiger Grund für eine Umbettung
FSt 10, 36
- Rechtsbetroffenheit eines Bestattungsunternehmers; Privatisierung einer Bestattungsleistung
FSt 175, 586
- Wird eine bisher vom Friedhofsträger wahrgenommene Aufgabe den Grabnutzungsberechtigten übertragen, die sich privater Unternehmen zu bedienen haben, liegt darin noch kein Eingriff in deren Berufsausübungsfreiheit
FSt 175, 587
- Nur wenn eine Bestimmung in der Friedhofssatzung von den Gewerbetreibenden zumindest faktisch ein bestimmtes Verhalten verlangt, kann darin eine Berufsausübungsregelung gesehen werden
FSt 175, 588
- Auch wenn eine Satzungsänderung bewirkt, dass einem auf dem Friedhof tätigen Gewerbetreibenden mögliche Aufträge entgehen, berührt dies noch nicht die Berufs- oder Eigentumsfreiheit
FSt 175, 589

Betriebe gewerblicher Art

- Die Beteiligung einer Stadt an einer gewerblich geprägten vermögensverwaltenden Personengesellschaft ist kein Betrieb gewerblicher Art
GK 16, 38
- Die Beteiligung einer juristischen Person des öffentlichen Rechts an einer gewerblich tätigen Personengesellschaft begründet einen BgA
GK 16, 39
- Zur gewerblichen Tätigkeit der Personengesellschaft i.S. des § 15 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 i.V. mit Abs. 2 EStG
GK 16, 39
- Eine gewerbliche Prägung der Personengesellschaft i.S. des § 15 Abs. 3 Nr. 2 EStG reicht für das Vorliegen eines BgA nicht aus
GK 16, 40
- Kein BgA liegt auch vor bei einer ausschließlich vermögensverwaltenden Tätigkeit
GK 16, 41
- Der Abschluss von „Gewinnabführungsverträgen“ führt nicht zu einer wirtschaftlichen Betätigung
GK 16, 41
- Keine Entscheidung über das Vorliegen eines BgA im Rahmen des Feststellungsverfahrens einer Personengesellschaft
GK 16, 41
- Nochmals: Beteiligung einer juristischen Person des öffentlichen Rechts an einer Personengesellschaft
GK 35, 84
- Organträgergemeinschaft eines Betriebs gewerblicher Art (BgA) bzw. einer Eigengesellschaft
GK 103, 273
- Auslegungsfragen zu § 20 Abs. 1 Nr. 10 EStG bei Betrieben gewerblicher Art (BgA) als Schuldner der Kapitalerträge
GK 186, 460

Betriebsübergang

- Dynamische Bezugnahme auf Tarifvertrag bei Betriebsübergang FSt 15, 47

Bewerbungen

- Voraussetzungen eines beamtenrechtlichen Schadensersatzanspruchs wegen schuldhafter Verletzung eines Bewerbungsverfahrensanspruchs FSt 154, 519

Bezirksumlagen

- Die Bezirksumlagen im Haushaltsjahr 2018 GK 14, 30
- Umlagekraft der kreisfreien Gemeinden und Landkreise GK 14, 31
- Entwicklung des Umlagesolls der Bezirke GK 14, 32
- Entwicklung der Bezirksumlagesätze GK 14, 33

Billigkeitserlass

- Erlass von Säumniszuschlägen im Billigkeitsverfahren GK 137, 363

Bodenschutz

- Ermessensfehlerhafte Auswahl des Pflichtigen bei der bodenschutzrechtlichen Anordnung einer Detailuntersuchung einer ehemaligen Kiesgrube und Müllkippe FSt 29, 94
- Keine Rangfolge der potentiell Pflichtigen nach § 4 Abs. 3 Satz 1 BBodSchG; es darf aber keiner „übersehen“ werden FSt 29, 95
- Zur „Störer-Verantwortung“ des Alleingeschäftsführers einer GmbH FSt 29, 97
- Potentielle Verantwortlichkeit für die Bodenverunreinigung aufgrund einer im Grundbuch eingetragenen Dienstbarkeit an dem verunreinigten Grundstück FSt 29, 99
- Unvollständige Erwägungen zur Störerauswahl im Bescheid und in den Akten fehlende Anhaltspunkte für weitergehende Erwägungen FSt 29, 100
- Unschädlichkeit mangelhafter Ermessenserwägungen nur bei Ermessensreduzierung „auf Null“ FSt 29, 101
- Partiieller Ermessensausfall, der im gerichtlichen Verfahren nicht gemäß § 114 Satz 2 VwGO behoben werden konnte FSt 29, 102
- Verhältnis von Abfallrecht zum Bodenschutzrecht FSt 266, 918

Brücken

- Verfassungsmäßigkeit einer Verordnung über die Sperrung einer Brücke an Silvester FSt 127, 430

- Art. 23 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 3 LStVG als Ermächtigungsgrundlage für ein Betretungsverbot FSt 127, 431
- Das Betretungsverbot an Silvester hält sich im Rahmen der gesetzlichen Ermächtigung FSt 127, 431

Brückenbau

- Standardleistungskatalog für den Straßen- und Brückenbau (STLK) – Ausgabestand 10/2018 GK 69, 186

Bürgerbegehren, Bürgerentscheid

- Schutz vor Vereitelung eines Bürgerbegehrens durch Gemeindeorgane; Öffentlichkeit von Ratssitzungen in Sparkassenangelegenheiten; Rederecht für Nichtmitglieder des Gemeinderats FSt 13, 41
- Zur Unterlassung von Maßnahmen, die den Erfolg eines zulässigen Bürgerbegehrens vereiteln könnten, können nur Gemeindeorgane und nicht auch Organe eines Zweckverbands verpflichtet werden FSt 13, 41
- In nichtöffentlicher Sitzung dürfen „Sparkassenangelegenheiten“ nur behandelt werden, soweit es um die Befassung mit konkreten Geschäftsvorgängen unter Offenlegung schützenswerter geschäfts- oder personenbezogener Daten oder um das operative Geschäft einer Sparkasse geht FSt 13, 42
- Sachkundigen oder von einer Entscheidung besonders betroffenen Personen, die der kommunalen Vertretungskörperschaft nicht angehören, kann im Gemeinderat ein Rederecht gewährt werden FSt 13, 43
- Konkurrierendes Ratsbegehren; Abwehrensanspruch der Vertreter des Bürgerbegehrens FSt 98, 322
- Die Vertreter eines Bürgerbegehrens können sich gegen ein konkurrierendes Ratsbegehren zur Wehr setzen, wenn durch dessen Formulierung die Entscheidungsfreiheit der Bürger beeinträchtigt wird und die Erfolgsaussichten des Bürgerbegehrens geschmälert werden FSt 98, 323
- Beim Bürgerentscheid müssen die Abstimmungsberechtigten nicht individuell über Zeit und Ort der Abstimmung benachrichtigt werden FSt 98, 323
- Der mit einem Ratsbegehren angestrebte Verzicht auf eine Bauleitplanung ist zulässig, wenn er keinem im Gemeindegebiet aktuell bestehenden Planungserfordernis zuwiderläuft FSt 98, 324

- Einem Ratsbegehren muss – anders als einem Bürgerbegehren – keine Begründung beigefügt werden FSt 98, 325
- Vorläufige Zulassung eines Bürgerbegehrens durch einstweilige Anordnung; Vorwegnahme der Hauptsache; unzulässige Vorabbindung im Bebauungsplanverfahren FSt 170, 562
- Allein der Umstand, dass durch den beabsichtigten Erlass eines Bebauungsplans die mit einem Bürgerbegehren verfolgten Ziele unterlaufen würden, rechtfertigt noch nicht dessen vorläufige Zulassung im Wege einer einstweiligen Anordnung FSt 170, 563
- Die gerichtliche Zulassung eines Bürgerbegehrens im Eilverfahren kommt nur in Ausnahmefällen in Betracht FSt 170, 563
- Um die zur Genehmigungsfähigkeit eines Vorhabens führende „Planreife“ eines in Aufstellung befindlichen Bebauungsplans zu verhindern, genügt es, der Gemeinde den Erlass des Bebauungsplans vorläufig zu untersagen FSt 170, 564
- Ein auf eine Bauleitplanung gerichtetes Bürgerbegehren ist unzulässig, wenn die Fragestellung auf konkrete grundstücksbezogene Festsetzungen abzielt, die der zu beschließende Bebauungsplan unverändert übernehmen soll FSt 170, 565
- Die exakte Festlegung von Baugrenzen durch ein Bürgerbegehren belässt der Gemeinde insofern keinen planerischen Gestaltungsspielraum mehr und ist daher unzulässig FSt 170, 566
- Überörtliches Verkehrsprojekt; Irreführungsverbot; Bestimmtheitsanforderungen bei einem bereits bestandskräftig zugelassenen Bauvorhaben FSt 178, 601
- Der eigene Wirkungskreis der Gemeinde kann durch ein überörtliches Bauvorhaben betroffen sein, wenn sich daraus gewichtige Auswirkungen auf die Selbstverwaltungsaufgaben ergeben können FSt 178, 602
- Eine unzulässige Irreführung liegt nicht vor, wenn aus der Fragestellung des Bürgerbegehrens erkennbar ist, dass die Fortführung des bereits zugelassenen Vorhabens nicht allein vom Willen der Gemeinde abhängt FSt 178, 603
- Auch gegen ein unanfechtbar genehmigtes Bauvorhaben kann die Standortgemeinde auf vielfältige Weise rechtlich und politisch vorgehen FSt 178, 603
- Soweit die Begründung des Bürgerbegehrens subjektive Einschätzungen und Bewertungen enthält, kann darin kein Verstoß gegen das Irreführungs- und Täuschungsverbot liegen FSt 178, 605

- Das Bürgerbegehren ist auf eine Maßnahme mit Entscheidungscharakter gerichtet, wenn daraus eine – zumindest gemeindeinterne – rechtliche Wirkung folgt FSt 178, 606
- In einem noch laufenden Zulassungsverfahren kann die Gemeinde durch Bürgerbegehren ohne Verstoß gegen das Bestimmtheitsgebot verpflichtet werden, „alle rechtlichen Mittel“ zur Verhinderung des Vorhabens einzusetzen FSt 178, 607
- Das nicht weiter konkretisierte Verlangen, gegen ein bereits bestandskräftig zugelassenes Bauvorhaben „alles“ zu unternehmen, ist zu unbestimmt, um Gegenstand eines Bürgerbegehrens zu sein FSt 178, 608

Bürgermeister

- Übertragung seiner organschaftlichen Vertretungsbefugnis auf Bedienstete FSt 158, 523
- Eine rechtsgeschäftliche Stellvertretung des ersten Bürgermeisters ist grundsätzlich zulässig FSt 158, 524
- Ein erster Bürgermeister ist nicht uneingeschränkt zur Übertragung seiner organschaftlichen Befugnis berechtigt FSt 158, 524
- Bei einer Übertragung der Vertretungsbefugnis nach Art. 39 Abs. 2 Halbsatz 2 GO ist die Person namentlich zu benennen FSt 158, 525
- Gemäß Art. 37 Abs. 2 GO auf den ersten Bürgermeister übertragene Angelegenheiten sind keine Angelegenheit der laufenden Verwaltung FSt 158, 525
- Zur Bevollmächtigung Dritter im Allgemeinen FSt 158, 526
- Zur Genehmigungsfähigkeit vollmachtlosen Handelns FSt 158, 527

D

Datenschutz

- Videüberwachung im öffentlichen Personenverkehr FSt 31, 107
- Versand von Newslettern durch bayerische öffentliche Stellen FSt 201, 690
- Aufbewahren von Einwilligungen FSt 212, 726
- Nachweispflicht als Verdichtung der Rechenschaftspflicht FSt 212, 727
- Verarbeitungen im Zusammenhang mit einer Einwilligung FSt 212, 727
- Umfang der Nachweispflicht FSt 212, 728
- Widerruf der Einwilligung FSt 212, 728
- Datenschutzbeauftragte bei bayerischen öffentlichen Stellen im Wettbewerb FSt 213, 729

- Auskunft über Gewerbesteuerzahler an den Gemeinderat („Gewerbesteuer-Bestenliste“) FSt 226, 765
- Geldbußen nach Art. 83 DSGVO gegen baye- rische öffentliche Stellen FSt 249, 849
- Neuregelung der Datenschutzaufsicht im Steu- erwesen FSt 252, 856
- Keine gesonderte Entgeltspflicht für Kontrollen bei der Auftragsverarbeitung FSt 257, 881

Denkmalschutz

- Verwaltungsverfahren bei der Inanspruch- nahme des Entschädigungsfonds nach dem Ge- setz zum Schutz und zur Pflege der Denkmä- ler (Denkmalschutzgesetz – BayDSchG) vom 11.7.2019 GK 168, 432

Dienstunfall

- Dienstliches Gespräch als äußere Einwirkung im Sinne des Dienstunfallrechts FSt 130, 440

DIN-Normen

- Rechtsstaatliche Anforderungen an die Veröf- fentlichung von DIN-Normen; sie müssen nicht im GVBl veröffentlicht werden FSt 59, 201

Disziplinarverfahren

- Bindungswirkung der Tatsachenfeststellungen eines ausländischen Strafurteils im Disziplinar- verfahren FSt 88, 293
- Maßnahmemilderung wegen verspäteter Ein- leitung des Disziplinarverfahrens FSt 237, 800
- Rechtmäßigkeit der Entfernung eines Polizei- beamten, der den Reichsbürgern nahesteht, aus dem Polizeidienst FSt 241, 805
- Inhalt und Reichweite der Pflicht zur Verfas- sungstreue gemäß Art. 33 Abs. 5 GG und § 33 Abs. 1 BeamStG FSt 241, 806
- Verstoß gegen die Pflicht zur Verfassungstreue sowie gegen die Pflicht zu achtungs- und ver- trauenswürdigen Verhalten (§ 33 und § 34 Abs. 1 Satz 3 BeamtenStG) durch Befür- wortung der Reichsbürgerideologie FSt 241, 807
- Verhängung der höchst möglichen Disziplinar- maßnahme: Entfernung aus dem Dienst FSt 241, 812

Dorferneuerung

- Bek des StELF vom 24.10.2018 – Richtlinie zum 27. Wettbewerb 2019 bis 2022 „Unser Dorf hat Zukunft“ GK 39, 95
- Bek des StMELF vom 29.3.2019 – Dorferneue- rungsrichtlinien zum Vollzug des Bayerischen Dorfentwicklungsprogramms (DorfR) GK 99, 264

- Änderung der Richtlinie für die Dorferneue- rungs- und Infrastrukturprojekte zur Umset- zung des ELER-Programms 2014 bis 2020 in Bayern GK 108, 288

E

Eigengesellschaften

- Kapitalertragsteuer für verdeckte Gewinnaus- schüttungen einer dauerdefizitären kommuna- len Eigengesellschaft GK 193, 486

Eingruppierung

- Korrigierende Rückgruppierung – Treuwidrig- keit FSt 12, 40

Einrichtungen, gemeindliche

- Zugang zu Räumlichkeiten aufgrund des partei- enrechtlichen Gleichbehandlungsgebots FSt 36, 121
- Die für eine öffentliche Einrichtung erforder- liche Widmung kann sich aus vertraglichen Abmachungen ergeben FSt 36, 121
- Eine Einrichtung i.S. des Art. 21 GO liegt auch vor, wenn ein privater Betreiberverein durch eine Nutzungs- oder Betriebsverein- barung zur Wahrung des Gemeinwohlzwecks der Einrichtung verpflichtet ist FSt 36, 122
- Das parteienrechtliche Gleichbehandlungsge- bot ist verletzt, wenn die Nutzung einer öffent- lichen Einrichtung nur den im Gemeinderat vertretenen Parteien und Gruppierungen vor- behalten wird FSt 36, 124
- Ist ein privater Betreiber gegenüber der Ge- meinde vertraglich zur Zulassung aller Arten von Parteiveranstaltungen verpflichtet, kann er nicht durch eine restriktive Vergabepraxis oder eine entsprechende interne Beschlussfassung bestimmte Veranstaltungsarten ausschließen FSt 36, 125
- Sind Parteien zur Nutzung einer öffentlichen Einrichtung widmungsgemäß zugelassen, muss ihnen die Gemeinde den Zugang grundsätzlich auch für Wahlkampfveranstaltungen ermög- lichen FSt 36, 126

Energieversorgung

- Änderung des Windkrafterlasses FSt 182, 621
- Zur Rechtsnatur des Windkraft- bzw. Wind- energieerlasses und zu den Folgen, wenn sich entscheidungserhebliche Maßgaben aus dem Windenergieerlass im Lauf des von Drittbe- troffenen geführten Anfechtungsrechtsstreits gegen eine Genehmigung ändern FSt 182, 623

- Eine geänderte fachliche Auffassung über die Art und Weise der Feststellung tatbestandlicher Genehmigungsvoraussetzungen, die nach Erlass einer angefochtenen Genehmigung eintritt, kann zugunsten des Genehmigungsinhabers berücksichtigungsfähig sein
FSI **182**, 626
- Gesetz zur Beschleunigung des Energieleistungsausbaus vom 13.5.2019
GK **116**, 312

Energiewirtschaft

- Gesetz zur Neuregelung von Stromsteuerbefreiungen sowie zur Änderung energiesteuerrechtlicher Vorschriften vom 22.6.2019
GK **144**, 384

Entwässerung

- Angemessenheit kalkulatorischer Zinsen
FSI **192**, 644
- Eine angemessene Verzinsung des Anlagekapitals gehört zu den gebührenfähigen Kosten
FSI **192**, 645
- Bei der Festsetzung der angemessenen Verzinsung steht der Gemeinde ein weiter Beurteilungsspielraum zu
FSI **192**, 647
- Zu Zweck und Rechtfertigung der kalkulatorischen Verzinsung
FSI **192**, 647
- Ein kalkulatorischer Zinssatz von 4,5 % ist noch angemessen
FSI **192**, 649
- Zur Bedeutung einer längeren Niedrigzinsphase
FSI **192**, 650
- Die Verzinsung muss nicht nach Eigen- und Fremdkapital differenziert werden
FSI **192**, 650
- Der Gleichheitssatz ist nicht im Vergleich zu anderen Rechtsträgern anzuwenden
FSI **192**, 651
- Hinweise zur Kontrolle und Wartung von Entwässerungseinrichtungen an Straßen außerhalb geschlossener Ortslagen – H KWES, Ausgabe 2018
GK **47**, 118
- Niederschlagswassergebühr keine Nachlassverbindlichkeit im Sinne von § 1967 BGB
GK **66**, 175
- Die Ansprüche aus dem Abgabenschuldverhältnis richten sich nicht gegen den Nachlass, sondern gegen den Erben wegen seiner Stellung als dinglich Berechtigter
GK **66**, 175
- Die Bestimmungen zur Haftungsbeschränkung sind bei Nichtvorliegen einer Nachlassverbindlichkeit nicht einschlägig
GK **66**, 176

Erschließungsbeitrag

- Erschlossensein eines gefangenen Hinterlegers
GK **51**, 123
- Gefangenes Hinterliegergrundstück mit tatsächlich angelegter Zufahrt
GK **51**, 124
- Gefangenes Hinterliegergrundstück ohne Zufahrt und ohne Nutzung
GK **51**, 125

- Keine sachlichen Beitragspflichten nach Ablauf der Ausschlussfrist
GK **76**, 196
- Legt die Erschließungsbeitragssatzung den gemeindlichen Grunderwerb als Herstellungsmerkmal fest, können die Beitragspflichten erst dann entstehen, wenn er für die gesamte Grundfläche der Erschließungsanlage abgeschlossen ist
GK **76**, 197
- Bei der Erhebung von Erschließungsbeiträgen beträgt die Ausschlussfrist nach der Übergangsvorschrift des Art. 19 Abs. 2 KAG auch dann 30 Jahre, wenn die Gemeinde vor dem 1.4.2014 zwar nicht den endgültigen Beitrag, aber Vorausleistungen darauf festgesetzt hat
GK **76**, 198
- Nach dem Ablauf der Ausschlussfrist ist das Entstehen der Beitragspflichten kraft Gesetzes zwingend ausgeschlossen
GK **76**, 200
- Sind innerhalb der Ausschlussfrist keine Beitragspflichten mehr entstanden, können vor Fristablauf erlassene Vorausleistungsbescheide keinen Rechtsgrund für das Behaltendürfen der vereinnahmten Leistungen mehr darstellen und müssen aufgehoben werden
GK **76**, 201
- Sind die sachlichen Beitragspflichten noch fristgemäß entstanden, aber nicht festgesetzt worden, kann ein Vorausleistungsbescheid als Rechtsgrund für die Beitragserhebung genügen
GK **76**, 202
- Von der natürlichen Betrachtungsweise abweichende Anlagenabgrenzung durch Erschließungsvertrag
GK **118**, 317
- Auch eine „Regimeentscheidung“ durch einen Erschließungsvertrag kann aus Rechtsgründen zu einer von der natürlichen Betrachtungsweise abweichenden Anlagenabgrenzung führen; Ausnahmen bleiben offen
GK **118**, 317
- Ablehnung gegenteiliger Auffassungen zur Möglichkeit einer „Regimeentscheidung“
GK **118**, 319
- Erhebung von Straßenerschließungs- und ausbaubeiträgen; Schriftliche Anfrage im Bayerischen Landtag
GK **169**, 433
- Endgültige Herstellung eines asphaltierten Gehwegs erfordert die Aufbringung der Deckschicht
GK **184**, 458
- Merkmalsregelung in der gemeindlichen Erschließungsbeitragssatzung (EBS); hier: vollständige Gehwegdecke mit Deckschicht führt zur endgültigen Herstellung
GK **184**, 458
- Auf subjektive Vorstellungen, was als endgültig anzusehen ist, kommt es nicht an
GK **184**, 459
- Verständnis der Merkmalsregelung „Asphaltbelag“ widerspricht nicht dem Bestimmtheits-erfordernis
GK **184**, 459

- Verlängerungsstrecke als selbstständige Erschließungsanlage? GK 191, 481
- Ausgangspunkt für die Anlagenabgrenzung ist die natürliche Betrachtungsweise GK 191, 481
- Vom Grundsatz der natürlichen Betrachtungsweise ist bei der Verlängerung einer bereits endgültig hergestellten AnbausträÙe abzuweichen GK 191, 482
- Verlängerungen zerfallen nicht in jeweils selbstständige Erschließungsanlagen GK 191, 482

Erschließungsvertrag

- Von der natürlichen Betrachtungsweise abweichende Anlagenabgrenzung durch Erschließungsvertrag GK 118, 317

Erziehungsgeld, Familiengeld

- Bayerisches Familiengeld: Bund und Freistaat Bayern haben Einigung erzielt FSt 224, 760

Europäische Union

- Bayerisches Brexit-Übergangsgesetz FSt 189, 640

F

Fahrerlaubnis

- Umgetauschter EU-Führerschein; VerstoÙ gegen das Wohnsitzerfordernis FSt 118, 400

Feuerwehr

- Ausschluss oder Entbindung vom freiwilligen Feuerwehrdienst wegen Dienstpflichtverletzung FSt 9, 30
- Gesetzliche Vorgaben für die Beendigung des Feuerwehrdienstes FSt 9, 30
- Zwingende Entbindung bei nachträglichem Eignungsverlust FSt 9, 31
- Ausschluss nach pflichtgemäßem Ermessen bei gröÙlichen Dienstpflichtverletzungen FSt 9, 32
- Ein Ausschluss nach Art. 6 Abs. 4 Satz 2 BayFwG setzt Ermessenserwägungen voraus FSt 9, 32
- Verhältnis zur Mitgliedschaft im Feuerwehrverein FSt 9, 33
- Amtshaftung bei Brandbekämpfung FSt 42, 146
- Kostenersatz bei Amtshilfe; Auslagerenstatung; Pauschalierung FSt 78, 254
- Widerruf der amtlichen Kennzeichnung („Siegelung“) einer Feuerwehruzufahrt FSt 139, 466

- Amtliche Kennzeichnung („Siegelung“) einer Feuerwehruzufahrt als Maßnahme der Feuerbeschau FSt 139, 467
- Amtliche Kennzeichnung („Siegelung“) einer Feuerwehruzufahrt ist kein begünstigender Verwaltungsakt FSt 139, 467
- Der Widerruf der amtlichen Kennzeichnung („Siegelung“) ist bei inzwischen fehlender Eignung der Feuerwehruzufahrt rechtmäßig FSt 139, 468
- Bek des StMI vom 18.12.2018 – Richtlinien für Zuwendungen des Freistaates Bayern zur Förderung des kommunalen Feuerwehrwesens (Feuerwehr-Zuwendungsrichtlinien – FwZR) GK 56, 144
- Entschädigungen nach §§ 11 und 13 der Ausführungsverordnung zum Bayerischen Feuerwegesetz (AVBayFwG) ab 1.1.2019, 1.1.2020 und 1.1.2021 GK 207, 520

Finanzausgleich

- Erste Verordnung zur Durchführung des Finanzausgleichsgesetzes im Ausgleichsjahr 2019 vom 18.3.2019 GK 90, 240

Finanzausgleich 2019

- Finanzausgleich 2019 FSt 148, 486
- Ausgangslage FSt 148, 486
- Finanzausgleichsvolumen 2019 FSt 148, 487
- Allgemeiner Steuerverbund, Schlüsselzuweisungen FSt 148, 487
- Grunderwerbsteuerverbund nach Art. 8 BayFAG FSt 148, 489
- Einkommensteuerersatz nach Art. 1b BayFAG FSt 148, 489
- Finanzzuweisungen nach Art. 7 und 9 BayFAG FSt 148, 489
- Kraftfahrzeugsteuerersatzverbund FSt 148, 491
- Bedarfszuweisungen (Art. 11 BayFAG) FSt 148, 497
- Kommunaler Hochbau (Art. 10 BayFAG) FSt 148, 499
- Krankenhausfinanzierung FSt 148, 503
- Investitionspauschale nach Art. 12 BayFAG FSt 148, 504
- Zuweisungen zu den Aufwendungen für die Schülerbeförderung FSt 148, 504
- Ausgleich nach Art. 15 BayFAG an die Bezirke FSt 148, 504
- Tabellarische Übersicht über die Entwicklung der Finanzausgleichsleistungen FSt 149, 505

Finanzen, öffentliche

- Gesetz zur Errichtung des Sondervermögens „Digitale Infrastruktur“ (Digitalinfrastrukturfondsgesetz – DIFG) vom 17.12.2018 GK 39, 95

- Der Schuldenstand der öffentlichen Körperschaften am 31.12.2017 GK 65, 169
- Der Schuldenstand des Freistaates Bayern, der bayerischen Gemeinden/Gemeindeverbände (Gv) und der Verbände mit kommunalen Aufgaben am 31.12.2017 im Vergleich zum Schuldenstand des Bundes GK 65, 169
- Zur Entwicklung des Schuldenstandes im Jahr 2017 GK 65, 170
- Investitionsbedarfe der Kommunen GK 75, 194
- Steuereinnahmekraft der Gemeinden und Gemeindeanteile an der Einkommen- und Umsatzsteuer im Jahr 2017 GK 109, 289
- Finanzbedarf der Straßenerhaltung in den Kommunen – Merkblatt M FinStraKom 2019 GK 127, 337
- Grundlagen, Zielsetzung und Verantwortlichkeit bei der Straßenerhaltung GK 127, 337
- Steuerschätzung Mai 2019 GK 128, 339
- Erwartetes Steueraufkommen 2018 bis 2023 in Mrd. € GK 128, 342
- Steuereinnahmen bzw. Steuerbeteiligungen der Gemeinden GK 128, 343
- Schätzungen für die bayerischen Kommunen GK 128, 347
- Die Ergebnisse der Jahresrechnungsgestatistik 2017 für Bayern GK 155, 411
- Die Gemeindefinanzen in Bayern im Jahr 2018; Ergebnis der vierteljährlichen Kassenstatistik GK 216, 533
- Wirtschaftswachstum schwächt sich ab GK 216, 533
- 2018 wiederum positiver Finanzierungssaldo GK 216, 533
- Weiterer Anstieg bei den kommunalen Steuereinnahmen GK 216, 534
- Deutliche Zunahme bei der Gewerbesteuer GK 216, 534
- Steuereinnahmen – Übersicht GK 216, 535
- Anstieg bei den Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb GK 216, 535
- Höhere Zuweisungen, gestiegene Bezirks- und Kreisumlagen GK 216, 535
- Personalausgaben weiter gestiegen GK 216, 536
- Höhere Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke GK 216, 536
- Solidarumlage ab 2008 entfallen – Staat übernimmt Netto-Solidarumlage GK 216, 536
- Erneute Zunahme bei den Leistungen der Sozialhilfe GK 216, 537
- Anstieg bei den Bauausgaben GK 216, 537
- Kassenmäßige Einnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände in Bayern 2017 und 2018 GK 217, 538

- Kassenmäßige Ausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände in Bayern 2017 und 2018 GK 218, 539
- Steuereinnahmen der Gemeinden in Bayern 2018 nach Gemeindegrößenklassen GK 219, 540
- Steuereinnahmen der Gemeinden je Einwohner in Bayern 2018 nach Gemeindegrößenklassen GK 220, 541

Flächennutzungsplan

- Konzentrationsflächenplanung für Windenergieanlagen FSt 205, 708
- § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB verlangt für die Ausschlusswirkung nicht, dass ausschließlich Flächen für jedenfalls drei Windenergieanlagen dargestellt werden FSt 205, 708
- Flächen, die weniger als drei Anlagen aufnehmen können, sind daher nicht stets als harte Tabuzonen bei der gesamtträumlichen Planung auszuschneiden FSt 205, 709
- Der Tenor einer stattgebenden Normenkontrollentscheidung ist auf die Ausschlusswirkung des § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB zu begrenzen FSt 205, 709

Flüchtlingsverwaltung

- Die drohende Verhängung einer Todesstrafe begründet nicht stets ein Abschiebungsverbot FSt 58, 200
- Verteilung unbegleiteter ausländischer Minderjähriger: Beginn der Monatsfrist des § 42b Abs. 4 Nr. 4 SGB VIII FSt 64, 213

Fortbildung

- Keine Anrechnung von Fortbildungskosten ohne Bedarf für Tätigkeit bei Annahmeverzug GK 130, 352

Fraktionen

- Kein Ausschluss kommunaler Fraktionen „verfassungsfeindlicher“ Parteien oder Wählervereinigungen von Fraktionszuwendungen FSt 46, 169
- Zur Zulässigkeit einer verwaltungsgerichtlichen Normenkontrolle einer kommunalen Fraktion FSt 46, 169
- Benachteiligungsverbot bei kommunalen Fraktionszuwendungen FSt 46, 170
- Nur bedarfsbezogene Kriterien können eine Differenzierung rechtfertigen FSt 46, 170
- Keine Rechtfertigung durch die Verfassungsentscheidung für eine wehrhafte Demokratie FSt 46, 171
- Keine Gleichsetzung von Parteien- und Fraktionsfinanzierung FSt 46, 172

- Bedeutung der Entscheidung für bayerische Gemeinden FSt 46, 173

Fremdenverkehrsbeitrag

- Fremdenverkehrsbeitrag bei Offener Handelsgesellschaft; einkommensteuerpflichtiger Gewinn als Beitragsmaßstab; kein Abzug der Gewerbesteuer; Steuerermäßigung bei Einkünften aus Gewerbebetrieb GK 15, 34
- Zur Fremdenverkehrsbeitragspflicht einer OHG GK 15, 34
- Beitragsermittlung anhand des einkommensteuerpflichtigen Gewinns GK 15, 35
- Kein Vorwegabzug der Gewerbesteuer GK 15, 35
- Klare Bestimmung des gewinnbezogenen Beitragsmaßstabs GK 15, 36
- Keine Verweisung auf Steuertarif- bzw. -ermäßigungsvorschriften GK 15, 37
- Auswärtiger Gewerbetreibender; innergemeindliche Betriebsstätte; objektiv verfestigte Beziehung zum Gemeindegebiet GK 34, 81
- Der regelmäßige Aufenthalt eines Gewerbetreibenden im Gemeindegebiet ohne einen dort vorhandenen festen Anlaufpunkt begründet noch keine örtliche Betriebsstätte GK 34, 81
- Wohnungen, die nicht Mittel, sondern Gegenstand einer gewerblichen Betätigung im Gemeindegebiet sind, können nicht als Betriebsstätte gelten GK 34, 82
- Eine zur Fremdenverkehrsbeitragspflicht führende „spezifische Ortsbezogenheit“ kann sich bei einer gewerblichen Wohnungsverwaltung oder -vermittlung nicht allein aus der Dauer bzw. Häufigkeit oder dem Inhalt dieser Tätigkeit ergeben GK 34, 83

Fundrecht

- Zuständigkeit der Fundbehörde – Aufwendungsersatzansprüche FSt 104, 348
- Kein Aufwendungsersatzanspruch der Fundbehörde bei nicht gegebener vorrangiger Zuständigkeit einer anderen Behörde FSt 104, 349
- Grundsätzlich kein Ersatzanspruch gegen die Fundbehörde bei von dieser nicht veranlassten Maßnahmen FSt 104, 349

G

Gasversorgung

- Grenzpreise nach § 2 Abs. 4 und 5 KAV für das Jahr 2019 GK 131, 354

Gebühren

- Verordnung zur Änderung der Umweltgebührenverordnung und der Bayerischen Benutzungsgebührenverordnung GK 92, 216
- Verwaltungsgebühr; Bestimmtheitsanforderungen; Gebührenrahmen; Gebührengrundsätze GK 92, 242
- Gebührentatbestände müssen zumindest durch die Festlegung von Bemessungsfaktoren so genau bestimmt sein, dass der Gebührenschuldner die Höhe der Gebühr in gewissem Umfang vorausberechnen kann GK 92, 242
- Der Gebührenrahmen darf nicht so weit gefasst sein, dass er seine Orientierungs- und Begrenzungsfunktion nicht mehr erfüllt GK 92, 244
- Die gesetzlich vorgegebenen Gebührengrundsätze müssen sich in dem Gebührenrahmen widerspiegeln GK 92, 244
- Bei einem weiten Gebührenrahmen reicht eine ständige Verwaltungspraxis zur Erfüllung der Bestimmtheitsanforderungen nicht aus, wenn es um höchst unterschiedlich gelagerte Fälle geht GK 92, 245
- Verwaltungsgebühren dürfen nicht völlig unabhängig von den Kosten der hoheitlichen Leistung festgesetzt werden GK 92, 246

GEMA

- GEMA-Vertrag für Radiosendungen im Krankenhaus GK 30, 68
- Außerordentliche Kündigung eines urheberrechtlichen Lizenzvertrages bei Änderung der höchststrichterlichen Rechtsprechung GK 30, 68
- Die Rechtsprechung zur Frage der öffentlichen Wiedergabe von Hörfunksendungen in Wartezimmern von Arztpraxen ist nicht auf die Frage der öffentlichen Wiedergabe von Hörfunksendungen in Patientenzimmern eines Krankenhauses anwendbar GK 30, 69
- Radiosendungen, die in Patientenzimmern eines Krankenhauses über eine krankenhaus-eigene Kabelanlage empfangen werden können, werden i.S. von § 15 Abs. 3 UrhG öffentlich wiedergegeben GK 30, 69

Gemeindebeamte

- Umsetzung durch Organisationsverfügung FSt 62, 210
- Änderung des Beamtenstatusgesetzes FSt 99, 325
- Entlassung kraft Gesetzes (§ 22 BeamStG) FSt 99, 325
- Dienstunfähigkeit (§ 26 BeamStG) FSt 99, 326
- Wahrnehmung der Aufgaben, Verhalten (§ 34 BeamStG) FSt 99, 326

- Folgepflicht (§ 35 BeamStG) FSt 99, 327
- Verantwortung für die Rechtmäßigkeit (§ 36 BeamStG) FSt 99, 327
- Versagung der Teilnahme eines Beamten an einem Fortbildungslehrgang (Art. 33 Abs. 2 GG; § 9 BeamStG; § 35 Satz 1 VwVfG) FSt 167, 559
- Entlassung eines Beamten auf Probe; hier: Zweifel am Eintreten für die freiheitliche demokratische Grundordnung FSt 214, 730
- Ein Beamter muss für die freiheitliche demokratische Grundordnung eintreten FSt 214, 731
- Zweifel an der persönlichen Eignung eines Beamten FSt 214, 732
- Abbruch eines Auswahlverfahrens wegen Umorganisation der inneren Behördenstruktur FSt 227, 768
- Bei der Entscheidung über den Abbruch eines eingeleiteten Auswahlverfahrens unterliegt der Dienstherr unterschiedlichen rechtlichen Bindungen FSt 227, 768
- Verletzung eines Bewerbungsverfahrensanspruchs; Anfechtung einer Ernennung; Verwirkung FSt 258, 883
- Der Bewerbungsverfahrenanspruch ist verletzt, wenn ein Beamter (bei Vorliegen sonstiger Voraussetzungen) nicht in eine Auswahlentscheidung über Beförderungen einbezogen oder ihm das Ergebnis der Auswahlentscheidung nicht mitgeteilt wird FSt 258, 884
- Verwirkung des Rechts auf Anfechtung der Ernennung eines anderen Bewerbers FSt 258, 886
- Bek des StMFH vom 28.5.2019 – Berechnungsgrundlagen für die ergänzende Versorgungsabfindung nach Art. 99a des Bayerischen Beamtenversorgungsgesetzes (Ergänzungsabfindungsbekanntmachung – BeVBek) GK 135, 360
- Gesetz zur Anpassung der Bezüge 2019/2020/2021 vom 24.7.2019 GK 168, 432
- Personaldurchschnittskosten und Kosten eines Arbeitsplatzes für Beamte ab dem 1.1.2019 GK 187, 472
- Ergänzende Fürsorgeleistung (Ballungsraumzulage) für Beschäftigte, Auszubildende und Besoldungsempfänger; Dynamisierung der Zulage und Grenzbeträge ab 1.1.2019 GK 221, 542
- Verordnung zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften vom 1.10.2019 GK 227, 552

Gemeinden

- Alkoholverbotssatzungen und andere Maßnahmen gegen Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung FSt 8, 24

- Ausgangslage FSt 8, 25
- Zusammenarbeit FSt 8, 25
- Kurzfristige Maßnahmen FSt 8, 26
- Langfristige Maßnahmen FSt 8, 27
- Alkoholverbotsverordnung FSt 8, 28

Gemeinderatssitzung

- Elektronische Ladung; Tagesordnung im Ratsinformationssystem; Rechtsfolgen eines Ladungsmangels FSt 86, 283
- Die Voraussetzungen einer „ordnungsgemäßen“ Ladung ergeben sich allgemein aus Art. 46 Abs. 2 Satz 2 GO und ergänzend aus den Bestimmungen der jeweiligen Geschäftsordnung FSt 86, 283
- Es verstößt nicht gegen die Gemeindeordnung, wenn den mit einer elektronischen Ladung einverständlichen Ratsmitgliedern per E-Mail lediglich Zeit und Ort der Sitzung mitgeteilt werden, während die Tagesordnung über einen in der Mail enthaltenen Link im Ratsinformationssystem eingesehen werden kann FSt 86, 284
- Sieht die Geschäftsordnung die „Versendung“ der Tagesordnung in bestimmter Weise vor, genügt es nicht, den Ratsmitgliedern lediglich das Aufrufen der Tagesordnung im Ratsinformationssystem zu ermöglichen FSt 86, 286
- Hat der Gemeinderat das bei der Ladung einzuhaltende Verfahren in der Geschäftsordnung eindeutig festgelegt, kann er eine abweichende Handhabung nicht durch nachträglichen Beschluss als geschäftsordnungsgemäß qualifizieren FSt 86, 287
- Eine fehlerhafte Ladung führt nicht zur Unwirksamkeit der in der Sitzung gefassten Beschlüsse, wenn der von dem Ladungsmangel Betroffene der Sitzung ferngeblieben ist und dafür bereits im Voraus gegenüber dem Sitzungsleiter persönliche Entschuldigungsgründe angeführt hat FSt 86, 287
- Bleibt ein nicht ordnungsgemäß geladenes Ratsmitglied unentschuldigt der Sitzung fern, wird der Ladungsmangel nicht dadurch geheilt, dass die betreffende Person im Nachhinein den Erhalt der Ladung bestätigt, den in ihrer Abwesenheit gefassten Beschluss billigt oder persönliche Verhinderungsgründe geltend macht FSt 86, 289

Gemeindewahlrecht

- Änderung der Gemeinde- und Landkreiswahlordnung FSt 171, 567
- Einschränkungen bei beweglichen Wahlvorständen und Sonderstimmbezirken FSt 171, 567
- Gültigkeit der Stimmabgabe bei der Briefwahl FSt 171, 567

- Änderungen bezüglich der Stimmabgabe
FSt 171, 568
- Schutzregelungen bei Wahlscheinanträgen
FSt 171, 570
- Aufhebung der Listenverbindung
FSt 171, 570
- Änderungen bei der Zulassung der Wahlvorschläge
FSt 171, 570
- Änderungen bei der Auszählung der Stimmen
FSt 171, 571
- Vorläufiges und abschließendes Wahlergebnis
FSt 171, 572
- Durchführung von Bekanntmachungen
FSt 171, 573
- Änderung der Anlagen
FSt 171, 573
- Gesetz zur Änderung wahlrechtlicher Vorschriften vom 24.7.2019
FSt 239, 801
- Aufhebung der beiden Wahlrechtsausschlüsse
FSt 239, 802
- Neuregelung der Ausübung des Wahlrechts
FSt 239, 802
- Neutralitätspflicht der Gemeinde im Kommunalwahlkampf
FSt 240, 803

Gemeinnützigkeit

- Verlängerung der Billigkeitsmaßnahmen bei vorübergehenden Unterbringungsmaßnahmen von Bürgerkriegsflüchtlingen und Asylbewerbern
GK 25, 61
- Politische Betätigung und Gemeinnützigkeit
GK 120, 324
- Voraussetzungen und Grenzen für eine „allgemeine Förderung des demokratischen Staatswesens“ i.S. des § 52 Abs. 2 Nr. 24 AO
GK 120, 324
- Voraussetzungen und Grenzen einer „Förderung der Volksbildung“ i.S. des § 52 Abs. 2 Nr. 7 AO
GK 120, 326
- Die Begriffe „Volksbildung“ und „demokratisches Staatswesen“ dürfen nicht zu weit ausgelegt werden
GK 120, 328

Gesamtschuldner

- Benutzungsgebühren: Leitungsgebundene Einrichtungen; Auswahl unter Gesamtschuldnern
GK 147, 389
- Im öffentlichen Abgabenrecht darf der Gläubiger die Leistung nach seinem Ermessen von jedem der Gesamtschuldner ganz oder teilweise fordern
GK 147, 390
- Das der Behörde eingeräumte Auswahlermessen ist sehr weit; insbesondere dürfen finanzielle oder verwaltungspraktische Gründe maßgeblich sein
GK 147, 391

- Die Inanspruchnahme ist grundsätzlich auch zulässig, wenn der herangezogene Gesamtschuldner möglicherweise keinen Ausgleich erlangen kann
GK 147, 392
- Aus dem Wesen der Gesamtschuld folgt regelmäßig die rechtliche Zulässigkeit der uneingeschränkten Inanspruchnahme eines von mehreren Schuldnern
GK 147, 392
- Es wäre nicht zulässig, die durch Nichtermittelbarkeit einzelner Miteigentümer entstehenden Fehlbeträge auf die bekannten Miteigentümer zu verteilen
GK 147, 393
- Schuldrechtliche Vereinbarungen sind nicht geeignet, die nach öffentlichem Recht bestehenden Verhältnisse und Verpflichtungen zu bestimmen
GK 147, 393
- Gegen die Heranziehung des im Grundbuch an erster Stelle eingetragenen Miteigentümers ist im Regelfall nichts einzuwenden
GK 147, 394
- Der Refinanzierungsaufwand und das hohe Alter eines in Anspruch genommenen Gesamtschuldners machen dessen Heranziehung nicht unbillig
GK 147, 394
- Auch ein schlechter Gesundheitszustand begründet keinen Billigkeitsgrund, sondern gibt Anlass zu diesbezüglichen Ermessensermäßigungen
GK 147, 395

Gewerbeordnung

- Widerruf der gewerberechtlichen Erlaubnis wegen Unzuverlässigkeit: Auswirkungen auf das Verwaltungsverfahren und den Prozess, wenn das Amt des einzigen Geschäftsführers erlischt
FSt 233, 783
- Die „willenlose“ GmbH und die rückwirkende Heilung der Unfähigkeit zur rechtlich wirksamen Willenserklärung durch Genehmigung seitens eines neu bestellten Geschäftsführers
FSt 233, 784
- Erlöschen der Geschäftsführerstellung und Anhörung der GmbH im Verwaltungsverfahren
FSt 233, 786

Gewerberecht

- Kunst oder Gewerbe? Eine im Einzelfall schwierige Abgrenzung
FSt 67, 223
- Angebliche Gewerbeabmeldung; nicht glaubhaft behaupteter Einwurf von Post in den Briefkasten einer Behörde; Beweislastfragen
FSt 218, 743

Gewerbesteuer

- Gewerbesteuerliche Behandlung von Sanierungsgewinnen; Steuerstundung und Steuererlass aus sachlichen Billigkeitsgründen durch die Gemeinde
GK 111, 302

- Heheberechtigung einer Gemeinde, wenn der einheitliche Gewerbesteuermessbetrag nicht mehr zerlegt werden darf GK 192, 483

Gewerbesteuerumlage

- Entwicklung der Gewerbesteuerumlage GK 101, 266

Grundgesetz

- Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Art. 104b, 104c, 104d, 125c und 143e) FSt 144, 481

Grundsicherung

- Rechtswidrige Aufforderung des Jobcenters, eine vorzeitige Altersrente mit Abschlägen zu beantragen FSt 253, 859
- § 12a i.V. mit § 5 Abs. 3 Satz 1 SGB II als Rechtsgrundlage der Aufforderung, eine vorzeitige Altersrente zu beantragen FSt 253, 859
- Liegt zwischen abschlagsbehafteter und abschlagsfreier Altersrente ein Abstand von vier Monaten, ist der Verweis auf die Inanspruchnahme einer abschlagsbehafteten Altersrente unbillig FSt 256, 880
- Referentenentwurf zur Unbilligkeitsverordnung mit einem genannten Zeitabstand von drei Monaten ist nicht maßgeblich FSt 253, 861
- Leistungsausschluss für nicht erwerbsfähige Angehörige der Bedarfsgemeinschaft FSt 256, 880
- Erste Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Festlegung der Kennzahlen nach § 48a des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch vom 15.3.2019 GK 90, 240

Grundsteuer

- Behandlung von Einsprüchen gegen die Feststellung des Einheitswerts für Grundbesitz oder die Festsetzung des Grundsteuermessbetrags GK 129, 351
- Grundsteuer-Erlass wegen Rohertragsminderung; Unvermietbarkeit eines Ladenlokals wegen Nässeschäden; Unzumutbarkeit einer Sanierung GK 170, 435
- Die Gründe, aus denen das Finanzamt eine Fortschreibung des Einheitswerts abgelehnt hat, sind für die Entscheidung über einen Grundsteuererlass nicht bindend GK 170, 436
- Der Grundsteuerschuldner kann sich auf eine Rohertragsminderung nur berufen, wenn er sie nicht durch ein zumutbares eigenes Handeln vermeiden konnte GK 170, 437

- Der Eigentümer muss das Vermietungsobjekt nicht zu einem weit unterhalb der durchschnittlichen Miete liegenden Betrag anbieten GK 170, 438
- Die Sanierung eines mangelhaften Vermietungsobjekts auf eigene Rechnung kann im Einzelfall auch wegen rechtlicher Schwierigkeiten oder Risiken für den Eigentümer unzumutbar sein GK 170, 438

Grundstücke

- Zulässigkeit einer Mehrwert-Abschöpfungsklausel, wenn der Erwerber ein von der Gemeinde erworbenes Grundstück vorzeitig weiterveräußert FSt 14, 43
- Zu den Voraussetzungen eines städtebaulichen Vertrags gemäß § 11 Abs. 1 BauGB FSt 14, 44
- Überprüfung der Abschöpfungsklausel anhand der §§ 305 ff. BGB, insbesondere der Frage, wann eine Preishaupt- bzw. eine Preisnebenabrede vorliegt FSt 14, 45
- Zulässigkeit der Abschöpfungsklausel bei einem anerkanntswerten, über die reine Abschöpfung eines Veräußerungsgewinns hinausgehenden Interesse FSt 14, 46
- Die Gemeinde ist bei Abriss eines Hauses im Wege der Ersatzvornahme nicht verpflichtet, die Bestandsfähigkeit und Funktionsfähigkeit einer Kommunmauer herzustellen FSt 24, 81
- Amtshaftungsanspruch und Schutzzweck des § 922 BGB FSt 24, 81
- Kein Anspruch aus enteignungsgleichem oder enteignendem Eingriff FSt 24, 83
- Unwirksamkeit einer vorteilsunabhängigen Nachzahlungsverpflichtung bei Weiterverkauf eines Grundstücks FSt 60, 203
- Verstoß gegen das Gebot angemessener Vertragsgestaltung i.S. des § 11 Abs. 2 Satz 1 BauGB FSt 60, 203
- Unterschied zum sog. „Einheimischenmodell“ FSt 60, 204
- Interessen der Gemeinde reichen zur Klauselrettung nicht aus FSt 60, 205
- Auch sonstige Gründe führen nicht zur (Teil-)Wirksamkeit der Klausel FSt 60, 206
- Neue Richtlinie der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BIMA) zur verbilligten Abgabe von Grundstücken (VerbR 2018) GK 1, 1

Grundstückskaufvertrag

- Änderungen eines Grundstückskaufvertrags nach der Auflassung sind formlos möglich, wenn die Auflassung bindend geworden ist FSt 179, 609

Grundstücksverkehr

- Grundstücksveräußerung unter Wert: Unzulässig langes Wiederkaufsrecht der Gemeinde von 30 Jahren, jedoch ergänzende Vertragsauslegung möglich FSt 200, 686
- Ein Wiederkaufsrecht von 30 Jahren ist in aller Regel unzulässig FSt 200, 686
- Das Verbot geltungserhaltender Reduktion gilt nicht ausnahmslos FSt 200, 688

H

Haftungsbeschränkung

- Haftung des Vertreters einer juristischen Person nach § 69 AO bei Einschaltung eines Steuerberaters GK 80, 213

Haushaltsgesetz

- Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2019 und 2020 (Haushaltsgesetz 2019/2020 – HG 2019/2020) vom 24.5.2019 GK 126, 336

Haushaltsplan

- Bek des StMI vom 26.2.2019 – Aufstellung und Vollzug der Haushaltspläne der Kommunen GK 73, 192
- Bek des StMI vom 17.5.2019 – Aufstellung und Vollzug der Haushaltspläne der Kommunen; Ergebnisse der Steuerschätzung GK 135, 360

Haushaltswesen

- Haushaltsaufstellung: Normenkontrollantrag eines Gemeinderatsmitglieds gegen einen vorberatenden Beschluss ist unzulässig FSt 89, 294
- Vorberatende Gemeinderatsbeschlüsse sind keine „Rechtsvorschrift“ i.S. von § 47 Abs. 1 Nr. 2 VwGO FSt 89, 298
- Ein vorberatender Gemeinderatsbeschluss entfaltet keine Außenwirkung FSt 89, 299
- Änderung der kommunalen Haushaltssystematiken; hier: Änderung der Vorschriften über die kommunale Haushaltssystematik nach den Grundsätzen der Kameralistik GK 154, 409
- Änderungen in der Haushaltsgliederung GK 154, 409
- Änderungen in der Haushaltsgruppierung GK 154, 409
- Abschluss von Derivatgeschäften – Untreue? GK 183, 457

Hausverbot

- Kommunalrechtliches Hausverbot zum Schutz von Mitarbeitern und Besuchern einer Behörde gegen Beleidigungen FSt 107, 361
- Die Formulierung „ungebührliches Fehlverhalten“ als Begründung für die Erforderlichkeit des sofortigen Vollzugs eines Hausverbots stellt keine nur formelhafte Begründung dar FSt 107, 361
- Ein überwiegendes öffentliches Interesse an der sofortigen Vollziehung der Anordnung ist angesichts des diffamierenden und drohenden Charakters der Äußerungen gegeben; die Meinungsfreiheit hat hinter dem Ehrenschutz zurückzutreten FSt 107, 362
- Eine Beeinträchtigung der Rechte von Mitarbeitern stört per se den Dienstbetrieb, weshalb das Hausverbot nicht unverhältnismäßig ist FSt 107, 363
- Die mit einem Hausverbot einhergehende Unterbindung des persönlichen Gesprächs mit Behördenmitarbeitern stellt sich nicht als unverhältnismäßig dar FSt 107, 364

Heimrecht

- Vergütungspflicht des Heimbewohners bei vorzeitigem Auszug FSt 161, 537

HOAI

- Die Mindest- und Höchstsatzregelungen der HOAI sind europarechtswidrig FSt 196, 663
- Die Argumentation des EuGH FSt 196, 663
- Folgerungen aus dem Urteil FSt 196, 667

Hunde

- Anordnung einer Anleinplicht nach Art. 18 Abs. 2 LStVG für einen großen Hund innerhalb wie außerhalb bewohnter Gebiete FSt 141, 476
- Zur von „großen Hunden“ ausgehenden konkreten Gefahr für die Schutzgüter Gesundheit und Eigentum FSt 141, 477
- Zur Bestimmtheit der Anordnung eines Leinenzwangs FSt 141, 478
- Verhältnismäßigkeit des Leinenzwangs FSt 141, 479
- Widerruf eines Negativzeugnisses und Haltingsuntersagung eines Kampfhundes der Kategorie 2 FSt 165, 551
- Haltingsuntersagung bei einem Kampfhund der Kategorie 1 FSt 209, 715
- Kein Anspruch auf Erteilung einer Erlaubnis zur Hundehaltung FSt 209, 716

- Ermessensausübung bei der Untersagung der Haltung eines Hundes gemäß Art. 7 Abs. 2 Nr. 1 LStVG i.V. mit Art. 37 Abs. 4 Nr. 1 LStVG **FSt 209, 717**
- Interessenabwägung im Rahmen des § 80 Abs. 5 Satz 1 VwGO bei offenen Erfolgsaussichten bezüglich der Haltungsverbotung **FSt 209, 718**

Hundesteuer

- Steuerpflicht auch für in Pflege genommene Hunde **GK 77, 202**
- Die Hundesteuer ist eine Aufwandsteuer, die an die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Hundehalters anknüpft **GK 77, 202**
- Es ist rechtlich ohne Bedeutung, wenn sämtliche Kosten für die Haltung eines Hundes erstattet werden **GK 77, 203**
- Die Gemeinde muss nicht in jedem Fall feststellen, wer tatsächlich die Aufwendungen für den Hund letztlich tätigt **GK 77, 203**
- Als Halter eines Hundes gilt, wer einen Hund in Pflege oder Verwahrung genommen hat oder ihn auf Probe oder zum Anlernen hält **GK 77, 204**
- Kampfhund; erhöhter Steuersatz; erdrosselnde Wirkung (verneint); Züchtersteuer **GK 119, 321**
- Erhöhte Steuersätze für Kampfhunde sind zulässig **GK 119, 321**
- Ein Jahressteuersatz von 1.000 Euro entfaltet keine erdrosselnde Wirkung **GK 119, 322**
- Auch unter dem Blickwinkel des Vergleichs mit der Züchtersteuer verstößt der erhöhte Steuersatz nicht gegen den Grundsatz der Steuergerechtigkeit **GK 119, 323**

I

Immissionsschutz

- Kein Anspruch auf gänzliche Unterlassung des Einsatzes verbrennungsmotorbetriebener Laubbläser auf einem Friedhof **FSt 30, 104**
- Die Friedhofssatzung vermittelt keinen Drittschutz **FSt 30, 104**
- Der Einsatz von Laubbläsern fällt schon nicht unter den Begriff des „Lärmens“, welches durch die Friedhofssatzung untersagt wird **FSt 30, 105**
- Auch aus dem Nutzungsrecht an einer Grabstätte ergibt sich im konkreten Fall kein Abwehranspruch **FSt 30, 105**
- Die Rechtssache weist auch keine grundsätzliche Bedeutung auf **FSt 30, 106**

- Geltung der 10 H-Regelung bei Änderung einer Windenergieanlage, die einem Neubau („aliud“) gleichkommt **FSt 198, 672**
- Die bauplanungsrechtlichen Anforderungen sind auch bei einer immissionsschutzrechtlichen Änderungsgenehmigung zu beachten **FSt 198, 673**
- Umfassende Prüfung der Genehmigungsvoraussetzungen, wenn die Änderung der genehmigten und gebauten Anlage zu einem „aliud“ führt oder wenn anstelle der schon genehmigten Anlage eine ganz andere Anlage – ein „aliud“ – verwirklicht werden soll **FSt 198, 676**
- Art. 83 Abs. 1 BayBO ist keine allgemeine „Standortsicherungs Vorschrift“ **FSt 198, 680**
- Neuer Heizungsbrüner – sauberer Kamin? **FSt 219, 746**
- Zum „gelegentlichen“ bzw. „mehr als gelegentlichen“ Betrieb einer Feuerstätte **FSt 219, 746**
- Unterschiedliche Sicherheitszwecke und Schutzziele bei Feuerstätten und Heizungsanlagen **FSt 219, 747**

Ingenieure

- Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Ingenieurbauten, ZTV-ING, Ausgabe Oktober 2017 **FSt 17, 61**
- Technische Lieferbedingungen und Technische Prüfvorschriften für Ingenieurbauten, TL/TP-ING, Fortschreibung Oktober 2017 **FSt 28, 92**
- Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Ingenieurbauten (ZTV-ING – Ausgabe Januar 2018); Einführung Bayern **FSt 91, 303**
- Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Ingenieurbauten (ZTV-ING) – Ausgabe Oktober 2018; Einführung in Bayern **FSt 138, 464**
- Richtzeichnungen für Ingenieurbauten (RiZ-ING), Fortschreibung Februar 2019 **GK 197, 497**

Innenbereich

- Bauvorhaben im Innenbereich bei Unwirksamkeit von Bebauungsplänen: Missachtung des interkommunalen Abstimmungsgebots **FSt 163, 544**
- Es erscheint zweifelhaft, ob nach Inkrafttreten des § 34 Abs. 3 BauGB aus dem Gebot interkommunaler Abstimmung nach § 2 Abs. 2 Satz 1 BauGB zu Gunsten einer Nachbargemeinde ein Abwehranspruch gegen ein Einzelvorhaben im unbeplanten Innenbereich folgen kann **FSt 163, 545**

- Ein solcher Fall kann überhaupt nur bei einem aktiven Einwirken der Gemeinde auf den Zulassungsanspruch des Bauinteressenten in Betracht kommen FSt 163, 546

Insolvenzordnung

- Auskunftserteilung in Angelegenheiten des Insolvenzrechts GK 21, 49
- Auskunftserteilung gegenüber Insolvenzverwaltern/Sachwaltern GK 21, 50
- Erteilung von Informationen, die zu Insolvenzanfechtungen führen können GK 21, 51
- Teilnahme am Gläubigerausschuss GK 21, 52
- Restschuldbefreiungsverfahren GK 21, 52
- Zustimmung des Betroffenen GK 21, 52
- Geltendmachung von Gewerbesteuerforderungen; Haftung GK 40, 97

J

Jagdrecht

- Befriedung von Grundflächen aus ethischen Gründen für juristische Personen? FSt 52, 188

Jahresrechnungsstatistik

- Die Ergebnisse der Jahresrechnungsstatistik 2017 für Bayern GK 155, 411
- Anhaltendes Wirtschaftswachstum im Jahr 2017 GK 155, 411
- Kommunale Einnahmen und Ausgaben gestiegen GK 155, 411
- Zuführungen vom Verwaltungs- zum Vermögenshaushalt deutlich gestiegen GK 155, 412
- Tilgung höher als die Neuaufnahme von Krediten GK 155, 413
- Anstieg bei den kommunalen Investitionen GK 155, 414
- Kreisangehörige Gemeinden erneut Spitzenreiter bei den Bauausgaben GK 155, 414
- Personalausgaben wiederum gestiegen GK 155, 415
- Umlagebelastung gewachsen GK 155, 415
- Sozialausgaben weiter gestiegen GK 155, 417
- Zunahme bei den kommunalen Steuereinnahmen GK 155, 417
- Gewerbesteuereinnahmen etwas zurückgegangen GK 155, 418
- Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer und Grundsteuereinnahmen gestiegen GK 155, 418
- Die Ist-Einnahmen des Gesamthaushalts im Haushaltsjahr 2017 nach Aufgabenbereichen GK 156, 419
- Die Ist-Ausgaben des Gesamthaushalts im Haushaltsjahr 2017 nach Aufgabenbereichen GK 157, 420

- Die Ist-Einnahmen des Verwaltungshaushalts im Haushaltsjahr 2017 nach Arten GK 158, 421
- Die Ist-Ausgaben des Verwaltungshaushalts im Haushaltsjahr 2017 nach Arten GK 159, 422
- Personalausgaben im Haushaltsjahr 2017 nach Einzelplänen bzw. Gruppen und Untergruppen GK 160, 424
- Die Ist-Einnahmen des Vermögenshaushalts im Haushaltsjahr 2017 nach Arten GK 161, 425
- Die Ist-Ausgaben des Vermögenshaushalts im Haushaltsjahr 2017 nach Arten GK 162, 426
- Die Ausgaben für Baumaßnahmen im Haushaltsjahr 2017 gegliedert nach Aufgabebereichen GK 163, 427
- Steuereinnahmen, allgemeine Zuweisungen und allgemeine Umlagen im Haushaltsjahr 2017 GK 164, 428

Jugendhilfe

- Personelle und fachliche Anforderungen an die Betreuung Minderjähriger FSt 21, 79
- Anerkennung der Förderungsleistung von Tagesmüttern und -vätern; Beurteilungsspielraum des Jugendhilfeträgers FSt 84, 280
- Örtliche Zuständigkeit des Jugendhilfeträgers, wenn die Eltern unterschiedliche Aufenthalte haben und die Personensorge zwischen ihnen aufgeteilt ist FSt 123, 411
- Keine Zuständigkeit nach § 86 Abs. 2 Satz 1 SGB VIII bei Nichterfüllung der Voraussetzung „personensorgeberechtigter Elternteil“ FSt 123, 412
- Keine andere Zuständigkeitsnorm einschlägig FSt 123, 414
- Einkommensteuerrechtliche Behandlung der Geldleistungen für Kinder in Vollzeitpflege und anderer Leistungen nach dem SGB VIII FSt 229, 773

K

Kanalisation

- Anforderungen an die Widmung einer Entwässerungsleitung auf privatem Grundstück FSt 37, 127
- Der tatsächliche Zustand einer Leitung ist nicht Voraussetzung ihrer Widmung FSt 37, 127
- Rechtliches Erschlossensein eines Hinterliegergrundstücks, wenn eine streitgegenständliche Leitung in ihrem Verbleib rechtlich nicht gesichert ist FSt 37, 132
- Verhältnis zwischen Herstellungs- und Verbesse- rungsbeitragsatzung, Verstoß gegen den Öffentlichkeitsgrundsatz GK 58, 151

- Die sachliche Beitragspflicht setzt neben dem Erschlossensein eines Grundstücks auch eine wirksame Abgabesatzung voraus GK 58, 152
- Ein Verstoß gegen den Öffentlichkeitsgrundsatz des Art. 52 Abs. 2 Satz 1 GO hat die Ungültigkeit des Satzungsbeschlusses und die Nichtigkeit der Satzung zur Folge GK 58, 153
- Bei Inkrafttreten der Verbesserungsbeitragsatzung muss eine Herstellungsbeitragsatzung mit erhöhten Herstellungsbeiträgen für Neuanschließer vorliegen GK 58, 153
- Hinsichtlich der Altanschließer, die bereits aufgrund fehlgeschlagenen Satzungsrechts herangezogen wurden, stehen grundsätzlich zwei Möglichkeiten zur Verfügung GK 58, 155
- Die persönliche Beitragspflicht trifft nur diejenigen, die im Zeitpunkt des Entstehens der sachlichen Beitragspflicht Grundstückseigentümer oder Erbbauberechtigte sind GK 58, 155
- Erforderlichkeit einer gesonderten Niederschlagswassergebühr GK 203, 512
- Die Antragsbefugnis für einen Normenkontrollantrag liegt vor, wenn laufend an die Antragstellerin gerichtete Gebührenbescheide auf wirksame Satzungen gestützt wurden GK 203, 512
- Das Äquivalenzprinzip und der Gleichheitssatz fordern, dass die Benutzungsgebühr nicht in einem groben Missverhältnis zur Leistung der Verwaltung steht GK 203, 512
- Typisierungen und Pauschalierungen sind zulässig, solange die Ungleichbehandlung in angemessenem Verhältnis zu den erhebungstechnischen Vorteilen steht GK 203, 513
- Liegen die Kosten der Niederschlagswasserbeseitigung bei über 12 % der Gesamtkosten, führt das Fehlen einer gesonderten Gebühr zur Nichtigkeit des Gebührenteils GK 203, 514

Kapitalertragsteuer

- Kapitalertragsteuer für verdeckte Gewinnausschüttungen einer dauerdefizitären kommunalen Eigengesellschaft GK 193, 486

Kassenwesen

- Ordnungsmäßigkeit der Kassenbuchführung GK 140, 372
- Grundsatz der Einzelaufzeichnungspflicht (§ 146 Abs. 1 Satz 1 AO) GK 140, 373
- Ausnahme von der Einzelaufzeichnungspflicht aus Zumutbarkeitsgründen (§ 146 Abs. 1 Satz 3 und 4 AO) GK 140, 374
- Einsatz von offenen Ladenkassen GK 140, 374
- Einsatz elektronischer Registrierkassen GK 140, 375

- Verfahrensdokumentation GK 140, 376
- Datenzugriffsrecht GK 140, 376
- Gesetz zum Schutz vor Manipulationen an digitalen Grundaufzeichnungen GK 140, 376
- Kassensicherungsverordnung GK 140, 378
- Kassen-Nachschau (§ 146b AO) GK 140, 378

Katastrophenschutz

- Bek des StMI vom 7.6.2019 – Bestimmung des jährlichen Gesamtbeitrags zum Fonds zur Förderung des Katastrophenschutzes für das Jahr 2019 GK 144, 384

Kindergärten, Kinderbetreuung

- Widerruf der Erlaubnis zur Kindertagespflege FSt 137, 461
- Zum Widerruf der Erlaubnis nach § 47 Abs. 1 Nr. 1 SGB X wegen Verstoßes gegen eine wesentliche Nebenbestimmung FSt 137, 461
- Verstöße gegen die Höchstzahl der betreuten Kinder rechtfertigen die Feststellung der Ungeeignetheit der Betreuungsperson FSt 137, 461
- Bei Verlust der persönlichen Eignung ist eine Erlaubnis zu widerrufen FSt 137, 463
- Das „Gute-Kita-Gesetz“ des Bundes FSt 150, 508
- Frühkindliche Erziehung wird gefördert FSt 150, 509
- Instrumentenkasten aus zehn verschiedenen Maßnahmen für die Länder FSt 150, 509
- Familien werden entlastet – der Staat investiert FSt 150, 510

Kommunalabgaben

- Änderungen des Kommunalabgabengesetzes FSt 203, 698
- Erweiterung der Möglichkeit zum Erlass von Erschließungsbeiträgen für sog. Altanlagen: Einfügung eines neuen Art. 13 Abs. 6 Satz 2 KAG FSt 203, 699
- Schaffung der Rechtsgrundlagen für den Härtefallfonds für Straßenausbaubeiträge: Einfügung eines neuen Art. 19a KAG FSt 203, 700

Kommunale Unternehmen

- Rückstellungen für den Nachteilsausgleich bei Altersteilzeitvereinbarungen GK 53, 140
- E-Bilanz; Veröffentlichung der Taxonomien 6.3 vom 1.4.2019 GK 208, 521

Kommunale Wahlbeamte

- Anpassung von im KWBG enthaltenen Rahmensätzen, Grenz- und Höchstbeträgen ab 1.1.2019 GK 179, 449

Kommunale Zusammenarbeit

- Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit GK 146, 386

Kommunalwahlrecht

- Kommunalwahlrecht ab 16 Jahren FSt 225, 761

Körperschaftsteuer

- Organträgerereignis eines Betriebs gewerblicher Art (BgA) bzw. einer Eigengesellschaft GK 103, 273
- BgA als Organträger GK 103, 273
- Beurteilung der Gewinnerzielungsabsicht bei BgA GK 103, 274
- Eigengesellschaften GK 103, 275
- Steuerliche Folgen der Organschaft GK 103, 275
- Dauerdefizitäre Tätigkeit i.S.d. § 8 Abs. 7 KStG GK 103, 276
- Spartentrennung gem. § 8 Abs. 9 KStG in Organschaftsfällen GK 103, 277

Kostenverzeichnis

- Verordnung zur Änderung des Kostenverzeichnisses vom 13.4.2019 GK 116, 312

Krankenhäuser

- GemBek des StMPG sowie des StMFH vom 27.5.2019 – 45. Jahreskrankenhausbauprogramm 2018 des Freistaates Bayern GK 135, 360

Kreditwesen

- Änderung der Bekanntmachung über das Kreditwesen der Kommunen GK 214, 529
- Grundsätzliches zum Kommunalkredit GK 214, 530
- Umschuldung von Krediten GK 214, 531
- Kreditähnliche Verpflichtungen, Sicherheiten GK 214, 531
- 20-jährige Zinsbindung beim KfW-IKK-Programm GK 215, 532

Kreisumlage

- Die Kreisumlagen für das Haushaltsjahr 2018 GK 10, 25
- Umlagekraft der kreisangehörigen Gemeinden GK 10, 25
- Umlagekraft und Umlagesoll der Landkreise nach Regierungsbezirken in Bayern im Haushaltsjahr 2018 GK 11, 28
- Grenz- und Durchschnittswerte in den Regierungsbezirken in Bayern 2018 GK 12, 29
- Umlagesätze in Bayern im Jahr 2018 GK 13, 30

- Erhebung der Kreisumlage; Ermittlungspflicht des Landkreises; Nichtigkeit der Haushaltssatzung; rückwirkender Neuerlass; gemeindliche Finanzhoheit; finanzielle Mindestausstattung der Gemeinden GK 41, 98
- Verfassungsrechtliche Verfahrensanforderungen an die Festsetzung des Umlagesatzes GK 41, 98
- Ermittlungs- und Offenlegungspflicht als selbständige Verfahrenspflicht GK 41, 99
- Weites Verfahrensermessen bei der Ermittlung des gemeindlichen Finanzbedarfs GK 41, 99
- Anforderungen an ein strukturiertes Anhörungsverfahren GK 41, 100
- Fraktionsgespräche und Bürgermeisterdienstbesprechungen nicht ausreichend GK 41, 101
- Nichtigkeit der Haushaltssatzung als Konsequenz des Verfahrensfehlers GK 41, 102
- Zulässigkeit eines rückwirkenden Neuerlasses der Haushaltssatzung GK 41, 102
- Eingeschränkter gerichtlicher Prüfungsmaßstab bei den gemeindlichen Einwänden hinsichtlich einzelner Haushaltsansätze GK 41, 103
- Hohe Substantiierungsanforderungen bei der Darlegung einer strukturellen gemeindlichen Unterfinanzierung GK 41, 104
- Spielräume bei der Umstellung von der Kameratechnik auf die Doppik GK 41, 105
- Keine Pflicht der Landkreise zur förmlichen Anhörung kreisangehöriger Gemeinden vor Festlegung des Kreisumlagesatzes GK 202, 508
- Art. 28 Abs. 2 Satz 1 und 3 GG verpflichtet den Landkreis, vor der Festlegung des Kreisumlagesatzes auch den Finanzbedarf der umlagepflichtigen Gemeinden zu ermitteln und seine Entscheidung offenzulegen GK 202, 508
- Befugnis der Landkreise zur Ausgestaltung der verfassungsrechtlich gebotenen Ermittlungspflicht GK 202, 509
- Kein verfassungsunmittelbares Anhörungsrecht der Gemeinden GK 202, 510
- Keine Übertragbarkeit anderer Fallgestaltungen auf die Festsetzung der Kreisumlage GK 202, 510
- Zur Zulässigkeit eines rückwirkenden Neuerlasses der Haushaltssatzung GK 202, 511
- Zur finanziellen Mindestausstattung der Gemeinden GK 202, 511

Kündigung

- Wartezeitkündigung – Unkündbarkeit gemäß § 34 TVöD FSt 38, 133
- Kein Ausschluss der Kündigung nach § 34 Abs. 2 Satz 1 TVöD FSt 38, 134

- Kein Ausschluss der Kündigung nach § 34 Abs. 2 Satz 2 TVöD FSt **38**, 135
- Kein Ausschluss der Kündigung nach § 14 Abs. 1 Satz 1 TVÜ-VKA FSt **38**, 136
- (Außerordentliche) Kündigung eines Arbeitnehmers wegen häufiger Kurzerkrankungen FSt **87**, 291
- Außerdienstliche Tat- und Verdachtskündigung; Beweiswürdigung durch das Gericht FSt **122**, 410
- Verhaltensbedingte Kündigung und ordnungsgemäße Beteiligung der Schwerbehindertenvertretung FSt **142**, 479
- Außerordentliche Kündigung im Falle eines kollusiven Zusammenwirkens bei Pflichtverletzung FSt **202**, 693
- Eine vorsätzlich falsche Dokumentation von Arbeitszeiten kann ein wichtiger Grund für eine außerordentliche Kündigung sein FSt **202**, 694
- Fehlende Rechtfertigung für eine falsche Dokumentation von Überstunden und Nichtvorliegen eines Rechtsirrtums FSt **202**, 695
- Verhältnismäßigkeit einer außerordentlichen Kündigung FSt **202**, 696

L

Landschaftsschutz

- Landschaftsschutzgebiet und geschützte Landschaftsteile FSt **34**, 119
- Normenkontrolle bezüglich einer Landschaftsschutzgebiets(änderungs)verordnung, die eine Hundeanleinzonen einführt FSt **92**, 305
- Einbeziehung eines Grundstücks in ein Landschaftsschutzgebiet; Verhältnismäßigkeit FSt **236**, 799

Lohnsteuer

- Lohnsteuerabzug im Verfahren der elektronischen Lohnsteuerabzugsmerkmale (ELStAM) GK **26**, 61
- Übungsleiterpauschale gem. § 3 Nr. 26 EStG und geringfügige Beschäftigung gem. § 8 Abs. 1 Nr. 1 SGB IV GK **139**, 371
- Nochmals: Steuerliche Behandlung der Überlassung von (Elektro-)Fahrrädern GK **165**, 429
- Zuwendung einer „Sensibilisierungswoche“ als Arbeitslohn GK **194**, 487
- Abgrenzung bei einer Sachzuwendung zwischen geldwertem Vorteil und notwendiger Begleitscheinung betriebsfunktionaler Zielsetzung GK **194**, 488

- Eine Sachzuwendung kann auch gemischt veranlasst werden GK **194**, 489
- Teilnahme an Sensibilisierungswoche ist als Arbeitslohn zu werten GK **194**, 490
- Bewertung des geldwerten Vorteils GK **194**, 492

M

Märkte

- Vergabe eines Marktstands auf einem Weihnachtsmarkt: Auswahl nach einem Punktesystem; Ergänzung der Bewerbungsunterlagen nach Fristablauf FSt **79**, 262
- Die Vergabe von Marktständen im Rahmen einer kommunalen Einrichtung unterliegt nur einer beschränkten gerichtlichen Kontrolle FSt **79**, 263
- Beruht die Zulassungsentscheidung auf einem Punktesystem, muss ein unterlegener Bewerber im Gerichtsverfahren darlegen, dass ihm nicht nur gegenüber dem ausgewählten Mitbewerber, sondern auch gegenüber den anderen besser bewerteten Konkurrenten der Vorrang zukommt FSt **79**, 263
- Beruft sich ein Bewerber auf einen alle Konkurrenten gleichermaßen betreffenden Verfahrensverstöß, kann er nur eine fehlerfreie Wiederholung bzw. Fortsetzung des Verfahrens mit Wirkung für alle Beteiligten verlangen, nicht dagegen eine erneute Entscheidung nur über den eigenen Antrag FSt **79**, 264
- In der Vergabe von Zusatzpunkten für die Neuerrichtung eines Marktstands liegt keine unzulässige Benachteiligung von „Altbeschickern“ FSt **79**, 265
- Hat der abgelehnte Bewerber nicht dargetan, dass ihm gegenüber allen Konkurrenten der Vorrang zukommt, kann er eine Neubescheidung auch dann nicht verlangen, wenn seine Bewerbung teilweise fehlerhaft bewertet wurde FSt **79**, 266
- Zulassung; Konkurrentenverdrängung; Prüfungsmaßstab bei Vorwegnahme der Hauptsache auch im Hinblick auf die Mitbewerber FSt **93**, 313

Melderegister

- Berichtigung des Melderegisters durch die Gemeinde: Vorwiegend benutzte Wohnung; Prognoseentscheidung; Berücksichtigung von Krankheitstagen und Resturlaub FSt **68**, 231
- Ausgangspunkt bei der Feststellung der Hauptwohnung nach dem Schwerpunkt der Lebensbeziehungen FSt **68**, 232

- Prognoseentscheidung der Meldebehörde
FSt 68, 232
- Berücksichtigung „geplanter“ Krankheitstage
FSt 68, 234
- Berücksichtigung von Resturlaub aus dem
Vorjahr
FSt 68, 234

Mietrecht

- Mietrechtsanpassungsgesetz vom 18.12.2018
FSt 102, 333
- Zulässige Miete, Berücksichtigung der
Vormiete oder einer durchgeführten Moder-
nisierung, Auskunft über die Vormiete
(§§ 556d–556g BGB) FSt 102, 333
- Mieterhöhungen nach Modernisierungs-
maßnahmen (§ 559 BGB) FSt 102, 336
- Vereinfachtes Verfahren zur Umlage von
Modernisierungskosten (§ 559c) FSt 102, 337
- Pflichtverletzungen bei Ankündigung oder
Durchführung einer baulichen Veränderung
(§ 559d) FSt 102, 338
- Mietverträge, um Räume an Personen mit
dringendem Wohnbedarf zu überlassen
(§ 578 Abs. 3) FSt 102, 339
- Übergangsvorschriften zum Mietrechtsanpas-
sungsgesetz (neuer § 49 in Art. 229 des Ein-
führungsgesetzes zum BGB – EGBGB)
FSt 102, 339
- Durchführung einer baulichen Veränderung in
missbräuchlicher Weise (Änderung des § 6
Wirtschaftsstrafgesetz 1954 – WiStG)
FSt 102, 340
- Zahlung der Kaution kann auch nach Beendi-
gung des Mietverhältnisses verlangt werden
GK 29, 67
- Modernisierungsmaßnahmen während einer
Staffelmietvereinbarung berechtigen den
Vermieter nicht zu Mieterhöhungen GK 46, 114
- Unterschiedliche Auffassungen in der Literatur
zur Zulässigkeit von Mieterhöhungen GK 46, 115
- Begründung des Landgerichts Berlin für die
Unzulässigkeit von Mieterhöhungen GK 46, 116
- Für eine Begründung der Mieterhöhung durch
Gutachten ist eine Besichtigung der Mietsache
nicht erforderlich GK 55, 142
- Mit einer fristlosen kann zugleich hilfsweise
eine ordentliche Kündigung ausgesprochen
werden GK 89, 238
- Die Pflicht des Vermieters, Mängel zu beseiti-
gen, besteht auch dann, wenn der Mieter die
Wohnung nicht selbst bewohnt GK 98, 262
- Wärmebrücken in den Außenwänden sind kein
zu Mietminderungen berechtigender Sachman-
gel, wenn dieser Zustand den zum Zeitpunkt
der Errichtung des Gebäudes geltenden Nor-
men entspricht GK 152, 405

- Zum Zeitpunkt, auf den für das Vorliegen
eines Sachmangels abzustellen ist GK 152, 405
- Keine Anwendung der für die Elektroausstat-
tung entwickelten Gesichtspunkte zu zeitgemä-
ßem Wohnen GK 152, 406
- Dem Mieter zumutbares Wohnverhalten richtet
sich nach den Umständen des Einzelfalls
GK 152, 407
- Wird eine Wohnung unrenoviert übergeben, ist
eine Schönheitsreparaturklausel selbst dann un-
wirksam, wenn der Mieter mit dem Vermieter
eine Renovierungsvereinbarung getroffen hat
GK 188, 477
- Bedeutung eines einfachen Mietspiegels für
Mieterhöhungen GK 198, 499
- Ob die neu verlangte Miete der ortsüblichen
Vergleichsmiete entspricht, erfordert eine
konkrete Ermittlung im Sinne einer Einzel-
vergleichsmiete GK 198, 499
- Dem einfachen Mietspiegel kommt Indiz-
wirkung dafür zu, dass er die ortsübliche
Vergleichsmiete zutreffend angibt GK 198, 500
- Zur Ermittlung der konkreten ortsüblichen
Vergleichsmiete GK 198, 501
- Die vom Vermieter schriftlich verlangte, vom
Mieter abgegebene Zustimmung zu einer Miet-
erhöhung kann nicht widerrufen werden
GK 211, 526
- Mietminderung und Leistungsverweigerungs-
recht GK 225, 549
- Mietminderung und Leistungsverweigerungs-
recht stehen nebeneinander GK 225, 549
- Zweck, Dauer und Höhe des Leistungsverwei-
gerungsrechts GK 225, 549

Mutterschutz

- Kein Zuschuss zum Mutterschaftsgeld für
Tagespflegeperson FSt 162, 540

N

Nachbarrecht

- Duldung von durch das Gebäude führenden
Ver- und Entsorgungsleitungen; Änderung der
Rechtsprechung FSt 61, 207
- Notleitungsrecht in analoger Anwendung des
Notwegerechts FSt 61, 207
- Das Notleitungsrecht kann auch dazu berech-
tigen, Leitungen durch ein Gebäude zu führen
FSt 61, 207
- Im Rahmen der Ausübung eines Notleitungs-
rechts ist allerdings der Verlauf zu wählen, der
für den Duldungspflichtigen die geringstmög-
liche Belastung darstellt FSt 61, 208

- Baumpflanzungen auf öffentlichen Grünflächen: Duldungspflicht der Nachbarn; Rücksichtnahmegebot; befürchtete Wurzelschäden
FSSt 73, 241
- Sieht ein Bebauungsplan auf einer öffentlichen Grünfläche entlang einer Straße eine Bepflanzung mit Bäumen vor, müssen die Nachbarn dies auch innerhalb der Mindestabstände nach Art. 47, 48 AGBGB grundsätzlich hinnehmen
FSSt 73, 241
- Bei der konkreten Entscheidung über das Anpflanzen von Bäumen hat der Straßenbau- lastträger das Rücksichtnahmegebot zu beachten
FSSt 73, 242
- Das Anpflanzen von Bäumen ist nicht schon dann rücksichtslos, wenn damit zu rechnen ist, dass die Äste und Wurzeln sich im Laufe der Zeit auf ein Nachbargrundstück hin ausdehnen werden
FSSt 73, 243
- Ist von Anfang an hinreichend sicher absehbar, dass die Wurzeln an einer benachbarten Anlage erhebliche Schäden anrichten werden, muss der Nachbar die Anpflanzung auch nicht zeitweise hinnehmen
FSSt 73, 243
- Berechnung der Überbaurente
FSSt 134, 454

Namensrecht

- Keine Phantasienamenwahl für ein Kind nach ausländischem Recht
FSSt 19, 73
- Vornamensänderung aus religiösen Gründen?
FSSt 80, 267
- Gründe für eine Änderung des (Vor-)Namens von der Rechtsprechung geklärt
FSSt 80, 268
- Rechtsgrundsätze für Vornamensänderungen aus religiösen Gründen (hier nicht verletzt)
FSSt 80, 269
- Änderung der Reihung von Vornamen
FSSt 184, 632
- Unzulässiger Doppel-Familiename für im Ausland geborenes deutsches Kind
FSSt 268, 920

Naturschutz

- Freier Zugang zum Strand zum Spazieren- gehen, Wandern und Baden
FSSt 18, 64
- Zur Reichweite von § 59 Abs. 1 BNatSchG
FSSt 18, 69
- Zum Begriff „Nutzung von Grundstücken“ i.S. von § 59 Abs. 1 BNatSchG
FSSt 18, 70
- Zur freien Nutzung von Wegen
FSSt 18, 72
- Zur Reichweite von § 62 BNatSchG
FSSt 18, 73
- Antragsbefugnis einer Naturschutzvereinigung im Normenkontrollverfahren
FSSt 103, 340
- Zum Umfang angemessener Handlungs- und Kontrollpflichten eines Grundstückseigen- tümers; hier: Künstliche teilwirtschaftliche Anlage
FSSt 125, 420

Nebentätigkeit

- Disziplinäre Ahndung einer nicht angezeigten Nebentätigkeit
FSSt 146, 484

Normenkontrolle

- Beginn der Antragsfrist im Normenkontrollver- fahren mit dem Zeitpunkt der elektronischen Bekanntmachung der Rechtsvorschrift
FSSt 199, 681
- Art. 4 Abs. 2 Satz 1 BayEGovG ist gesetzli- che Grundlage dafür, veröffent- lichungspflichtige Mitteilungen und amtliche Verkündungsblätter auch elektronisch über das Internet bekanntzumachen
FSSt 199, 682
- Durch die elektronische Bekanntmachung wird der Geltungsanspruch einer Rechtsvorschrift nach außen kundgetan
FSSt 199, 683
- Mit der elektronischen Veröffentlichung wird dem potentiell betroffenen Personenkreis die Möglichkeit verschafft, vom Geltungsanspruch einer Rechtsvorschrift Kenntnis zu nehmen
FSSt 199, 683
- Die Antragsfrist des § 47 Abs. 2 Satz 1 VwGO wird mit der elektronischen Bekannt- machung einer Rechtsverordnung in Gang ge- setzt
FSSt 199, 684
- Verfassungsrechtliche Bedenken, die Antrags- frist mit dem Zeitpunkt der elektronischen Be- kanntmachung beginnen zu lassen, bestehen nicht
FSSt 199, 684
- Eine Wiedereinsetzung in den vorigen Stand kann bei Fristversäumnis nicht gewährt werden
FSSt 199, 685

O

Obdachlose

- Zustellung von amtlichen Schriftstücken an Obdachlose; hier: Gerichtspost in die Wärme- stube
FSSt 190, 641
- Verpflichtung der Gemeinde zur Unterbrin- gung von früheren Asylbewerbern in einer Obdachlosenunterkunft
FSSt 247, 837
- Eine Gemeinde, in der der Betroffene früher gewohnt hat, kann bei Auftreten von Obdach- losigkeit für seine Unterbringung genauso zu- ständig sein wie eine Gemeinde, in deren Ge- biet Freunde und Verwandte des Betroffenen wohnen
FSSt 247, 837
- Tritt die Obdachlosigkeit unmittelbar im An- schluss an den Auszug aus der Obdachlosenun- terkunft auf, sind anderweitige melderechtliche Verhältnisse unbeachtlich
FSSt 247, 838

- Die gemeindliche Zuständigkeit zur Obdachlosenunterbringung besteht auch im Fall von früheren Asylbewerbern, die einen internationalen Schutzstatus erhalten haben **FSt 247, 839**
- Ist der Betroffene mittellos, ist regelmäßig eine Eilbedürftigkeit für seine vorübergehende Unterbringung anzunehmen **FSt 247, 840**

Ordnungsgeld

- Ordnungsgeld gegen juristische Personen **FSt 44, 160**

Ortsdurchfahrten

- Richtlinien für die rechtliche Behandlung von Ortsdurchfahrten im Zuge der Bundesstraßen (Ortsdurchfahrtsrichtlinien – ODR); Anhebung der Pauschalen nach Nr. 14 Abs. 4 ODR **GK 5, 19**

P

Parkplätze

- Park-and-Ride- sowie Bike-and-Ride-Parkplätze **GK 22, 52**

Parteien, politische

- Auch verfassungswidrige Parteien haben Anspruch auf Eröffnung eines Girokontos bei der Sparkasse **FSt 211, 721**

Personalkosten

- Personaldurchschnittskosten und Kosten eines Arbeitsplatzes für kommunale Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes ab 1.4.2019 **GK 68, 178**
- Tabelle der durchschnittlichen Personalkosten und Kosten eines Büroarbeitsplatzes für „ehemalige Angestellte“ ab 1.4.2019 **GK 68, 182**
- Tabelle der durchschnittlichen Personalkosten und Kosten eines Arbeitsplatzes für Beschäftigte im Sozial- und Erziehungsdienst ab 1.4.2019 **GK 68, 183**
- Tabelle der durchschnittlichen Personalkosten für „ehemalige Arbeiter“ ab 1.4.2019 **GK 68, 185**
- Arbeitsplatzkosten für Arbeiter und Nicht-Büroarbeitsplätze im Angestelltenbereich **GK 68, 185**
- Durchschnittliche Personalkosten und Kosten eines Arbeitsplatzes für Teilzeitkräfte **GK 68, 185**
- Personaldurchschnittskosten und Kosten eines Arbeitsplatzes für Beamte ab dem 1.1.2019 **GK 187, 472**

Personalvertretung

- „Vorteilhafter“ Aufhebungsvertrag mit Betriebsratsmitglied als „Begünstigung“ **FSt 70, 238**
- Anfechtung der Wahl eines (örtlichen) Personalrats, insbesondere wegen überwiegend angeordneter Briefwahl **FSt 160, 532**
- Außerordentliche Kündigung eines schwerbehinderten Personalratsmitglieds; hier Missbrauch von Daten als IT-Administrator **FSt 172, 573**

Personenstandsgesetz

- Gesetz zur Änderung der in das Geburtenregister einzutragenden Angaben **FSt 53, 190**
- Bestimmung eines nicht feststellbaren Personenstands; abgelehnter Asylbewerber; ungeklärte Identität; Mitwirkungsobliegenheit **FSt 264, 914**

Personenverkehr

- Bereithaltung von Taxis nur an behördlich zugelassenen Stellen? **FSt 176, 590**
- Das Personenbeförderungsgesetz ermächtigt zur Regelung des Umfangs der Betriebspflicht, der Ordnung auf Taxenständen und Einzelheiten des Dienstbetriebs durch Rechtsverordnung **FSt 176, 590**
- Im Fall der konstitutiven Ersetzung einer früheren Rechtsvorschrift durch eine neue Regelung beginnt die Jahresfrist für den Normenkontrollantrag gemäß § 47 Abs. 2 Satz 1 VwGO erneut zu laufen **FSt 176, 591**
- Für die Antragsbefugnis im Normenkontrollverfahren ist es ausreichend, wenn durch die Feststellung der Unwirksamkeit der zur Überprüfung gestellten Norm die Tatbestandsvoraussetzungen einer Bußgeldvorschrift wegfallen, die selbst nicht angegriffen ist **FSt 176, 591**
- Für eine Regelung in einer Rechtsverordnung, wonach Taxis nur an behördlich zugelassenen Stellen bereitgehalten werden dürfen, enthält das Personenbeförderungsgesetz keine Ermächtigungsgrundlage **FSt 176, 592**
- Auch wenn nach der Neufassung von § 47 PBefG die Standplatzpflicht nicht mehr ausdrücklich im Gesetz verankert ist, ergibt eine Auslegung von Absatz 1 der Vorschrift, dass sie nach wie vor das Verbot des Bereithaltens von Taxen außerhalb behördlich zugelassener Stellen enthält **FSt 176, 594**
- Die Ermächtigung, „Einzelheiten des Dienstbetriebes zu regeln“, umfasst nicht in hinreichend bestimmter Weise die Ermächtigung zur Konkretisierung der Standplatzpflicht **FSt 176, 594**

- Ein Standplatz für Taxen wird in rechtlich zulässiger Weise in erster Linie im Wege einer verkehrsrechtlichen Anordnung durch Vorschriftenzeichen 229 StVo festgelegt
FSt 176, 595
- Auch für die bußgeldrechtliche Sanktionierung eines Verstoßes gegen die Standplatzpflicht in der Rechtsverordnung fehlt es an einer ausreichenden Ermächtigungsgrundlage
FSt 176, 596

Pfändung

- Formularzwang in der Zwangsvollstreckung; hier Antrag an Gerichtsvollzieher
GK 50, 121
- BGH zur Pfändbarkeit von Zuschlägen für Samstags-, Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit
GK 100, 265
- Bekanntmachung zu den §§ 850c und 850f der Zivilprozessordnung (Pfändungsfreigrenzenbekanntmachung 2019) vom 4.4.2019
GK 108, 288
- Nur aus einem ordnungsgemäß zugegangenen Bescheid kann eine Vollstreckung erfolgen
GK 117, 313
- Die Behörde trägt die Beweislast der ordnungsgemäßen Bekanntgabe
GK 117, 313
- Ungeordnete und unvollständige Aktenführung geht zu Lasten der Behörde
GK 117, 314
- Nachholung der ordnungsgemäßen Bekanntgabe eines Gebührenbescheids
GK 117, 315
- Keine Vollstreckung aus Gebührenbescheid mangels Vorliegens von gesetzlichen Voraussetzungen für die Vollstreckung
GK 117, 316
- Kontopfändung durch Pfändungs- und Einziehungsverfügung; Pfändung eines Pfändungsschutzkontos; Festlegung des pfändungsfreien Betrages durch drittschuldnerische Bank
GK 145, 385
- Umgang mit einer melderechtlichen Auskunftssperre in der Zwangsvollstreckung
GK 201, 505
- Bei Vorliegen einer melderechtlichen Auskunftssperre hat der Gerichtsvollzieher das Geheimhaltungsinteresse des Schuldners an dessen Anschrift zu wahren
GK 201, 505
- Keine Befugnis des Gerichtsvollziehers, bei einer Auskunftssperre die Schuldneradresse an den Gläubiger weiterzugeben
GK 201, 506
- Ein Anspruch des Gläubigers auf Mitteilung der Anschrift des Schuldners bei bestehender Auskunftssperre lässt sich auch nicht aus § 755 ZPO herleiten
GK 201, 507
- Das Akteneinsichtsrecht nach § 760 ZPO kann das Geheimhaltungsinteresse des Schuldners bei einer Auskunftssperre nicht überwinden
GK 201, 507

Polizeiaufgabengesetz

- Teilweise Verfassungswidrigkeit der Vorschriften über automatisierte Kfz-Kennzeichenkontrollen im bayerischen Polizeiaufgabengesetz
FSt 115, 391

Preisindex

- Der Verbraucherpreisindex im September 2018
GK 7, 23
- Der Verbraucherpreisindex im Oktober 2018
GK 38, 94
- Der Verbraucherpreisindex im November 2018
GK 48, 119
- Der Verbraucherpreisindex im gesamten Jahr 2018 und im Dezember 2018
GK 70, 187
- Der Verbraucherpreisindex im Januar 2019
GK 81, 215
- Der Verbraucherpreisindex im Februar 2019
GK 107, 287
- Der Verbraucherpreisindex im März 2019
GK 125, 335
- Der Verbraucherpreisindex im April 2019
GK 134, 359
- Der Verbraucherpreisindex im Mai 2019
GK 151, 404
- Der Verbraucherpreisindex im Juni 2019
GK 167, 431
- Der Verbraucherpreisindex im Juli 2019
GK 212, 527
- Der Verbraucherpreisindex im August 2019
GK 226, 551

Presse

- Gemeindliche Publikationen: Gebot der Staatsferne der Presse
FSt 108, 364
- Beim Gebot der Staatsferne der Presse handelt es sich um eine Marktverhaltensregelung i.S. von § 3a UWG
FSt 108, 365
- Umfang und Grenzen des Gebots der Staatsferne der Presse bei gemeindlichen Publikationen
FSt 108, 366
- Eine pressemäßige Betätigung von Hoheitsträgern ist nur im Rahmen der ihnen zugewiesenen Aufgaben und nur insoweit zulässig, als die Garantie des Instituts der freien Presse nicht gefährdet wird
FSt 108, 367
- Nicht jeder Bezug zur örtlichen Gemeinschaft erlaubt der Kommune eine pressemäßige Äußerung
FSt 108, 368
- Zur konkreten Beurteilung kommunaler Publikationen mit Blick auf das Gebot der Staatsferne der Presse
FSt 108, 370
- Zur Erforderlichkeit einer wertenden Betrachtung der Publikation
FSt 108, 371

- Zur Gratisverteilung als geschäftliche Handlung gemäß § 2 Abs. 1 Nr. 1 UWG FSt **108**, 372
- Zum Unterlassungsanspruch gemäß § 8 Abs. 3 Nr. 1 UWG FSt **108**, 373

Prüfungspflicht

- Nochmals: Personalgewinnungsprobleme in der Verwaltung – Ausbildungs- und Prüfungspflicht FSt **26**, 87

R

Realsteuern

- Die vorläufigen Realsteuerhebesätze im Haushaltsjahr 2018 GK **57**, 145
- Endgültige Realsteuerhebesätze für das Jahr 2018 GK **91**, 241

Rechnungsprüfung

- Bek des StMI vom 27.12.2018 – Änderung der Verwaltungsvorschriften zur Kommunalwirtschaftlichen Prüfungsverordnung GK **49**, 120

Rechtsanwälte

- Zulassung als Syndikusrechtsanwalt bei öffentlichem Arbeitgeber? FSt **191**, 642

Rechtsbehelfe, Rechtsmittel

- Ein Hinweis in der Rechtsbehelfsbelehrung eines Bescheids, die Klage in deutscher Sprache abzufassen sowie eine fehlende oder unrichtige Übersetzung der Rechtsbehelfsbelehrung machen diese nicht unrichtig i.S. des § 58 Abs. 2 VwGO FSt **132**, 443

Reisekosten

- Steuerliche Behandlung von Reisekosten und Reisekostenvergütungen bei betrieblich und beruflich veranlassten Auslandsreisen ab 1.1.2019 GK **60**, 161

Rentenversicherung

- Verordnung zur Bestimmung der Rentenwerte in der gesetzlichen Rentenversicherung und in der Alterssicherung der Landwirte und zur Bestimmung weiterer Werte zum 1. Juli 2019 (Rentenwertbestimmungsverordnung 2019 – RWBestV 2019) vom 13.6.2019 GK **135**, 360

Rückstellungen

- Pensionsrückstellungen: Übergang auf die Heubeck-Richttafeln 2018 G GK **44**, 111
- Rückstellungen für den Nachteilsausgleich bei Altersteilzeitvereinbarungen GK **53**, 140

Rundfunkbeitrag

- Die Vorschriften zur Erhebung des Rundfunkbeitrages für die Erstwohnung und im nicht privaten Bereich sind verfassungsgemäß FSt **85**, 281

S

Sachbezugswerte

- Sachbezugswerte für freie oder verbilligte Mahlzeiten sowie Bewertung der Personalunterkünfte ab 1.1.2019 GK **17**, 42
- Sachbezugswert für arbeitstägl. Zuschüsse zu Mahlzeiten GK **86**, 231
- Ansatz des maßgeblichen amtlichen Sachbezugswerts GK **86**, 231
- Pauschalierung der Lohnsteuer GK **86**, 232
- Arbeitstägl. Zuschüsse zu Mahlzeiten für Home Office-Mitarbeiter und für Teilzeitkräfte GK **86**, 232
- Einzelkauf von Bestandteilen einer Mahlzeit GK **86**, 232
- Erwerb auf Vorrat GK **86**, 233
- Nochmals: Sachbezugswert für arbeitstägl. Zuschüsse zu Mahlzeiten GK **138**, 366

Satzungen

- Zur Nichtigkeit kommunaler Stamm- und Beitragssatzungen FSt **133**, 449
- Die Nichtigkeit einer Stammsatzung (hier: Entwässerungssatzung) erstreckt sich in der Regel auch auf die mit ihrem Erlass bestimmte Aufhebung der Vorgängersatzung, so dass diese weiter Bestand haben kann FSt **133**, 451
- Fehlendes Rechtsschutzinteresse, wenn weder gegenwärtig noch in naher Zukunft der Erlass eines Herstellungsbeitragsbescheids aufgrund der streitgegenständlichen Herstellungsbeitragsatzung zu befürchten ist FSt **133**, 453

Säumniszuschläge

- Erlass von Säumniszuschlägen im Billigkeitsverfahren GK **137**, 363

Schadensersatz

- Schadensersatz wegen überhöhter Est-Festsetzung ist kein Arbeitslohn GK **36**, 87

Schenkung

- Grundstückswerterhöhung als Wertersatz für rückforderbare Schenkung FSt **143**, 480

Schlüsselzuweisungen

- Schlüsselzuweisungen für 2019 GK **83**, 217

- Gemeindegemeinschaftszuweisungen GK 83, 219
- Landkreisgemeinschaftszuweisungen GK 83, 219
- Gemeinde- und Landkreisgemeinschaftszuweisungen je Einwohner und regionale Aufteilung GK 83, 220
- Schlüsselzuweisungen an die Gemeinden für 2019 nach Größenklassen GK 83, 220
- Schlüsselzuweisungen an die Landkreise für 2019 nach Größenklassen GK 83, 221
- Schlüsselzuweisungen an die Gemeinden für 2019 nach Regierungsbezirken GK 83, 221
- Schlüsselzuweisungen an die Landkreise für 2019 nach Regierungsbezirken GK 83, 222
- Schlüsselzuweisungen an die Gemeinden und Landkreise für 2019 nach Regierungsbezirken GK 83, 222
- Schlüsselzuweisungen an die Landkreise für 2019 GK 83, 223

Schuldenstand

- Der Schuldenstand der öffentlichen Körperschaften am 31.12.2017 GK 65, 169
- Der Schuldenstand des Freistaates Bayern, der bayerischen Gemeinden/Gemeindeverbände (Gv) und der Verbände mit kommunalen Aufgaben am 31.12.2017 im Vergleich zum Schuldenstand des Bundes GK 65, 169
- Zur Entwicklung des Schuldenstandes im Jahr 2017 GK 65, 170

Schulen

- Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG) FSt 244, 823
- Grundschulen und Mittelschulen: Art. 32 Abs. 4 BayEUG n.F. FSt 244, 823
- Vollzeiterschulspflicht: Art. 37 Abs. 1 und 2 BayEUG n.F. FSt 244, 824
- Erweiterte Schulleitung: Art. 57a Abs. 5 BayEUG n.F. FSt 244, 824
- Sonstiges schulisches Personal sowie Verwaltungs- und Hauspersonal: Art. 60a BayEUG n.F. FSt 244, 825
- Schülermitverantwortung, Schülervertretung: Art. 62 Abs. 5 BayEUG n.F. FSt 244, 830
- Schulgesundheit: Art. 80 Satz 1 BayEUG n.F. FSt 244, 830
- Erziehungsmaßnahmen, Ordnungsmaßnahmen: Art. 86 Abs. 2 BayEUG n.F. FSt 244, 830
- Bek des StMUK vom 30.7.2019 – Richtlinie für die Gewährung von Zuwendungen aus dem Förderprogramm des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus – digitale Bildungsinfrastruktur an bayerischen Schulen (dBIR) GK 190, 480

Schulfinanzierungsgesetz

- Änderung des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes und des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes FSt 197, 670
- Lehrpersonalzuschüsse für Gymnasien, Realschulen und Schulen des Zweiten Bildungswegs: Art. 17 Abs. 4 BaySchFG n.F. FSt 197, 671
- Leistungen für den Personalaufwand bei privaten Grundschulen und Mittelschulen: Art. 31 Abs. 2 und 3 BaySchFG n.F. FSt 197, 671
- Versorgungszuschüsse: Art. 40 Satz 3 BaySchFG n.F. FSt 197, 671
- Schulgeldfreiheit: Art. 47 Abs. 3 BaySchFG n.F. FSt 197, 671

Schwerbehinderte

- Unterrichtung der Schwerbehindertenvertretung nach § 178 Abs. 2 Halbsatz 1 SGB IX – Jobcenter FSt 71, 239
- Beteiligung der Schwerbehindertenvertretung am Personalauswahlverfahren; Stellenbesetzung im Jobcenter FSt 251, 854

Schwimmbäder

- Bek des StMB vom 12.7.2019 – Richtlinien für das Sonderförderprogramm zur Sanierung kommunaler Schwimmbäder in Bayern (Sonderprogramm Schwimmbadförderung – SPSF) GK 190, 480

Sozialgesetzbuch

- Änderungen im Arbeits- und Sozialrecht 2019 FSt 48, 175
- Arbeitsmarktpolitik, Arbeitslosenversicherung und Grundsicherung für Arbeitsuchende FSt 48, 175
- Arbeitsrecht, Arbeitsschutz, Tarifautonomie, Mindestlohn FSt 48, 177
- Sozialversicherung, Rentenversicherung und Sozialgesetzbuch FSt 48, 179
- Das Starke-Familien-Gesetz FSt 194, 656
- Kindergeld nach § 6 BKGG und Kinderzuschlag nach § 6a BKGG FSt 194, 658
- Bewilligungszeitraum für den Kinderzuschlag FSt 194, 659
- Bildungspaket nach §§ 28 und 29 SGB II und nach § 34 SGB XII FSt 194, 660
- Gesetz zur Durchführung von Verordnungen der Europäischen Union zur Bereitstellung von Produkten auf dem Markt und zur Änderung des Neunten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch vom 18.4.2019 GK 108, 288

Sozialhilfe

- Sozialhilfe für Deutsche im Ausland FSt 4, 12

- Für die Gewährung eines pauschalierten Mehrbedarfs wegen Zuerkennung des Merkzeichens „G“ ist der Zeitpunkt des Feststellungsbescheids als Nachweis (§ 21 Abs. 2 SGB X) maßgeblich **FSt 173, 581**
- Unterhaltsverpflichtung in der Sozialhilfe sowie bei ambulant betreutem Wohnen – Teil 3 **FSt 204, 704**
- Verordnung zur Bestimmung des für die Fortschreibung der Regelbedarfsstufen nach § 28a des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch maßgeblichen Prozentsatzes sowie zur Ergänzung der Anlage zu § 28 des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch für das Jahr 2020 (Regelbedarfsstufen-Fortschreibungsverordnung 2020 – RBSFV 2020) vom 15.10.2019 **GK 227, 552**

Sozialversicherung

- Zehnte Verordnung zur Änderung der Sozialversicherungsentgeltverordnung vom 6.11.2018 **GK 9, 24**
- Verordnung über maßgebliche Rechengrößen der Sozialversicherung für 2019 (Sozialversicherungs-Rechengrößenverordnung 2019) vom 27.11.2018 **GK 32, 71**
- Künstlersozialabgabe-Verordnung 2020 vom 12.8.2019 **GK 190, 480**

Sparkassen

- Auch verfassungswidrige Parteien haben Anspruch auf Eröffnung eines Girokontos bei der Sparkasse **FSt 211, 721**

Staatsangehörigkeit

- Vaterschaftsanfechtungsklage; Abstammung; Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit und Unionszugehörigkeit **FSt 83, 279**

Staatsregierung

- Bayerisches Beauftragengesetz **FSt 97, 321**

Städtebau

- Städtebauliche Sanierung: Voraussetzungen für eine abwägungsfehlerfreie Beschlussfassung **FSt 65, 216**
- Die Gemeinde muss sich im Zeitpunkt des Satzungsbeschlusses Klarheit darüber verschaffen, ob sie die Sanierungsmaßnahme in absehbarer Zeit finanzieren kann **FSt 65, 216**
- Eine förmliche Kosten- und Finanzierungsübersicht i.S. von § 149 BauGB ist keine zwingende Voraussetzung für eine abwägungsfehlerfreie Beschlussfassung über eine Sanierungssatzung **FSt 65, 218**

- Auch überschlägige Ermittlungen können ausreichen, um den Anforderungen des sanierungsrechtlichen Abwägungsgebots zu genügen, sofern sich auf ihrer Grundlage die finanzielle Durchführbarkeit der Maßnahme nachvollziehbar prognostizieren lässt **FSt 65, 219**

Statistik

- Die Bezirksumlagen im Haushaltsjahr 2018 **GK 14, 30**
- Umlagekraft der kreisfreien Gemeinden und Landkreise **GK 14, 31**
- Entwicklung des Umlagesolls der Bezirke **GK 14, 32**
- Entwicklung der Bezirksumlagesätze **GK 14, 33**
- Tarifverdienste 2018 – Entwicklung der Indizes **GK 106, 285**
- Die Gemeindefinanzen in Bayern im Jahr 2018; Ergebnis der vierteljährlichen Kassenstatistik **GK 216, 533**
- Kassenmäßige Einnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände in Bayern 2017 und 2018 **GK 217, 538**
- Kassenmäßige Ausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände in Bayern 2017 und 2018 **GK 218, 539**
- Steuereinnahmen der Gemeinden in Bayern 2018 nach Gemeindegrößenklassen **GK 219, 540**
- Steuereinnahmen der Gemeinden je Einwohner in Bayern 2018 nach Gemeindegrößenklassen **GK 220, 541**

Steuereinnahmen

- Steuerschätzung Oktober 2018 **GK 2, 1**
- Erwartetes Steueraufkommen 2018 bis 2023 in Mrd. € **GK 2, 3**
- Steuereinnahmen bzw. Steuerbeteiligungen der Gemeinden **GK 2, 4**
- Schätzungen für die bayerischen Kommunen **GK 2, 9**
- Steuereinnahmekraft der Gemeinden und Gemeindeanteile an der Einkommen- und Umsatzsteuer im Jahr 2017 **GK 109, 289**
- Steuerschätzung Mai 2019 **GK 128, 339**
- Erwartetes Steueraufkommen 2018 bis 2023 in Mrd. € **GK 128, 342**
- Steuereinnahmen bzw. Steuerbeteiligungen der Gemeinden **GK 128, 343**
- Schätzungen für die bayerischen Kommunen **GK 128, 347**
- Steuereinnahmen der Gemeinden in Bayern 2018 nach Gemeindegrößenklassen **GK 219, 540**
- Steuereinnahmen der Gemeinden je Einwohner in Bayern 2018 nach Gemeindegrößenklassen **GK 220, 541**

Steuerkraftzahlen

- Die endgültigen Steuerkraftzahlen 2019 GK 33, 73
- Bedeutende Änderungen bei der Ermittlung der Steuerkraftzahlen seit 2016 GK 33, 73
- Bek des StMFH vom 30.4.2019 – Steuerkraftzahlen aus der Grundsteuer und Gewerbesteuer für 2020 (Steuerkraftzahlenbekanntmachung 2020 – StKraftBek 2020) GK 126, 336

Steuerrecht

- Eine mit der Beseitigung von Tierkörpern beliehene GmbH ist keine Einrichtung des öffentlichen Rechts – Entgelte sind steuerbar und steuerpflichtig GK 24, 57
- Eine juristische Person des Privatrechts kann nur ausnahmsweise als öffentliche Einrichtung qualifiziert werden GK 24, 58
- Die Übertragung der Beseitigungspflicht bewirkt keine Eingliederung in die öffentliche Verwaltung GK 24, 59
- Tätigwerden „im Rahmen der öffentlichen Gewalt“ nicht klärbar GK 24, 59
- Das Vorliegen einer Wettbewerbssituation auf dem relevanten Markt ist nicht dargelegt GK 24, 59
- Nochmals: Beteiligung einer juristischen Person des öffentlichen Rechts an einer Personengesellschaft GK 35, 84
- Gesetz zur Vermeidung von Umsatzsteuerausfällen beim Handel mit Waren im Internet und zur Änderung weiterer steuerlicher Vorschriften GK 42, 106
- Änderungen bei der Einkommensteuer (Art. 2) GK 42, 106
- Änderungen bei der Körperschaftsteuer (Art. 6) GK 42, 107
- Änderungen bei der Umsatzsteuer (Art. 9) GK 42, 108
- Nichtanwendungserlasse im Steuerrecht GK 67, 177
- Nochmals: Steuerliche Behandlung der Überlassung von (Elektro-)Fahrrädern GK 165, 429
- Änderung des Anwendungserlasses zur Abgabenordnung (AEO) GK 185, 459
- Auslegungsfragen zu § 20 Abs. 1 Nr. 10 EStG bei Betrieben gewerblicher Art (BGA) als Schuldner der Kapitalerträge GK 186, 460

Strafprozessordnung

- Zeugnisverweigerungsrecht für Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter FSt 63, 212

Straßen

- Beseitigungsanordnung für einen Zaun auf einer Straßenfläche FSt 114, 389

- Vorliegen einer tatsächlich-öffentlichen Verkehrsfläche ist für den Erlass der Beseitigungsanordnung ausreichend FSt 114, 389
- Erfolgreiches Berufen auf den Amtsermittlungsgrundsatz FSt 114, 390
- Einwendungen zur Geeignetheit der Beseitigungsverfügung FSt 114, 390
- Prüfung der Verhältnismäßigkeit FSt 114, 390
- Dringlichkeit der Ersatzvornahme FSt 114, 391
- Hinweise für Reparaturasphalt zur Schadensstellenbeseitigung (H RepA) FSt 232, 782
- Richtlinien für die rechtliche Behandlung von Ortsdurchfahrten im Zuge der Bundesstraßen (Ortsdurchfahrtenrichtlinien – ODR); Anhebung der Pauschalen nach Nr. 14 Abs. 4 ODR GK 5, 19
- Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien zur Zustandserfassung und -bewertung von Straßen, Ausgabe 2006, ZTV ZEB-StB 06; Korrekturblatt und Änderung Anhang 8 GK 19, 47
- Verkehrssicherung an Straßen in staatlicher Verwaltung entlang von staatlichen Forstgrundstücken; Waldbäume; Hinweise zu einer Änderung der Verfahrensweise GK 62, 165

Straßenausbaubeitrag

- Gestaltungsspielraum des Ortsgesetzgebers bei der Festlegung der gemeindlichen Eigenbeteiligung GK 3, 13
- Rechtlicher Rahmen für die Bemessung von gemeindlichem Eigenanteil und Anliegeranteil GK 3, 13
- Gemeindliche Eigenbeteiligung von 35 v.H. für sämtliche Teileinrichtungen einer Anliegerstraße ist nicht zu beanstanden GK 3, 15
- Keine Begründungspflicht für Satzungsgesetzgeber GK 3, 16
- Verordnung über die staatlichen Erstattungsleistungen anlässlich der Abschaffung der Straßenausbaubeiträge (Straßenausbaubeitrags-Erstattungsverordnung – SABErstV) vom 15.10.2018 GK 9, 24
- Bestimmtheitsanforderungen an die Beitragsfestsetzung für zwei Grundstücke desselben Eigentümers in einem Bescheid GK 23, 55
- Der Beitrag muss für jedes Buchgrundstück getrennt ausgewiesen werden GK 23, 55
- Rückgriff auf den wirtschaftlichen Grundstücbegriff nur bei Handtuchgrundstücken GK 23, 56
- Keine Heilung nach Ablauf der Festsetzungsfrist GK 23, 57
- Eigenbeteiligung der Kommune in der Straßenausbaubeitragsatzung; keine Änderung einer Straßenausbaubeitragsatzung ab dem 1.1.2018 GK 102, 267

- Maßstäbe für die Eigenbeteiligung der Gemeinde, die die Vorteile der Allgemeinheit angemessen berücksichtigen GK 102, 268
- Ein Eigenbeteiligungssatz von 50 v.H. für Hauptverkehrsstraßen ist rechtswidrig GK 102, 270
- Ein rechtswidriger Eigenbeteiligungssatz für eine Straßenkategorie schlägt auf die gesamte Satzung durch GK 102, 270
- Eine Änderung einer Straßenausbaubeitragsatzung ist ab dem 1.1.2018 nicht mehr möglich GK 102, 271
- Verordnung zum Härteausgleich Straßenausbaubeitrag vom 5.6.2019 GK 144, 384
- Erhebung von Straßenerschließungs- und ausbaubeiträgen; Schriftliche Anfrage im Bayerischen Landtag GK 169, 433

Straßenbau

- Abfluss von Niederschlagswasser eines höher gelegenen Grundstücks FSt 221, 753
- Generelles zum Vorliegen eines Nachteils i.S. des § 37 WHG FSt 221, 754
- Der Nachteil i.S. des § 37 WHG darf nicht lediglich in extremen Ausnahmefällen auftreten FSt 221, 755
- Technische Lieferbedingungen für Gesteinskörnungen im Straßenbau, Ausgabe 2004 (TL Gestein-StB 04, Fassung 2018) GK 28, 65
- Standardleistungskatalog für den Straßen- und Brückenbau (STLK) – Ausgabestand 10/2018 GK 69, 186
- Ebenheit einer Straße; Technische Prüfvorschriften für Ebenheitsmessungen auf Fahrbahnoberflächen in Längs- und Querrichtung; Teil: Berührende Messungen (TP Eben – Berührende Messungen), Ausgabe 2017 GK 180, 451

Straßenreinigung

- Ölbeseitigung auf Verkehrsflächen; Merkblatt DWA-M 715 GK 72, 191

Straßenverkehrsordnung

- Rechtmäßigkeit der Erprobung einer Straßensperrung für Motorräder an Wochenenden und Feiertagen gemäß § 45 Abs. 1 Satz 2 Nr. 6 Alt. 2 StVO FSt 81, 271
- Beschränkungen und Verbote des fließenden Verkehrs dürfen gemäß § 45 Abs. 9 Satz 3 StVO grundsätzlich nur angeordnet werden, wenn aufgrund der besonderen örtlichen Verhältnisse eine besondere Gefahrenlage besteht FSt 81, 272
- Befreiung von der Pflicht zum Anlegen des Sicherheitsgurts FSt 186, 636

- Anfechtung einer Geschwindigkeitsbeschränkung durch einen Verkehrsteilnehmer FSt 235, 789

Streik

- Eine nach den richterrechtlichen Grundsätzen erlaubte Arbeitskämpfmaßnahme kann eine gesetzliche Gestattung i.S. von § 858 Abs. 1 BGB sein FSt 228, 771

Stromversorgung

- Grenzpreise nach § 2 Abs. 4 und 5 KAV für das Jahr 2019 GK 131, 354

T

Tarifverträge

- Gewährung kinderbezogener Entgeltbestandteile gem. § 11 TVÜ-VKA; Änderung des § 6 EStG ab 1.1.2018 FSt 33, 118

Teilzeitarbeit

- Gesetz zur Weiterentwicklung des Teilzeitrechts; Einführung einer Brückenteilzeit FSt 47, 174
- Wechsel von Teilzeit auf Vollzeit FSt 47, 174
- Einführung einer „Brückenteilzeit“ FSt 47, 174
- Elternteilzeit – Präklusion von nicht geltend gemachten Ablehnungsgründen FSt 250, 852
- Gesetz zur Einführung einer Teilzeitmöglichkeit in den Jugendfreiwilligendiensten sowie im Bundesfreiwilligendienst für Personen vor Vollendung des 27. Lebensjahres vom 6.5.2019 GK 116, 312

Telekommunikation

- Vorläufige Praxishinweise zu den Richtlinien für die Benutzung der Bundesfernstraßen in der Baulast des Bundes (Nutzungsrichtlinien) bei der Mitverlegung von Leerrohren nach § 77i Abs. 7 Satz 1 TKG FSt 51, 185

Tiefbau

- Merkblatt für Planung, Konstruktion und Bau von Verkehrsflächen aus Beton – M VaB GK 54, 141
- Finanzbedarf der Straßenerhaltung in den Kommunen – Merkblatt M FinStraKom 2019 GK 127, 337
- Grundlagen, Zielsetzung und Verantwortlichkeit bei der Straßenerhaltung GK 127, 337
- Erhaltung von Verkehrsflächen mit Baumbestand – Merkblatt M EVB GK 133, 357

- Lärmarme Pflasterbauweisen – Neues Merkblatt
GK 142, 380
- Technische Lieferbedingungen für die Bauliche Erhaltung von Verkehrsflächenbefestigungen, Teil: Güteüberwachung, Teil: Ausführung von Dünnen Asphaltdeckschichten in Heißbauweise auf Versiegelung, Ausgabe 2015 (TL G DSH-V-StB 15), Fortschreibung 2019
GK 209, 523

TVöD

- Stufenzuordnung im TVöD (VKA) unter Berücksichtigung früherer befristeter Arbeitsverhältnisse
GK 43, 110
- Tarifabschluss 2018 im öffentlichen Dienst – Erhöhung der tariflichen Entgelte ab 1.3. bzw. 1.4.2019
GK 52, 126

U

Umsatzsteuer

- Kein ermäßigter Steuersatz für die Lieferung von Holzhackschnitzeln
GK 59, 156
- Kein ermäßigter Steuersatz auf Holzhackschnitzel gem. Nr. 48 der Anlage 2 zu § 12 Abs. 2 Nr. 1 UStG
GK 59, 157
- Die Anwendung des ermäßigten Steuersatzes für Hackschnitzel kann nicht auf den Grundsatz der steuerlichen Neutralität der Umsatzsteuer gestützt werden
GK 59, 160
- Kein Vorsteuerabzug bei Immobilienvermietung durch eine Gemeinde einschließlich der Lieferung von Wärme durch eine gemeindliche Hackschnitzelheizanlage; einheitliche (Vermietungs-)Leistung und keine selbständige Leistung
GK 94, 252
- Aufteilung der Vorsteuerbeträge bei teilweiser Verwendung der Eingangsumsätze für Zwecke, die den Vorsteuerabzug ausschließen – Maßstab der Zurechnung
GK 94, 253
- Grundsätze für die Beurteilung als einheitliche Leistung bei Vorliegen mehrerer selbständiger Leistungen oder bei Haupt- und Nebenleistungen
GK 94, 254
- Vorliegen eines einheitlichen wirtschaftlichen Vorgangs bei der Vermietung und der Wärmelieferung
GK 94, 256
- Angabe der vollständigen Anschrift in einer Rechnung im Sinne des § 14 Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 UStG; Änderung der Rechtsprechung/Verwaltungsauffassung
GK 112, 304
- Steuerliche Behandlung von Leistungen im Rahmen der Flüchtlingshilfe
GK 121, 330

- Voraussetzungen der Umsatzsteuerbefreiung bei der Vermietung von Sportanlagen
GK 148, 396
- Steuerfrei gem. § 4 Nr. 12 Satz 1 Buchst. a UStG ist die Vermietung und Verpachtung von Grundstücken
GK 148, 396
- Die entgeltliche Überlassung einer Sporthalle ist regelmäßig keine bloße Raumüberlassung und deshalb nicht nach § 4 Nr. 12 Satz 1 Buchst. a UStG steuerfrei
GK 148, 397
- Ob besondere Umstände ein Abweichen von dieser Beurteilung rechtfertigen, unterliegt der tatrichterlichen Feststellung des Finanzgerichts (FG)
GK 148, 397
- Nochmals: Steuersatz des Subunternehmers im genehmigten Linienverkehr mit Bussen
GK 171, 439
- Rahmenbedingungen auf Grund des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG)
GK 171, 440
- Steuersatz der Leistung des Subunternehmers an die Stadtwerke
GK 171, 441
- Nichtbeanstandungsregelung
GK 171, 442
- Anwendungsbereich des § 2b UStG bei der Überlassung von unselbständigen Parkflächen gegen Gebühr
GK 204, 515

Umweltschutz

- Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz: Klagebefugnis und Sachprüfung
FSt 152, 513
- § 4 Abs. 3 UmwRG lässt den individualrechtsbezogenen Ansatz des § 42 Abs. 2 VwGO unangetastet und weitet lediglich den Umfang der gerichtlichen Begründetheitsprüfung aus
FSt 152, 513
- Unionsrecht verlangt nicht, die Verfahrensvorschriften der UVP-Richtlinie als Schutznormen i.S. von § 42 Abs. 2 VwGO auszulegen
FSt 152, 514
- Die bisherige Rechtsprechung des BVerwG steht mit der geänderten Fassung des Umwelt-Rechtsbehelfsgesetzes aus dem Jahr 2017 im Einklang
FSt 152, 515
- Volksbegehren „Artenvielfalt und Naturschönheit in Bayern – Rettet die Bienen“ und Gesamtgesellschaftliches Artenschutzgesetz – Versöhnungsgesetz
FSt 255, 869
- Artenvielfalt; Naturschutz als Aufgabe für die Erziehung: Art. 1a und 1b BayNatSchG n.F.
FSt 255, 869
- Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft: Art. 3 BayNatSchG n.F.
FSt 255, 870
- Bericht zur Lage der Natur: Art. 3a BayNatSchG n.F.
FSt 255, 872
- Durchführung der Landschaftspflege; Beratung: Art. 5 BayNatSchG n.F.
FSt 255, 872

- Landschaftspflegeprorammm; Bayerisches Vertragsnaturschutzprogramm; Bayerisches Vertragsnaturschutzprogramm Wald: Art. 5a, 5b und 5c BayNatSchG n.F. FSt 255, 872
- Biodiversitätsberatung: Art. 5c BayNatSchG n.F. FSt 255, 872
- Ausgleichsmaßnahmen, Ersatzzahlungen: Art. 7 BayNatSchG n.F. FSt 255, 873
- Himmelstrahler und Beleuchtungen: Art. 11a BayNatSchG n.F. FSt 255, 873
- Gentechnikanbauverbot: Art. 11b BayNatSchG n.F. FSt 255, 873
- Klimaneutrale Verwaltung: Art. 11c BayNatSchG n.F. FSt 255, 873
- Schutz bestimmter Landschaftsbestandteile: Art. 16 Abs. 1 Satz 1 BayNatSchG n.F. FSt 255, 873
- Biotopverbund, Biotopvernetzung, Arten- und Biotopschutzprogramm: Art. 19 BayNatSchG n.F. FSt 255, 874
- Gesetzlich geschützte Biotope: Art. 23 BayNatSchG n.F. FSt 255, 875
- Verbot von Pestiziden: Art. 23a BayNatSchG n.F. FSt 255, 875
- Erschwerenausgleich; Ausgleich von Nutzungsbeschränkungen in der Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft: Art. 42 Abs. 1 Satz 3 BayNatSchG n.F. FSt 255, 876
- Zuständigkeiten; Ersetzung: Art. 44 Abs. 2 Satz 2 BayNatSchG n.F. FSt 255, 876
- Datenschutz: Art. 55 Abs. 3 BayNatSchG n.F. FSt 255, 876
- Ordnungswidrigkeiten: Art. 57 Abs. 1 Nr. 1a BayNatSchG n.F. FSt 255, 877
- Vermeidbare Lichtemissionen; Ordnungswidrigkeiten: Art. 15, 18 Abs. 1 BayImSchG n.F. FSt 255, 877
- Begrünung, Kinderspielplätze: Art. 7 Abs. 2 BayBO n.F. FSt 255, 877
- Gewässerrandstreifen: Art. 21 BayWG n.F. FSt 255, 878
- Naturwaldreservate und Naturwaldflächen: Art. 12a BayWaldG n.F. FSt 255, 879
- Straßenbaulast: Art. 9 Abs. 1 und 2 BayStrWG n.F. FSt 255, 879
- Bepflanzungen, Straßenbegleitgrün: Art. 30 Abs. 2 BayStrWG n.F. FSt 255, 880

Unfallversicherung

- (Kein) Unfallversicherungsschutz bei selbst beschaffter Tagespflegeperson FSt 156, 520

Unterbringungsgesetz

- Fixierung im Rahmen der öffentlich-rechtlichen Unterbringung (Art. 2 Abs. 2 Satz 2, 104 GG) FSt 72, 240

Unterhaltsrecht

- Unterhaltsverpflichtung in der Sozialhilfe sowie bei ambulant betreutem Wohnen – Teil 1 FSt 180, 612
- Grundlagen der Unterhaltsverpflichtung FSt 180, 613
- Elterlicher Bedarf FSt 180, 613
- Bedürftigkeit FSt 180, 614
- Leistungsfähigkeit des unterhaltspflichtigen Kindes FSt 180, 616
- Unterhaltsverpflichtung in der Sozialhilfe sowie bei ambulant betreutem Wohnen – Teil 2 FSt 193, 651

Unterrichtswesen

- Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG) FSt 244, 823
- Grundschulen und Mittelschulen: Art. 32 Abs. 4 BayEUG n.F. FSt 244, 823
- Vollzeiterschulpflicht: Art. 37 Abs. 1 und 2 BayEUG n.F. FSt 244, 824
- Erweiterte Schulleitung: Art. 57a Abs. 5 BayEUG n.F. FSt 244, 824
- Sonstiges schulisches Personal sowie Verwaltungs- und Hauspersonal: Art. 60a BayEUG n.F. FSt 244, 825
- Schülermitverantwortung, Schülervertretung: Art. 62 Abs. 5 BayEUG n.F. FSt 244, 830
- Schulgesundheits: Art. 80 Satz 1 BayEUG n.F. FSt 244, 830
- Erziehungsmaßnahmen, Ordnungsmaßnahmen: Art. 86 Abs. 2 BayEUG n.F. FSt 244, 830

Untreue

- Abschluss von Derivatgeschäften – Untreue? GK 183, 457

Urheberrecht

- Urheberrecht contra Eigentumsrecht: Auch bei vollständiger Vernichtung des geschützten Werks sind die beiden Rechte gegeneinander abzuwägen FSt 207, 713
- Unerlaubtes Fotografieren und Veröffentlichen von gemeinfreien Gemälden in Museen FSt 208, 714

Urlaub

- Hinweispflicht des Arbeitgebers auf Verfall von Urlaub; EuGH-Urteile vom 6.11.2018 – C-619/16 und C-684/16 FSt 109, 374

Urlaubsabgeltung

- Urlaubsabgeltung bei Tod des Arbeitnehmers im laufenden Arbeitsverhältnis GK 122, 331

Vergabe öffentlicher Aufträge

- Zum fakultativen Ausschlussgrund des § 124 Abs. 1 Nr. 7 GWB 2016 FSt **20**, 75
- Besteht Streit darüber, ob die Ursache eines Mangels jedenfalls auch aus dem Verantwortungsbereich des Bieters stammt, liegt keine mangelhafte Erfüllung i.S. des § 124 Abs. 1 Nr. 7 GWB 2016 vor FSt **20**, 76
- Ein ungenehmigter Nachunternehmereinsatz im vorausgegangenen Vertrag rechtfertigt den Ausschluss im nachfolgenden Vergabeverfahren FSt **20**, 78
- Ausschluss eines Bieters wegen früherer Schlechtleistung, ferner bei unzureichender Preisangabe FSt **32**, 115
- Zum Ausschluss wegen früherer Schlechtleistung, die zu einer vorzeitigen Vertragsbeendigung geführt hat (§ 124 Abs. 1 Nr. 7 GWB) FSt **32**, 115
- Zum Ausschluss wegen unzureichender Preisaufklärung FSt **32**, 117
- Zum Ausschluss bei unzutreffendem Preis FSt **32**, 118
- Frist zur Nachforderung von Unterlagen außerhalb der Vergabe von Bauleistungen; Nachforderung eines „aktuellen“ polizeilichen Führungszeugnisses FSt **54**, 194
- Das Kriterium der „Gleichartigkeit“ der Planungsleistungen in § 3 Abs. 7 Satz 2 VgV bezieht sich auf die wirtschaftliche und technische Funktion der Planungsleistungen FSt **55**, 198
- Was bedeutet aktive Zusammenarbeit mit dem öffentlichen Auftraggeber im Rahmen der Selbstreinigung, auf welches Ereignis ist für den Beginn der Ausschlussfrist abzustellen? FSt **69**, 235
- Der Nachweis der durch Selbstreinigung hergestellten Zuverlässigkeit hat durch aktive Zusammenarbeit nicht nur mit der Ermittlungsbehörde, sondern auch mit dem öffentlichen Auftraggeber zu erfolgen FSt **69**, 235
- Für den Zeitraum, ab dem ein Bieter nicht mehr von der Vergabe ausgeschlossen werden darf, ist nicht auf das Ende seines Fehlverhaltens abzustellen, sondern auf denjenigen Zeitpunkt, an dem die zuständige Behörde den Verstoß festgestellt hat FSt **69**, 237
- Wesentliche Änderungen während der Vertragslaufzeit erfordern ein neues Vergabeverfahren FSt **82**, 276
- Bei losweiser Vergabe erfolgt die Schwellenwertberechnung, indem der Wert aller Lose addiert wird; der Gesamtwert bleibt ausschreibungserhebliche Grundlage auch bei Auftragsänderungen während der Vertragslaufzeit FSt **82**, 276
- Bei einer ursprünglich europaweiten Ausschreibung sind nach Kündigung verbleibende Restarbeiten weiterhin europaweit auszuschreiben FSt **82**, 278
- Ein Vergabenachprüfungsantrag ist unzulässig, wenn der Antragsteller auch bei ordnungsgemäßer Durchführung des Vergabeverfahrens keine Chance auf den Zuschlag hat FSt **82**, 278
- Aufhebung eines einzelnen, zu einem Gesamtauftrag gehörenden Loses, wesentliche Aspekte der anschließenden Vergabe FSt **117**, 397
- Der öffentliche Auftraggeber kann die ursprüngliche Angebotsfrist im Rahmen pflichtgemäßen Ermessens verlängern FSt **153**, 516
- § 20 VgV steht einer Verlängerung der Angebotsfrist nicht entgegen FSt **153**, 516
- Die Verlängerungsentscheidung muss sich im Rahmen sachgerechter Ermessensausübung bewegen FSt **153**, 517
- Ausnahmen vom Regelfall losweiser Vergabe; Dokumentationsmängel; wesentliche Veränderungen, die eine Verlängerung der Angebotsfrist erfordern FSt **166**, 555
- Das Absehen vom Regelfall der losweisen Vergabe erfordert eine umfassende Abwägung, wobei der Auftraggeber einen Beurteilungsspielraum hat FSt **166**, 555
- Dokumentationsmängel der Vergabeentscheidung sind heilbar FSt **166**, 557
- Zum Vorliegen einer wesentlichen Änderung der Vergabeunterlagen, die eine Verlängerung der Angebotsfrist erfordert FSt **166**, 558
- Zulässigkeit spezieller Leistungsvorgaben FSt **210**, 720
- Abgrenzung von Bau- und Lieferaufträgen, überwiegende Finanzierung, staatliche Aufsicht, Rechtsweg FSt **222**, 756
- Bedeutung der Informationspflicht (§ 134 GWB) FSt **223**, 758
- Die Vergabestelle muss die geforderten Eignungsnachweise je Verfahren konkret benennen; wie ist zu verfahren, wenn keine Mindestanforderungen an die Eignung bekanntgemacht sind? GK **37**, 92
- Der Verweis auf eine Internetseite, aus der sich der Bieter die geforderten Eignungsnachweise aus zahlreichen dort gespeicherten Vergabeverfahren heraussuchen muss, ist unzureichend GK **37**, 93

- Sind Mindestanforderungen an die Eignung nicht außenwirksam bekannt gemacht, muss das Vergabeverfahren nicht in jedem Fall aufgehoben oder zurückversetzt werden
GK 37, 93
- Sektorenverordnung: Gibt der Auftraggeber technische Spezifikationen „oder gleichwertig“ vor, muss der Auftragnehmer die Gleichwertigkeit bereits mit dem Angebot nachweisen
GK 71, 188
- Wie ist bei Verflechtungen der Bieter vorzugehen?
GK 97, 261
- Sektorenverordnung: § 51 Abs. 2 Satz 1 SektVO ermöglicht keine Veränderung des Angebots
GK 115, 310
- Die Vertragsunterlagen sind nicht stets zwingender Bestandteil der Vergabeunterlagen
GK 143, 382
- Der Auftraggeber ist nicht berechtigt, im Rahmen der Wertung statt fehlerhafter Mengen die zutreffenden Mengen anzusetzen
GK 166, 430
- Kriterien für die Überprüfung nicht auskömmlicher Gesamtpreise
GK 181, 454
- Anforderungen an die Begründung für die Nichtberücksichtigung eines Bieters
GK 189, 478
- Fristgerechte Auskunftserteilung, Anspruch der Mitbieter auf Preisprüfung
GK 199, 503
- Pauschales Wertungskriterium für Newcomer
GK 210, 525

Verjährung

- Nochmalige Klarstellung des BGH zur Verjährungsfrist bei Mängeln von Photovoltaikanlagen
FSt 151, 511

Verkehrsanlagen

- Ladesäulen zum Aufladen von Elektromobilen auf öffentlichem Straßengrund stellen regelmäßig Verkehrsanlagen dar, die der Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs dienen, und sind damit Zubehör i.S. des Art. 2 Nr. 3 BayStrWG
FSt 220, 748
- Ölbeseitigung auf Verkehrsflächen; Merkblatt DWA-M 715
GK 72, 191
- Richtlinien für Planung, Bau und Instandhaltung von begrünbaren Flächenbefestigungen
GK 79, 211

Verkehrssicherungspflicht

- Verkehrssicherungspflicht bei historischem Pflaster und bei Laubbefall
FSt 145, 482
- Verkehrssicherung an Straßen in staatlicher Verwaltung entlang von staatlichen Forstgrundstücken; Waldbäume; Hinweise zu einer Änderung der Verfahrensweise
GK 62, 165

Versammlungsrecht

- Verbot des Mitführens und der Verwendung pyrotechnischer Gegenstände
FSt 105, 350
- Bei einer beabsichtigten Nutzung von Theaterpyrotechnik (Kategorie T1) im Rahmen einer Versammlung ist von einer unmittelbaren Gefahr für die öffentliche Sicherheit i.S. des Art. 15 Abs. 1 Satz 1 BayVersG auszugehen
FSt 105, 350
- In der Verwendung pyrotechnischer Gegenstände für Bühne und Theater bei einer Versammlung kann keine einer Theaterrückführung ähnliche Verwendung im Sinn des Sprengstoffgesetzes gesehen werden
FSt 105, 351
- Der von der zur Verwendung vorgesehenen Theaterpyrotechnik ausgehenden Gefahr kann nur durch ein vollständiges Verbot wirksam begegnet werden, mildere Mittel bestehen nicht
FSt 105, 351
- Verbot von bengalischem Licht bei Versammlungen auch unter dem Aspekt des Grundrechts der Kunstfreiheit ermessensfehlerfrei
FSt 105, 352
- Alkoholkonsum-Verbot als zulässige Auflage bei einer Versammlung
FSt 126, 426
- Vorliegen einer Versammlung trotz Charakter einer „gemischten Veranstaltung“
FSt 126, 427
- Vorliegen einer Gefahr, die ihre Ursache spezifisch in der Versammlung hat
FSt 126, 427
- Keine Vergleichbarkeit der allgemeinen Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung mit der hier vorliegenden Gefahr in der spezifischen Situation einer Veranstaltung mit kämpferisch-aggressivem Charakter
FSt 126, 428
- Alkoholkonsum-Verbot als geeignetes Mittel in Zusammenschau mit der weiteren Auflage, dass stark alkoholisierten Teilnehmern von vorneherein die Teilnahme zu versagen ist
FSt 126, 429
- In einem Vorgehen der Polizei gegen einzelne Störer oder in der Beschränkung des Alkoholverbots auf die Abendstunden ist kein gleich geeignetes, aber milderes Mittel zu sehen
FSt 126, 429
- Verhältnismäßigkeit einer Auflage i.e. Sinn
FSt 126, 429
- Keine Verletzung der allgemeinen Handlungsfreiheit nach Art. 2 GG
FSt 126, 430
- Verbot von das NS-Regime verherrlichenden Parolen; maßgeblicher Zeitpunkt für die gerichtliche Prüfung der Rechtswidrigkeit eines erledigten versammlungsrechtlichen Verwaltungsakts; Nachschieben von Gründen im Verwaltungsprozess
FSt 140, 469

- Maßgeblicher Zeitpunkt für die gerichtliche Prüfung der Rechtswidrigkeit der erledigten versammlungsrechtlichen Beschränkung
FS^t **140**, 470
- Tatbestandsvoraussetzungen für eine versammlungsrechtliche Beschränkung nach Art. 15 Abs. 1 Satz 1 BayVersG und Anforderungen an die erforderliche Gefahrenprognose der Versammlungsbehörde
FS^t **140**, 471
- Nachholung bzw. Ergänzung einer unzureichenden materiell-rechtlichen Begründung (hier: behördliche Gefahrenprognose) im verwaltungsgerichtlichen Verfahren
FS^t **140**, 473
- Ermessensausübung der Versammlungsbehörde; Ergänzung von Ermessenserwägungen
FS^t **140**, 475

Versorgung

- Bek des StMFH vom 28.5.2019 – Berechnungsgrundlagen für die ergänzende Versorgungsabfindung nach Art. 99a des Bayerischen Beamtenversorgungsgesetzes (Ergänzungsabfindungsbekanntmachung – BeVBek)
GK **135**, 360

Versorgungsausgleich

- Bewertung des Versorgungsanrechts eines kommunalen Wahlbeamten; Maßgeblichkeit des Endes der Wahlperiode
FS^t **147**, 485

Verwaltungsgerichtsordnung

- Entstehen der Klagebefugnis durch Rechtsänderung nach Ergehen eines klageabweisenden Urteils
FS^t **45**, 161
- Die Ausgangslage im Zeitpunkt des erstinstanzlichen Urteils
FS^t **45**, 161
- Die Rechtsänderung nach dem Urteil des Verwaltungsgerichts
FS^t **45**, 162
- Zur „Bestandskraft“ eines Verwaltungsakts
FS^t **45**, 163
- Prüfungsmaßstab im Berufungsverfahren
FS^t **45**, 168

VOB

- Qualitätskriterien des Personals dürfen nur dann Zuschlagskriterium sein, wenn die Qualität erheblichen Einfluss auf das Niveau der Auftragsausführung hat
FS^t **11**, 37
- Spekulationsangebote können bei der Vergabe ausgeschlossen werden; sie sind nicht zuschlagsfähig
FS^t **106**, 353
- Neue VOB/A 2019, 1. Abschnitt
FS^t **116**, 393
- Die Aufhebung einer Ausschreibung mangels Finanzierbarkeit setzt voraus, dass der Kostenermittlung ein Sicherheitszuschlag hinzugefügt wurde
FS^t **128**, 435

- Vorzeitig eingereichte Referenzen; Nachforderung weiterer Unterlagen?
FS^t **129**, 438
- Neue VOB/A 2019, 2. Abschnitt
FS^t **177**, 597
- Der BGH folgt für Mengenerhöhungen nach § 2 Abs. 3 Nr. 2 VOB/B nicht der herrschenden Meinung zur sog. vorkalkulatorischen Preisfortschreibung
FS^t **261**, 894
- 20-Prozent-Kontingent; äußerste Dringlichkeit
GK **6**, 20
- Unzulässigkeit nachträglicher Zuweisung einer Vergabe zum nationalen Kontingent
GK **6**, 21
- Zum Vorliegen äußerster Dringlichkeit im Sinne des § 3a Abs. 3 Nr. 4 VOB/A EU
GK **6**, 21
- Höhe des Schadensersatzanspruchs, wenn eine Ausschreibung rechtswidrig aufgehoben wird
GK **18**, 44
- Stehen wegen einer nicht ordnungsgemäßen Kostenschätzung nicht genügend Haushaltsmittel zur Verfügung, kann dies einen Schadensersatzanspruch auf das negative Interesse auslösen
GK **18**, 44
- Die Höhe des Schadensersatzanspruchs richtet sich nach dem konkreten, sachgerechten Kalkulationsaufwand des Bieters
GK **18**, 45
- Anders als wettbewerbsrelevante Preise dürfen Formblätter zur Preiskalkulation nachgefordert werden
GK **27**, 64
- Zur Zulässigkeit mehrerer Hauptangebote und von Nebenangeboten
GK **61**, 163
- Qualifiziertes Personal muss nicht bereits im Zeitpunkt der Angebotsabgabe, sondern erst zu Beginn der Arbeiten vorhanden sein; zum Nachweis dieses Umstands
GK **88**, 236
- Abrechnung von Stundenlohnarbeiten
GK **96**, 260
- Auch Eventualpositionen müssen die geforderten Preise enthalten; Wettbewerbsrelevanz
GK **105**, 283
- Grundsätzlicher Angebotsausschluss, wenn der Bieter keine Preisangaben macht, auch bei Eventualpositionen
GK **105**, 283
- Auf eine Wettbewerbsrelevanz der fehlenden Preise kommt es für den Angebotsausschluss nicht an
GK **105**, 284
- Unzulässige Nachforderung von Unterlagen; Beachtung des Leistungsverzeichnisses; Einhaltung von Fristen
GK **114**, 308
- Fehlende Fabrikats-, Produkt- und Typangaben können nicht nachgefordert werden
GK **114**, 308
- Verbindliche Frist von sechs Kalendertagen für die Nachforderung von Unterlagen, Vertrauensschutz
GK **124**, 333
- Verbindliche Frist des § 16a EU VOB/A
GK **124**, 333

- Vertrauensschutz des Bieters, dem eine zu lange Nachreichungsfrist eingeräumt wurde
GK 124, 334
- Berechtigter Ausschluss des Bieters, der die Kalkulation der Baustelleneinrichtung nutzt, um eine vorzeitige Zahlung zu erhalten
GK 132, 356
- Ungerechtfertigte Vergütung
GK 132, 356
- Unzulässige Mischkalkulation
GK 132, 356
- Für den Ausschluss eines Bieters wegen früherer Mängel bedarf es einer dokumentierten, negativen Prognose für das aktuell zu beurteilende Verfahren
GK 141, 379
- Der Auftraggeber ist nicht berechtigt, im Rahmen der Wertung statt fehlerhafter Mengen die zutreffenden Mengen anzusetzen
GK 166, 430
- Bek des StMB vom 22.8.2019 – Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB), VOB Teil A (VOB/A) Ausgabe 2019
GK 200, 504
- Ein dringender Verdacht auf Schwarzarbeit sowie ein Verstoß gegen das Arbeitnehmer-Entsendegesetz berechtigen den Auftraggeber nach Abmahnung zur Kündigung des Bauvertrags
GK 224, 548

VOL

- Unzulässige Nachforderung von Unterlagen; Beachtung des Leistungsverzeichnisses; Einhaltung von Fristen
GK 114, 308

Vorverfahren

- Erstattungs-fähigkeit von Rechtsanwaltskosten im Vorverfahren; hier: Anwaltssozietät
FSt 157, 521

W

Waffenrecht

- Widerruf einer Waffenbesitzkarte wegen Aufbewahrung einer unterladenen Waffe
FSt 185, 635
- Identifizierung mit der Reichsbürgerideologie rechtfertigt den Widerruf einer waffenrechtlichen Erlaubnis
FSt 265, 916
- Wegen der Gefahren für hochrangige Rechtsgüter sind die Risiken, die mit jedem Waffenbesitz verbunden sind, nur bei solchen Personen hinzunehmen, die nach ihrem Verhalten das Vertrauen verdienen, mit Waffen in jeder Hinsicht ordnungsgemäß umzugehen
FSt 265, 917

- Wer die Existenz und Legitimation der Bundesrepublik Deutschland negiert und die auf dem Grundgesetz fußende Rechtsordnung generell nicht als für sich verbindlich anerkennt, gibt Anlass zu der Befürchtung, dass er auch die Regelungen des Waffengesetzes nicht strikt befolgen wird
FSt 265, 917
- Bestimmte Verhaltensweisen legen nahe, dass der Antragsteller der sogenannten „Reichsbürger- und Selbstverwalterbewegung“ zugehörig ist bzw. sich deren Ideologie bindend zu eigen gemacht hat
FSt 265, 918

Wahlrecht

- Wahlrechtsausschlüsse von Vollbetreuten und schuldunfähig untergebrachten Straftätern
FSt 168, 560

Wasserrecht

- Rechtsgrundlage für die Erteilung der wasserrechtlichen Erlaubnis
FSt 262, 900
- Gründe für die Versagung einer Erlaubnis
FSt 262, 901
- Maßstab der Besorgnis einer nachteiligen Veränderung der Grundwasserbeschaffenheit
FSt 262, 903
- Voraussetzung des „Ausschlusses“ nachteiliger Veränderungen
FSt 262, 905
- Festsetzung von Zuordnungswerten bezogen auf das Eluat
FSt 262, 906
- Geringfügigkeitsschwellenwerte
FSt 262, 909

Wasserschutzgebiet

- Verbot des Grünlandumbruchs in einem Wasserschutzgebiet
FSt 113, 383
- Entschädigungsvoraussetzungen des § 52 Abs. 4 WHG
FSt 113, 383
- Keine unzumutbare Eigentumsbeschränkung
FSt 113, 384
- Legitimer Zweck der Anordnung
FSt 113, 385
- Geeignetheit, Erforderlichkeit und Angemessenheit der Anordnung
FSt 113, 386
- Sozialpflichtigkeit des Eigentums
FSt 113, 387
- Konkrete Verhältnisse des Klägers
FSt 113, 388
- Wasserschutzgebietsverordnung; Rechtsfolgen fehlerhafter Bekanntmachung der Auslegung; Strategische Umweltpflicht
FSt 246, 833
- Allgemeine Anforderungen an die Auslegung eines Verordnungsentwurfs
FSt 246, 833
- Anforderungen an die Bezeichnung der von einem Verordnungsentwurf betroffenen Flächen
FSt 246, 834
- Grundsätze des Fehlerfolgenrechts bei Wasserschutzgebietsverordnungen
FSt 246, 834

Wasserversorgung

- Angemessenheit kalkulatorischer Zinsen
FSI 192, 644
- Eine angemessene Verzinsung des Anlagekapitals gehört zu den gebührenfähigen Kosten
FSI 192, 645
- Bei der Festsetzung der angemessenen Verzinsung steht der Gemeinde ein weiter Beurteilungsspielraum zu
FSI 192, 647
- Zu Zweck und Rechtfertigung der kalkulatorischen Verzinsung
FSI 192, 647
- Ein kalkulatorischer Zinssatz von 4,5 % ist noch angemessen
FSI 192, 649
- Zur Bedeutung einer längeren Niedrigzinsphase
FSI 192, 650
- Die Verzinsung muss nicht nach Eigen- und Fremdkapital differenziert werden
FSI 192, 650
- Der Gleichheitssatz ist nicht im Vergleich zu anderen Rechtsträgern anzuwenden
FSI 192, 651
- Verhältnis zwischen Herstellungs- und Verbesserungsbeitragsatzung, Verstoß gegen den Öffentlichkeitsgrundsatz
GK 58, 151
- Die sachliche Beitragspflicht setzt neben dem Erschlossenheit eines Grundstücks auch eine wirksame Abgabesatzung voraus
GK 58, 152
- Ein Verstoß gegen den Öffentlichkeitsgrundsatz des Art. 52 Abs. 2 Satz 1 GO hat die Ungültigkeit des Satzungsbeschlusses und die Nichtigkeit der Satzung zur Folge
GK 58, 153
- Bei Inkrafttreten der Verbesserungsbeitragsatzung muss eine Herstellungsbeitragsatzung mit erhöhten Herstellungsbeiträgen für Neuanschlößer vorliegen
GK 58, 153
- Hinsichtlich der Altanschlößer, die bereits aufgrund fehlgeschlagenen Satzungsrechts herangezogen wurden, stehen grundsätzlich zwei Möglichkeiten zur Verfügung
GK 58, 155
- Die persönliche Beitragspflicht trifft nur diejenigen, die im Zeitpunkt des Entstehens der sachlichen Beitragspflicht Grundstückseigentümer oder Erbbauberechtigte sind
GK 58, 155
- Beitrag für die Herstellung einer Wasserversorgungsanlage – Beitragspflichtigkeit einer Biogasanlage
GK 93, 247
- Anschlussbedarf an eine öffentliche Wasserversorgung für Außenbereichsvorhaben – Beitragspflicht
GK 93, 248
- Eigener Anschlussbedarf für eine Biogasanlage
GK 93, 248
- Einzelheiten zum eigenen Anschlussbedarf für eine Biogasanlage
GK 93, 249
- Bek des StMI vom 20.2.2019 – Änderung der Bekanntmachung eines Musters für eine gemeindliche Wasserabgabesatzung
GK 99, 264

- Wasserversorgungsgebühren: Mieteinnahmen für die Mobilfunkanlage auf einem Wasserturm bleiben bei der Kalkulation unberücksichtigt
GK 136, 361
- Betriebsbedingte Kosten sind nur solche, die für Leistungen, die von der öffentlichen Einrichtung erbracht werden, anfallen
GK 136, 361
- Der durch die Einräumung eines Nutzungsrechts für einen Wasserturm angefallene Mietertrag kann bei der Kalkulation unberücksichtigt bleiben, da er kostenneutral ist
GK 136, 362

Wettbewerbsrecht

- Zur Wettbewerbswidrigkeit des Abwerbens eines Arbeitnehmers durch Anrufe während der Arbeitszeit auf einem privaten Mobiltelefon
GK 87, 233
- Zur Zulässigkeit von telefonischen Abwerbversuchen am Arbeitsplatz
GK 87, 234
- Wettbewerbswidrigkeit kann auch durch Anrufe auf einem privaten Mobiltelefon des Arbeitnehmers während der Arbeitszeit gegeben sein
GK 87, 235

Widerspruchsverfahren

- Einbeziehung von Bescheiden; Vorläufige Entscheidung; Widerspruchsverfahren
FSI 23, 80

Wohnungsbau

- Sozialer Wohnungsbau: Keine unbefristeten kommunalen Belegungsrechte
FSI 112, 381
- Neue Richtlinie der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BIMA) zur verbilligten Abgabe von Grundstücken (VerbR 2018)
GK 1, 1

Z

Zinsen

- Aussetzung der Vollziehung wegen ernstlicher Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit der Höhe der Verzinsung nach § 233a AO i.V. mit § 238 Absatz 1 Satz 1 AO für Verzinsungszeiträume ab dem 1.4.2015
GK 4, 17
- Zinssatz für die Verzinsung des Anlagekapitals
GK 74, 193
- Nochmals: Aussetzung der Vollziehung (AdV) für Verzinsungszeiträume; nun ab 1.4.2012
GK 85, 229
- Paradigmenwechsel des BMF hinsichtlich der vorläufigen Zinsfestsetzung
GK 205, 516

Zivilprozessordnung

- Bekanntmachung zu § 115 der Zivilprozessordnung (Prozesskostenhilfebekanntmachung 2019 – PKHB 2019) vom 19.12.2018 GK 39, 95
- Zweite Bekanntmachung zu § 115 der Zivilprozessordnung (2. Prozesskostenhilfebekanntmachung 2019 – 2. PKHB 2019) vom 21.2.2019 GK 64, 168
- Bekanntmachung zu den §§ 850c und 850f der Zivilprozessordnung (Pfändungsfreigrenzenbekanntmachung 2019) vom 4.4.2019 GK 108, 288

Zugang von Schriftstücken

- Zugangsvermutung bei Beauftragung eines privaten Postdienstleisters unter Einschaltung eines Subunternehmers FSt 238, 800

Zulagen

- Wechselschichtarbeit im Bereich des TVöD-K; Wechselschichtzulage GK 104, 280

Zulassungsstelle

- Nachweis der Verfügungsberechtigung über ein Kraftfahrzeug für die Zulassung eines im Ausland entwendeten Fahrzeugs FSt 234, 786
- Die Zulassung eines Kraftfahrzeugs setzt voraus, dass der Antragsteller der Zulassungsbehörde seine Verfügungsberechtigung nachweist FSt 234, 787
- Grundsätzlich ist für den Nachweis der Verfügungsberechtigung die Vorlage der ausländischen Fahrzeugpapiere erforderlich FSt 234, 788
- Als Nachweis der Verfügungsberechtigung genügt weder eine Freigabeerklärung der Staatsanwaltschaft für das entwendete Fahrzeug noch eine daraufhin erteilte Freigabebescheinigung der Polizei gegenüber der Verwahrstelle, bei der sich das Fahrzeug befand FSt 234, 788
- Auch die zivilrechtliche Eigentumsvermutung für den Besitzer einer beweglichen Sache und die Möglichkeit, durch Inbesitznahme einer herrenlosen beweglichen Sache Eigentum an der Sache zu erwerben, sind kein ausreichender Nachweis für die Verfügungsberechtigung FSt 234, 789

Zustellung

- Zustellung eines Bescheides an eine GmbH mittels Postzustellungsurkunde an einem Samstag; Einlegung in einen von mehreren Firmen genutzten Gemeinschaftsbriefkasten FSt 119, 401
- Zur Frage des Vorrangs der persönlichen Zustellung vor der Ersatzzustellung durch Einlegen in einen Briefkasten FSt 119, 401

- Zur Zustellung außerhalb der Geschäftszeiten an einem Samstag FSt 119, 402
- Wirksamkeit der Zustellung bei Einlegung des Bescheides in einen von mehreren Firmen genutzten Gemeinschaftsbriefkasten; zur Verantwortung des Briefkasteninhabers FSt 119, 403
- Zustellung von amtlichen Schriftstücken an Obdachlose; hier: Gerichtspost in die Wärmestube FSt 190, 641

Zuwendungen, Zuschüsse

- Richtlinien für Zuwendungen zu wasserwirtschaftlichen Vorhaben (RZWAs 2018) FSt 6, 20
- Überblick zu den Änderungen in der RZWAs 2018 FSt 6, 20
- Gegenstand der Förderung FSt 6, 20
- Zuwendungsverfahren FSt 6, 20
- Antragsverfahren FSt 6, 21
- Bek des StMELF vom 24.9.2018 – Zuschussfähige Höchstsätze in der Ländlichen Entwicklung (ZHLE) GK 9, 24
- Bek des StMELF vom 26.9.2018 – Richtlinie für die Dorferneuerungs- und Infrastrukturprojekte zur Umsetzung des ELER-Programms 2014 bis 2020 in Bayern GK 9, 24
- Bek des StMELF vom 22.12.2017 – Richtlinie für Zuwendungen zu waldbaulichen Maßnahmen im Rahmen eines forstlichen Förderprogramms (WALDFÖPR 2018) GK 9, 24
- Bek des STMFLH vom 17.8.2018 – Siebzehnte Änderung der Fahrkostenzuschuss-Bekanntmachung GK 9, 24
- Bek des LPA vom 8.10.2018 – Dreizehnte Änderung der Allgemeinen Regelungen des Landespersonalausschusses im Bereich des Laufbahn- und Prüfungsrechts GK 9, 24
- Park-and-Ride- sowie Bike-and-Ride-Parkplätze GK 22, 52
- Bek des StMI vom 11.12.2018 – Richtlinie zur Förderung der Informationssicherheit durch Implementierung eines Informationssicherheits-Managementsystems bei kommunalen Gebietskörperschaften (ISMS-Förderrichtlinie – ISMSR) GK 39, 95
- Bek des StMI vom 3.12.2018 – Richtlinie für Zuwendungen des Freistaates Bayern zur Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit GK 39, 95
- Bek des StMWI vom 28.11.2018 – Richtlinie zur Förderung des Ausbaus der Mobilfunkversorgung im Freistaat Bayern (Mobilfunkrichtlinie – MFR) GK 39, 95

- Bek des StMGP vom 21.12.2018 – Hinweise zum Vollzug von Teil 8 Abschnitt 5 bis 8 der Verordnung zur Ausführung der Sozialgesetze – Anerkennung und Förderung von Angeboten zur Unterstützung im Alltag; Förderung von Gruppen ehrenamtlich Tätiger und von Modellvorhaben sowie der Selbsthilfe in der Pflege nach den §§ 45a, 45c und 45d SGB XI (Hinweise zum Vollzug der AVSG Teil 8 Abschnitt 5 bis 8) GK **49**, 120
- Bek des StMGP vom 21.12.2018 – Änderung der Richtlinie für die Förderung im „Bayerischen Netzwerk Pflege“ GK **49**, 120
- Bek des StMFH vom 7.1.2019 – Richtlinie zur Förderung von Heimatprojekten mit Schwerpunkt Digitalisierung in Bayern (Heimat-Digital-Förderrichtlinie – HDFÖR) GK **56**, 144
- Bek des StMAS vom 17.1.2019 – Vollzug des Kinderförderungsgesetzes GK **56**, 144
- Bek des StMI vom 18.12.2018 – Richtlinien für Zuwendungen des Freistaates Bayern zur Förderung des kommunalen Feuerwesens (Feuerwehr-Zuwendungsrichtlinien – FwZR) GK **56**, 144
- Bek des StMELF vom 4.1.2019 – Änderung der Richtlinie für Zuwendungen zu Maßnahmen der Walderschließung im Rahmen eines forstlichen Förderprogramms (FORSTWEGR 2016) GK **64**, 168
- Bek des StMELF vom 13.2.2019 – Änderung der LEADER-Förderrichtlinie für den Zeitraum 2014 bis 2020/23 im Rahmen der Maßnahmenbeschreibung LEADER gemäß Art. 32 bis 35 der Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 und Art. 42 bis 44 der Verordnung (EU) Nr. 1305/2013 GK **73**, 192
- Bek des StMWI vom 21.2.2019 – Richtlinien zur Förderung von Energiekonzepten und kommunalen Energienutzungsplänen GK **73**, 192
- Gemeinsame Bek des StMB und des StMFH vom 21.12.2018 – Richtlinien für Zuwendungen des Freistaats Bayern zu Straßen- und Brückenbauvorhaben kommunaler Baulastträger (RZStra) GK **73**, 192
- Sachbezugswert für arbeitstägl. Zuschüsse zu Mahlzeiten GK **86**, 231
- Ansatz des maßgeblichen amtlichen Sachbezugswerts GK **86**, 231
- Pauschalierung der Lohnsteuer GK **86**, 232
- Arbeitstägl. Zuschüsse zu Mahlzeiten für Home Office-Mitarbeiter und für Teilzeitkräfte GK **86**, 232
- Einzelkauf von Bestandteilen einer Mahlzeit GK **86**, 232
- Erwerb auf Vorrat GK **86**, 233
- Bek des StMUV vom 11.4.2019 – Richtlinien für die Förderung von Umweltsationen GK **108**, 288
- Bek des StMB vom 8.2.2019 – Richtlinie zum Förderprogramm von Bürgerbusprojekten GK **116**, 312
- Bek des StMFH vom 6.5.2019 – Sechste Änderung der Zuweisungsrichtlinie GK **126**, 336
- Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit GK **146**, 386
- Änderung der Kofinanzierungs-Breitbandrichtlinie vom 5.7.2019 GK **168**, 432
- Bek des StMUV vom 18.7.2019 – Richtlinie zur Förderung von Bau- und Sanierungsvorhaben in und an Tierheimen, Vorhaben zur Verbesserung des Tierschutzes und zur Eindämmung der Anzahl herrenloser Heimtiere (Förderrichtlinie Tierheime – FöR-TH) GK **182**, 456
- Bek des StMFH vom 19.7.2019 – Richtlinie zur Förderung der Bereitstellung von Online-Diensten im kommunalen Bereich (Förderrichtlinie digitales Rathaus – FöRdR) GK **182**, 456
- Bek des StMUV vom 18.7.2019 – Änderung der Förderrichtlinien für Wanderwege, Unterkunftshäusern und Grün- und Erholungsanlagen GK **182**, 456
- Bek des StMELF vom 9.7.2019 – Finanzierungsrichtlinien Ländliche Entwicklung (FinR-LE) GK **182**, 456
- Bek des StMFH vom 29.7.2019 – Änderung der Breitbandrichtlinie GK **190**, 480
- Bek des StMB vom 12.7.2019 – Richtlinien für das Sonderförderprogramm zur Sanierung kommunaler Schwimmbäder in Bayern (Sonderprogramm Schwimmbadförderung – SPSF) GK **190**, 480
- Bek des StMUK vom 30.7.2019 – Richtlinie für die Gewährung von Zuwendungen aus dem Förderprogramm des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus – digitale Bildungsinfrastruktur an bayerischen Schulen (dBIR) GK **190**, 480
- Bek des StMUV vom 14.8.2019 – Änderung der Förderrichtlinien für Wanderwege, Unterkunftshäuser und Grün- und Erholungsanlagen GK **190**, 480
- Bek des StMGP vom 13.8.2019 – Änderung der Richtlinie zur Förderung der Geburtshilfe in Bayern GK **200**, 504
- Bek des StMFH vom 21.8.2019 – Richtlinie zur Förderung von Glasfaseranschlüssen und WLAN für öffentliche Schulen, Plankrankenhäuser und Rathäuser (Glasfaser/WLAN-Richtlinie – GWLANR) GK **200**, 504

- Bek des StMB vom 26.8.2019 – Richtlinien für das Darlehensprogramm zur Schaffung von energieeffizientem Wohnraum (EnMWR) GK 200, 504

Zwangsvollstreckung

- Formularzwang in der Zwangsvollstreckung; hier Antrag an Gerichtsvollzieher GK 50, 121
- BGH zur Pfändbarkeit von Zuschlägen für Samstags-, Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit GK 100, 265
- Bekanntmachung zu den §§ 850c und 850f der Zivilprozessordnung (Pfändungsfreigrenzenbekanntmachung 2019) vom 4.4.2019 GK 108, 288
- Nur aus einem ordnungsgemäß zugegangenen Bescheid kann eine Vollstreckung erfolgen GK 117, 313
- Die Behörde trägt die Beweislast der ordnungsgemäßen Bekanntgabe GK 117, 313
- Ungeordnete und unvollständige Aktenführung geht zu Lasten der Behörde GK 117, 314
- Nachholung der ordnungsgemäßen Bekanntgabe eines Gebührenbescheids GK 117, 315
- Keine Vollstreckung aus Gebührenbescheid mangels Vorliegens von gesetzlichen Voraussetzungen für die Vollstreckung GK 117, 316
- Kontopfändung durch Pfändungs- und Einziehungsverfügung; Pfändung eines Pfändungsschutzkontos; Festlegung des pfändungsfreien Betrages durch drittschuldnerische Bank GK 145, 385
- Umgang mit einer melderechtlichen Auskunftssperre in der Zwangsvollstreckung GK 201, 505

- Bei Vorliegen einer melderechtlichen Auskunftssperre hat der Gerichtsvollzieher das Geheimhaltungsinteresse des Schuldners an dessen Anschrift zu wahren GK 201, 505
- Keine Befugnis des Gerichtsvollziehers, bei einer Auskunftssperre die Schuldneradresse an den Gläubiger weiterzugeben GK 201, 506
- Ein Anspruch des Gläubigers auf Mitteilung der Anschrift des Schuldners bei bestehender Auskunftssperre lässt sich auch nicht aus § 755 ZPO herleiten GK 201, 507
- Das Akteneinsichtsrecht nach § 760 ZPO kann das Geheimhaltungsinteresse des Schuldners bei einer Auskunftssperre nicht überwinden GK 201, 507

Zweitwohnungssteuer

- Befreiungsanspruch wegen geringer Einkünfte; Summe der positiven Einkünfte; Einkünfte aus einer Tätigkeit beim Europäischen Patentamt GK 84, 225
- Einkünfte aus einer Tätigkeit beim Europäischen Patentamt unterliegen der kommunalen Zweitwohnungssteuer GK 84, 226
- Keine Befreiung von der kommunalen Zweitwohnungssteuer infolge des Immunitätenprotokolls GK 84, 226
- Dynamische Verweisung des Art. 3 Abs. 3 Satz 2 KAG auf die „Summe der positiven Einkünfte“ im Sinn des Einkommensteuergesetzes GK 84, 227
- Nach dem Normzweck sind Bedienstete des Europäischen Patentamts keine von der Zweitwohnungssteuer befreiten „Geringverdiener“ GK 84, 228

II. Verzeichnis der Entscheidungen, geordnet nach der zeitlichen Reihenfolge

Die Zahlen bedeuten Randnummern

Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften (EuGH)

Urteil	v. 28.02.2018	Rs. C-46.17.....FSt	25
Urteil	v. 03.05.2018	Rs. C-376.16.....GK	63
Urteil	v. 17.05.2018	Rs. C-531.16.....GK	97
Urteil	v. 12.07.2018	Rs. C-14.17.....GK	71
Urteil	v. 24.10.2018	Rs. C-124.17.....FSt	69
Urteil	v. 04.07.2019	Rs. C-377.17.....FSt	196

Bundesverfassungsgericht

Beschluss	v. 02.05.2018	1 BvR 3250.14.....FSt	52
Beschluss	v. 30.05.2018	1 BvR 45.15.....GK	92
Urteil	v. 18.07.2018	1 BvR 1675.16, 1 BvR 981.17, 1 BvR 836.17, 1 BvR 745.17.....FSt	85
Urteil	v. 24.07.2018	2 BvR 309.15.....FSt	72
Beschluss	v. 18.12.2018	1 BvR 142.15.....FSt	115
Beschluss	v. 29.01.2019	2 BvC 62.14.....FSt	168

Bayerischer Verfassungsgerichtshof

Entscheidung	v. 05.02.2018	Vf. 16-VII-16.....FSt	59
Entscheidung	v. 29.10.2018	Vf. 21-VII-17.....FSt	127

Bundesverwaltungsgericht

Urteil	v. 13.09.2017	10 C 7.16.....FSt	18
Beschluss	v. 10.01.2018	4 BN 30.17.....FSt	34
Urteil	v. 25.01.2018	5 C 1816.....FSt	84
Beschluss	v. 26.03.2018	1 VR 1.18.....FSt	58
Urteil	v. 27.03.2018	1 A 5.17.....FSt	43
Urteil	v. 10.04.2018	4 CN 2.17.....FSt	65
Urteil	v. 19.04.2018	1 C 1.17.....FSt	83
Urteil	v. 19.04.2018	2 C 59.16.....FSt	88
Beschluss	v. 19.04.2018	6 B 62.17.....FSt	80
Urteil	v. 26.04.2018	3 C 7.16.....FSt	105
Urteil	v. 26.04.2018	3 C 24.16.....FSt	104

Urteil	v. 26.04.2018	5 C 11.17	FSt	64
Beschluss	v. 02.05.2018	4 BN 7.18	FSt	49
Urteil	v. 09.05.2018	8 C 13.17	FSt	110
Urteil	v. 17.05.2018	4 CN 9.17	FSt	66
Urteil	v. 24.05.2018	3 C 25.16	FSt	94
Urteil	v. 30.05.2018	5 C 2.17	FSt	123
Urteil	v. 15.06.2018	2 C 19.17	FSt	154
Beschluss	v. 21.06.2018	4 BN 34.17	FSt	90
Beschluss	v. 27.06.2018	4 B 10.17	FSt	76
Urteil	v. 27.06.2018	6 C 10.17	FSt	78
Urteil	v. 27.06.2018	10 CN 1.17	FSt	46
Urteil	v. 05.07.2018	3 C 9.17	FSt	118
Beschluss	v. 16.07.2018	4 B 51.17	FSt	77
Beschluss	v. 31.07.2018	4 BN 41.17	FSt	181
Urteil	v. 09.08.2018	4 C 7.17	FSt	111
Beschluss	v. 09.08.2018	6 C 11.17	FSt	184
Urteil	v. 21.08.2018	1 C 21.17	FSt	183
Urteil	v. 28.08.2018	2 B 4.18	FSt	146
Urteil	v. 29.08.2018	1 C 6.18	FSt	132
Urteil	v. 30.08.2018	2 C 10.17	FSt	258
Beschluss	v. 11.10.2018	2 B 3.18	FSt	130
Beschluss	v. 24.10.2018	4 B 15.18	FSt	163
Urteil	v. 01.11.2018	4 C 5.17	FSt	174
Urteil	v. 07.11.2018	7 C 18.18	FSt	266
Beschluss	v. 14.11.2018	4 B 12.18	FSt	152
Urteil	v. 15.11.2018	2 C 60.17	FSt	237
Beschluss	v. 15.11.2018	4 B 2.18	FSt	230
Urteil	v. 28.11.2018	6 C 2.17	FSt	211
Urteil	v. 29.11.2018	4 CN 12.17	FSt	236
Beschluss	v. 06.12.2018	4 B 11.18	FSt	195
Beschluss	v. 10.12.2018	2 VR 4.18	FSt	227
Beschluss	v. 12.12.2018	4 BN 22.18	FSt	243
Urteil	v. 12.12.2018	4 C 6.17	FSt	254
Urteil	v. 13.12.2018	4 CN 3.18	FSt	205
Urteil	v. 08.01.2019	1 C 16.18	FSt	269
Beschluss	v. 31.01.2019	4 B 26.18	FSt	260
Urteil	v. 29.05.2019	10 C 6.18	GK	202

Bayerischer Verwaltungsgerichtshof

Beschluss	v. 02.02.2017	12 CE 17.71	FSt	21
Beschluss	v. 08.01.2018	9 ZB 17.1751	FSt	50
Beschluss	v. 29.01.2018	20 CS 17.1824.....	GK	58
Beschluss	v. 30.01.2018	5 ZB 17.869	FSt	68
Urteil	v. 30.01.2018	22 B 16.2099.....	FSt	29
Beschluss	v. 01.03.2018	4 CE 18.495	FSt	98
Urteil	v. 07.03.2018	1 B 16.2375.....	FSt	5
Urteil	v. 07.03.2018	1 N 15.625.....	FSt	27
Urteil	v. 12.03.2018	9 B 15.1679.....	FSt	39
Beschluss	v. 19.03.2018	4 CE 17.2472	FSt	13
Urteil	v. 25.04.2018	14 N 14.878.....	FSt	103
Urteil	v. 26.04.2018	9 N 14.269.....	FSt	215
Urteil	v. 02.05.2018	22 B 17.2245.....	FSt	67
Beschluss	v. 07.05.2018	22 ZB 17.2088 u.a.	FSt	1
Beschluss	v. 09.05.2018	22 ZB 18.105	FSt	119
Urteil	v. 30.05.2018	2 B 18.681.....	FSt	216
Beschluss	v. 04.06.2018	4 ZB 17.2066	FSt	2
Urteil	v. 05.06.2018	11 B 17.1503.....	FSt	235
Urteil	v. 19.06.2018	11 N 17.1693.....	FSt	176
Urteil	v. 20.06.2018	4 N 17.1548.....	FSt	86
Urteil	v. 27.06.2018	20 N 16.1422, 18.1975	GK	203
Beschluss	v. 28.06.2018	11 CS 18.964.....	FSt	81
Beschluss	v. 03.07.2018	4 CE 18.1224	FSt	36
Beschluss	v. 03.07.2018	22 ZB 18.855	FSt	7
Beschluss	v. 09.07.2018	4 ZB 17.1827	GK	15
Urteil	v. 10.07.2018	10 B 17.1996.....	FSt	140
Beschluss	v. 13.07.2018	8 CE 18.1071	FSt	220
Beschluss	v. 23.07.2018	4 C 18.867.....	FSt	10
Beschluss	v. 26.07.2018	20 C 18.1140.....	GK	66
Beschluss	v. 27.07.2018	21 CS 17.2506.....	FSt	185
Beschluss	v. 01.08.2018	22 BV 17.1059.....	FSt	45
Beschluss	v. 22.08.2018	11 ZB 18.101.....	FSt	234
Beschluss	v. 27.08.2018	22 ZB 18.1562	FSt	218
Beschluss	v. 28.08.2018	11 ZB 18.1095.....	FSt	186
Urteil	v. 28.08.2018	14 B 15.2206.....	FSt	125

Beschluss	v. 04.09.2018	22 ZB 18.1582	FSt	219
Beschluss	v. 13.09.2018	4 ZB 17.1387	FSt	9
Urteil	v. 14.09.2018	14 N 17.664.....	FSt	199
Beschluss	v. 17.09.2018	4 CE 18.1620	FSt	79
Urteil	v. 17.09.2018	6 B 17.1319.....	GK	23
Urteil	v. 27.09.2018	6 B 17.1320.....	GK	3
Urteil	v. 27.09.2018	20 N 16.546.....	FSt	133
Beschluss	v. 01.10.2018	6 ZB 18.1466	GK	102
Beschluss	v. 02.10.2018	14 ZB 17.1841	GK	78
Beschluss	v. 15.10.2018	14 ZB 17.1474	GK	95
Beschluss	v. 17.10.2018	10 CS 18.1717.....	FSt	141
Beschluss	v. 19.10.2018	10 CS 18.280.....	FSt	209
Beschluss	v. 23.10.2018	20 N 17.621.....	GK	110
Urteil	v. 29.10.2018	14 N 16.1498.....	FSt	92
Beschluss	v. 06.11.2018	4 ZB 17.2268	GK	34
Beschluss	v. 12.11.2018	2 CS 18.2165.....	FSt	231
Beschluss	v. 12.11.2018	4 ZB 18.215	FSt	73
Urteil	v. 16.11.2018	6 BV 18.445.....	GK	76
Beschluss	v. 22.11.2018	4 CE 18.2417	FSt	93
Beschluss	v. 03.12.2018	17 P 18.1037	FSt	160
Beschluss	v. 03.12.2018	17 P 18.111.....	FSt	172
Beschluss	v. 04.12.2018	10 CS 18.1783.....	FSt	139
Beschluss	v. 06.12.2018	10 ZB 18.126	FSt	105
Beschluss	v. 14.12.2018	4 BV 17.2488.....	GK	41
Beschluss	v. 17.12.2018	22 ZB 18.236	FSt	233
Beschluss	v. 17.01.2019	4 ZB 17.1623	GK	84
Beschluss	v. 18.01.2019	4 CE 18.2578	FSt	170
Beschluss	v. 29.01.2019	14 ZB 18.663	GK	223
Beschluss	v. 04.02.2019	4 ZB 18.399	GK	119
Beschluss	v. 19.02.2019	20 B 18.2042.....	GK	136
Beschluss	v. 27.02.2019	10 CS 19.180.....	FSt	165
Beschluss	v. 04.03.2019	22 CS 18.2310.....	FSt	182
Urteil	v. 13.03.2019	4 B 18.1851.....	FSt	178
Beschluss	v. 25.03.2019	6 ZB 18.1416	GK	184
Beschluss	v. 25.03.2019	6 ZB 18.1416	GK	191
Urteil	v. 27.03.2019	4 N 18.86.....	FSt	175
Beschluss	v. 03.04.2019	22 CS 19.345 u.a.....	FSt	198

Urteil	v. 04.04.2019	4 B 18.2511	GK	170
Beschluss	v. 26.07.2019	5 ZB 18.895	FSt	264

Andere Verwaltungsgerichtshöfe und Oberverwaltungsgerichte

OVG Berlin-Brandenburg	Beschluss	v. 05.07.2018	5 S 49.17	GK	51
OVG Berlin-Brandenburg	Beschluss	v. 19.07.2018	10 S 52.17	FSt	124
OVG Bremen	Beschluss	v. 05.10.2018	2 B 141.18.....	FSt	159
OVG Niedersachsen	Urteil	v. 07.09.2017	11 LC 59.16	FSt	31
OVG Niedersachsen	Beschluss	v. 17.05.2018	10 ME 198.1	FSt	107
OVG Niedersachsen	Beschluss	v. 23.05.2018	13 LA 284.17.....	FSt	113
OVG Niedersachsen	Beschluss	v. 27.09.2018	9 LA 27.18.....	GK	77
OVG Nordrhein-Westfalen	Beschluss	v. 17.08.2018	14 A 1767.16	GK	80
OVG Nordrhein-Westfalen	Beschluss	v. 28.11.2018	14 B 1121.18.....	GK	192
OVG Nordrhein-Westfalen	Urteil	v. 05.12.2018	20 A 499.16	FSt	262
OVG Rheinland-Pfalz	Beschluss	v. 11.06.2018	7 B 10412.18.....	FSt	137
OVG Rheinland-Pfalz	Urteil	v. 02.08.2018	1 C 11685.16.....	FSt	246
OVG Rheinland-Pfalz	Beschluss	v. 19.10.2018	2 B 11229.18.....	FSt	167
OVG Saarland	Urteil	v. 26.02.2018	2 A 173.17	FSt	30
OVG Saarland	Beschluss	v. 18.04.2018	1 B 23.18.....	GK	117
OVG Saarland	Beschluss	v. 24.04.2018	2 A 505.17	FSt	114
OVG Saarland	Urteil	v. 21.11.2018	15 A 78.16	GK	118
OVG Sachsen	Beschluss	v. 19.04.2018	3 B 126.18.....	FSt	126
OVG Sachsen	Urteil	v. 23.05.2018	5 A 68.18	GK	40
OVG Sachsen-Anhalt	Beschluss	v. 27.06.2018	3 L 195.18.....	FSt	157
VGH Baden-Württemberg	Beschluss	v. 24.04.2018	1 S 2403.17	FSt	120
VGH Baden-Württemberg	Beschluss	v. 30.04.2018	1 S 2745.17	FSt	89
VGH Baden-Württemberg	Beschluss	v. 28.08.2018	2 S 1254.18.....	GK	145
VGH Baden-Württemberg	Urteil	v. 14.09.2018	2 S 731.18.....	GK	147
VGH Baden-Württemberg	Beschluss	v. 02.05.2019	1 S 552.19.....	FSt	240
VGH Hessen	Beschluss	v. 20.02.2018	1 B 1603.17.....	FSt	62
VGH Hessen	Beschluss	v. 22.10.2018	1 B 1594.18.....	FSt	214

Verwaltungsgerichte

VG Augsburg	Urteil	v. 06.06.2018	Au 6 K 17.1250	FSt	37
VG Augsburg	Urteil	v. 01.08.2018	Au 6 K 17.441	FSt	192
VG Augsburg	Urteil	v. 07.11.2018	Au 6 K 17.572.....	GK	93

VG Gießen	Beschluss	v. 18.06.2018	9 L 9756.17.GI.....	FSt	265
VG München	Beschluss	v. 26.10.2018	M 22 E 18.5112.....	FSt	247
VG Trier	Urteil	v. 14.08.2018	3 K 2486.18.....	FSt	241

Bundesgerichtshof

Urteil	v. 26.01.2018	V ZR 41.17.....	FSt	61
Urteil	v. 16.03.2018	V ZR 306.16.....	FSt	14
Urteil	v. 17.04.2018	X ZR 65.17.....	FSt	143
Urteil	v. 20.04.2018	V ZR 169.17.....	FSt	60
Urteil	v. 26.04.2018	VII ZR 81.17.....	FSt	40
Urteil	v. 26.04.2018	VII ZR 82.17.....	FSt	41
Beschluss	v. 09.05.2018	XII ZB 47.17.....	FSt	19
Urteil	v. 14.06.2018	III ZR 54.17.....	FSt	42
Urteil	v. 19.06.2018	X ZR 100.16.....	FSt	106
Urteil	v. 11.07.2018	VIII ZR 136.17.....	GK	55
Urteil	v. 02.08.2018	III ZR 466.15.....	FSt	101
Urteil	v. 22.08.2018	VIII ZR 99.17.....	GK	98
Urteil	v. 22.08.2018	VIII ZR 277.16.....	GK	188
Urteil	v. 14.09.2018	V ZR 213.17.....	FSt	179
Urteil	v. 19.09.2018	VIII ZR 231.17.....	GK	89
Beschluss	v. 20.09.2018	IX ZB 41.16.....	GK	100
Beschluss	v. 26.09.2018	VII ZB 56.16.....	GK	50
Urteil	v. 04.10.2018	III ZR 292.17.....	FSt	161
Beschluss	v. 10.10.2018	VII ZB 12.15.....	GK	201
Urteil	v. 12.10.2018	V ZR 81.18.....	FSt	134
Urteil	v. 17.10.2018	VIII ZR 94.17.....	GK	211
Beschluss	v. 13.11.2018	AnwZ (Brfg) 35.18.....	FSt	191
Beschluss	v. 21.11.2018	XII ZB 308.18.....	FSt	147
Urteil	v. 05.12.2018	VIII ZR 271.17.....	GK	152
Urteil	v. 19.12.2018	I StR 194.18.....	GK	183
Urteil	v. 20.12.2018	I ZR 104.17.....	FSt	208
Urteil	v. 20.12.2018	I ZR 112.17.....	FSt	108
Urteil	v. 10.01.2019	VII ZR 184.17.....	FSt	151
Urteil	v. 08.02.2019	V ZR 176.17.....	FSt	112
Urteil	v. 13.02.2019	VIII ZR 245.17.....	GK	198

Urteil	v. 15.02.2019	V ZR 77.18.....	FSt	200
Beschluss	v. 20.02.2019	XII ZB 130.16.....	FSt	268
Urteil	v. 21.02.2019	I ZR 98.17.....	FSt	207
Urteil	v. 10.04.2019	VIII ZR 12.18.....	GK	225
Urteil	v. 09.05.2019	III ZR 388.17.....	FSt	221
Urteil	v. 08.08.2019	VII ZR 34.18.....	FSt	261

Andere Zivil- und Strafgerichte

LG Berlin	Urteil	v. 28.02.2018	65 S 225.17.....	GK	46
LG Potsdam	Urteil	v. 15.02.2019	6 O 352.13.....	GK	224
OLG Brandenburg	Urteil	v. 27.06.2018	4 U 203.16.....	GK	196
OLG Brandenburg	Beschluss	v. 25.09.2018	19 Verg 1.18.....	FSt	223
OLG Dresden	Urteil	v. 11.04.2018	1 U 1135.17.....	FSt	24
OLG Dresden	Beschluss	v. 28.12.2018	Verg 4.18.....	FSt	117
OLG Düsseldorf	Urteil	v. 10.04.2018	23 U 6.17.....	GK	96
OLG Düsseldorf	Beschluss	v. 11.07.2018	Verg 7.18.....	FSt	20
OLG Düsseldorf	Beschluss	v. 29.08.2018	Verg 14.17.....	FSt	128
OLG Düsseldorf	Beschluss	v. 19.09.2018	Verg 37.17.....	GK	210
OLG Düsseldorf	Beschluss	v. 17.10.2018	Verg 26.18.....	GK	143
OLG Frankfurt am Main	Beschluss	v. 03.05.2018	11 Verg 5.18.....	FSt	20
OLG Frankfurt am Main	Beschluss	v. 25.06.2018	8 W 28.18.....	FSt	44
OLG Frankfurt am Main	Urteil	v. 09.08.2018	6 U 51.18.....	GK	87
OLG Koblenz	Beschluss	v. 28.02.2018	5 U 1323.17.....	GK	29
OLG Koblenz	Beschluss	v. 16.04.2018	1 U 1326.17.....	FSt	169
OLG Koblenz	Urteil	v. 26.07.2018	1 U 149.18.....	FSt	145
OLG Koblenz	Beschluss	v. 11.09.2018	Verg 3.18.....	GK	115
OLG Köln	Beschluss	v. 12.06.2018	III-1 RVs 107.18.....	FSt	190
OLG Köln	Urteil	v. 05.12.2018	11 U 21.16.....	GK	150
OLG München	Urteil	v. 03.05.2018	4 OLG 13 Ss 54.18.....	FSt	155
OLG München	Beschluss	v. 27.07.2018	Verg 02.18.....	FSt	54
OLG München	Beschluss	v. 30.07.2018	Verg 5.18.....	GK	105
OLG München	Urteil	v. 12.02.2019	9 U 728.18 Bau.....	FSt	164
OLG München	Beschluss	v. 08.03.2019	Verg 4.19.....	FSt	210
OLG München	Beschluss	v. 19.03.2019	Verg 3.19.....	FSt	222
OLG München	Beschluss	v. 25.03.2019	Verg 10.18.....	FSt	166
OLG Nürnberg	Beschluss	v. 09.10.2018	15 W 1595.18.....	FSt	158

OLG Schleswig-Holstein	Urteil	v. 19.12.2017	3 U 15.17	GK	18
OLG Schleswig-Holstein	Urteil	v. 27.06.2018	12 U 13.18	GK	45

Bundesarbeitsgericht

Urteil	v. 30.08.2017	4 AZR 95.16.....	FSt	15
Urteil	v. 17.10.2017	9 AZR 192.17.....	FSt	3
Urteil	v. 22.02.2018	6 AZR 137.17.....	FSt	38
Urteil	v. 27.02.2018	9 AZR 167.17.....	FSt	56
Urteil	v. 01.03.2018	4 AZR 576.16.....	FSt	12
Urteil	v. 20.03.2018	9 AZR 479.17.....	FSt	75
Urteil	v. 31.03.2018	7 AZR 590.16.....	FSt	70
Urteil	v. 25.04.2018	2 AZR 6.18.....	FSt	87
Urteil	v. 25.04.2018	2 AZR 611.17.....	FSt	122
Urteil	v. 25.04.2018	7 AZR 520.16.....	FSt	96
Urteil	v. 23.05.2018	5 AZR 263.17.....	FSt	162
Urteil	v. 23.05.2018	7 AZR 16.17.....	FSt	57
Urteil	v. 24.05.2018	6 AZR 191.17.....	GK	104
Beschluss	v. 20.06.2018	7 ABR 39.16	FSt	71
Urteil	v. 20.06.2018	7 AZR 737.16.....	FSt	188
Urteil	v. 06.09.2018	6 AZR 836.16.....	FSt	267
Urteil	v. 25.09.2018	8 AZR 26.18.....	GK	113
Urteil	v. 02.10.2018	5 AZR 376.17.....	GK	130
Urteil	v. 17.10.2018	5 AZR 553.17.....	GK	149
Urteil	v. 20.11.2018	1 AZR 189.17.....	FSt	228
Urteil	v. 21.11.2018	7 AZR 234.17.....	FSt	187
Urteil	v. 11.12.2018	9 AZR 298.18	FSt	250
Urteil	v. 13.12.2018	2 AZR 370.18.....	FSt	202
Urteil	v. 13.12.2018	2 AZR 378.18.....	FSt	142
Beschluss	v. 19.12.2018	7 ABR 80.16	FSt	251
Urteil	v. 19.12.2018	7 AZR 70.17.....	FSt	136
Urteil	v. 22.01.2019	9 AZR 45.16.....	GK	122
Urteil	v. 23.01.2019	7 AZR 733.16.....	FSt	135

Bundesfinanzhof

Urteil	v. 29.11.2017	I R 83.15.....	GK	16
Beschluss	v. 21.03.2018	XI B 113.17.....	GK	24

Urteil	v. 25.04.2018	VI R 34.16.....GK	36
Urteil	v. 14.06.2018	III R 27.17.....FSt	238
Urteil	v. 21.06.2018	V R 63.17.....GK	148
Urteil	v. 26.06.2018	VII R 47.17.....GK	59
Urteil	v. 18.09.2018	XI R 36.16.....GK	137
Urteil	v. 21.11.2018	VI ZR 10.17.....GK	194
Urteil	v. 11.12.2018	VIII R 44.15.....GK	193
Urteil	v. 10.01.2019	V R 60.17.....GK	120

Finanzgerichte

FG Schleswig-Holstein	Urteil	v. 17.05.2018	4 K 15.17.....GK	94
-----------------------	--------	---------------	------------------	----

Bundessozialgericht

BSG	Urteil	v. 05.07.2017	B 14 AS 36.16 R.....FSt	23
BSG	Urteil	v. 26.10.2017	B 8 SO 1116 R.....FSt	4
BSG	Urteil	v. 25.04.2018	B 8 SO 25.16 R.....FSt	173
BSG	Urteil	v. 14.06.2018	B 14 AS 28.17 R.....FSt	256
BSG	Urteil	v. 19.06.2018	B 2 U 2.17 R.....FSt	156
BSG	Urteil	v. 09.08.2018	B 14 AS 1.18 R.....FSt	253